

# offen-siv

---

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

6/2013

---

Spendenempfehlung: 3,00 €

## Ausgabe September-Oktober 2013

Redaktionsnotiz.....	3
Kommunistische Zusammenarbeit.....	4
<i>KKE</i> : Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas gegründet.....	4
Syrien.....	7
<i>Martin Emko</i> : Solidarität mit Syrien! Chemiewaffenlüge als Angriffsvorwand.....	7
<i>Irene Eckert</i> : Syrien-Resolution nutzen: Lähmung der "Friedenskräfte" überwinden - Antikriegs-Bewegung aufbauen!.....	16

Zum Bundestagswahlergebnis.....	18
<i>Irene Eckert</i> : Das Bundestagswahlergebnis ruft nach Intensivierung fundierter Friedensarbeit!.....	18
Neues zum Hintergrund des 17. Juni 1953.....	21
<i>Herbert Spalt</i> : Zum Artikel von Kurt Gossweiler / Dieter Itzerott: Der 17. Juni 1953 – Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt.....	21
<i>Klaus Hesse</i> : Der 17. Juni 1953, die Konterrevolution und der Streit um die Zukunft Deutschlands.....	25
Österreich.....	51
<i>Otto Bruckner</i> : 12 Anmerkungen zum Ergebnis der Nationalratswahlen vom 29. September als Spiegel und Momentaufnahme des politischen Systems.....	51
Italien.....	54
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Wie lange noch?.....	54
Replik.....	59
<i>Johannes Oehme</i> : Klasse des Volkes contra Hauptfeind der Feinde. Rechtfertigungen und Richtigstellungen zum Thema Hauptfeind....	59
Rezensionen.....	<b>Fehler! Textmark</b>
<i>Frank Flegel</i> : Gerhard Feldbauer: „Vietnamkrieg“ (der USA 1955- 1975).....	65
<i>Frank Flegel</i> : Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) Nr. 344, September 2013	
In letzter Minute.....	69
<i>Lucas Schmidt</i> : Zum Tode von General Vo Nguyen Diap	

### Impressum

#### offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Internet: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

## Redaktionsnotiz

Die unmittelbar bevorstehende, fast schon als nicht mehr abwendbar erscheinende Aggression gegen Syrien ist vor allem durch die russische - sekundiert von der chinesischen - Außenpolitik doch noch abgewendet worden. Damit ist die imperialistische Situation nicht grundsätzlich entschärft, aber es ist trotzdem etwas Neues entstanden: der Imperialismus konnte diesmal nicht widerspruchslos tun, was er wollte. Das wird neue, evtl. auch andere Auseinandersetzungen und Frontenbildungen zur Folge haben. Dazu die Artikel von Martin Emko und Irene Eckert.

Die kommunistische Einheit ist angesichts der aktuellen Zersplitterung ein immer vorhandenes Anliegen. Die Kommunistische Partei Griechenlands (und nicht etwa die bis in DKP-Kreise hinein als „links“ und „systemkritisch“ hofierte griechische Partei Syriza) hat eine interessante Initiative entwickelt: die „Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas“. Es waren derer 30, die sich trafen und Zusammenarbeit vereinbarten; interessant ist: sie sind keine Mitglieder der „Europäischen Linken“.

Ein weiteres Dauerthema ist die Geschichte des Sozialismus, deshalb neue Hintergründe zum faschistischen Putschversuch 1953 in der DDR von Klaus Hesse und Herbert Spalt. Ebenso gehört zu diesem Themenkreis die Besprechung des neuen Buches von Gerhard Feldbauer: Vietnamkrieg.

In Österreich und in Deutschland haben Wahlen stattgefunden, dazu Kommentare von Otto Bruckner (Österreich) und Irene Eckert (Deutschland), - und in Italien soll es nach heutigem Stand (noch) keine (Neu-)Wahlen geben. Gerhard Feldbauer informiert über die Hintergründe.

Es ist nicht leicht, die offen-siv zu machen, vor allem nicht finanziell. Wir brauchen eure Unterstützung, bitte!

Frank Flegel, Hannover

**Spendenkonto Offensiv:**

**Inland:** Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

**Ausland:** Konto Frank Flegel,

**Internat. Kontonummer (IBAN):** DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

**Bankidentifikation (BIC):** SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

## Kommunistische Zusammenarbeit

### **KKE: Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas gegründet**

Auf Initiative der KKE fand am 1. Oktober 2013 in einem Konferenzsaal des EU-Parlaments in Brüssel das Gründungstreffen der **INITIATIVE kommunistischer und Arbeiterparteien zur Erforschung und Ausarbeitung europäischer Themen und zur Koordinierung ihrer Aktivitäten** statt.

Die Entschlossenheit zur Verstärkung ihrer Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gründungserklärung der INITIATIVE kam durch die Teilnahme folgender 30 kommunistischer und Arbeiterparteien aus EU-Mitgliedsstaaten und anderen europäischen Ländern zum Ausdruck:

**Kommunistische Partei der Werktätigen Belarus**  
**Kommunistische Partei Böhmens und Mährens**  
**Neue Kommunistische Partei Britanniens**  
**Vereinigung der Kommunisten in Bulgarien**  
**Partei der Bulgarischen Kommunisten**  
**Kommunistische Partei in Dänemark**  
**Pol für die kommunistische Wiedergeburt Frankreichs**  
**Vereinigung Revolutionärer Kommunisten Frankreichs**  
**Vereinigte Kommunistische Partei Georgiens**  
**Kommunistische Partei Griechenlands**  
**Arbeiterpartei Irlands**  
**Kommunisten Volksslinke – Kommunistische Partei Italiens**  
**Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens**  
**Sozialistische Partei Lettlands**  
**Sozialistische Volksfront Litauens**  
**Kommunistische Partei Makedoniens**  
**Kommunistische Partei Malts**  
**Bewegung des Volkswiderstands Moldawiens**  
**Kommunistische Partei Norwegens**  
**Partei der Arbeit Österreichs**  
**Kommunistische Partei Polens**  
**Kommunistische Arbeiterpartei Russlands**  
**Kommunistische Partei der Sowjetunion**

**Kommunistische Partei Schwedens  
Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens  
Kommunistische Partei der Slowakei  
Kommunistische Partei der Völker Spaniens  
Kommunistische Partei der Türkei  
Vereinigung der Kommunisten der Ukraine  
Ungarische Arbeiterpartei**

Die Teilnehmer des Treffens wählten ein 9-köpfiges Sekretariat der INITIATIVE, das aus Vertretern folgender Parteien besteht: KP Griechenlands, Arbeiterpartei Irlands, Kommunisten Volkslinke–KP Italiens, Sozialistische Partei Lettlands, KP Schwedens, KP der Slowakei, KP der Völker Spaniens, KP der Türkei, Ungarische Arbeiterpartei

**Gründungserklärung der INITIATIVE kommunistischer und Arbeiterparteien zur Erforschung und Ausarbeitung europäischer Themen und zur Koordination ihrer Aktivitäten**

„Wir, die teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien aus den EU-Mitgliedsländern sowie aus den mit der EU assoziierten Staaten und anderen europäischen Ländern, erklären:

Wir stützen uns auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus. Uns vereint die Vision einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Armut, soziale Ungerechtigkeit und imperialistische Kriege.

Wir betrachten die EU als eine Option des Kapitals. Die EU ergreift und fördert Maßnahmen zu Gunsten der Monopole, der Zentralisation und Konzentration des Kapitals, verstärkt ihre Merkmale als ein imperialistischer ökonomischer, politischer und militärischer Block gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksschichten, sie intensiviert die Rüstungsprozesse, die autoritären Maßnahmen, die staatliche Repression und schränkt Souveränitätsrechte ein.

Wir sehen die Europäische Union als das europäische imperialistische Zentrum, das Angriffspläne gegen die Völker zusammen mit den USA und der NATO mitträgt. Der Militarismus ist ihr Baustoff.

Wir sind der Auffassung, dass es einen anderen Entwicklungsweg für die Völker gibt. Durch die Kämpfe der arbeitenden Menschen kommt die Perspektive eines anderen Europas zum Vorschein, eines Europas des Wohlstands der Völker, des gesellschaftlichen Fortschritts, der demokratischen Rechte, der gleichberechtigten Zusammenar-

beit, des Friedens, des Sozialismus. Wir bauen auf das Recht jedes Volkes, souverän seinen Entwicklungsweg zu wählen, einschließlich des Rechtes auf Loslösung von den vielschichtigen Abhängigkeiten von EU und NATO sowie des Rechtes auf einen sozialistischen Entwicklungsweg.

Wir sind keine Vollmitglieder der sogenannten "europäischen Parteien" darunter der "Partei der Europäischen Linken".

Wir beschließen mit dieser Erklärung die Gründung der **INITIATIVE kommunistischer und Arbeiterparteien zur Erforschung und Ausarbeitung europäischer Themen und zur Koordinierung ihrer Aktivitäten.**

An dieser INITIATIVE kann jede kommunistische und Arbeiterpartei aus EU-Mitgliedsländern, aus mit der EU assoziierten Ländern sowie anderen europäischen Ländern teilnehmen, die diese Erklärung und die darin enthaltenen Bedingungen akzeptiert.

Ziel der INITIATIVE ist es, dazu beizutragen, europarelevante Fragen zu erforschen und zu analysieren, besonders bezüglich der EU und der Politik, die in ihrem Rahmen festgelegt wird und das Leben der arbeitenden Menschen beeinträchtigt. Weiterhin geht es um Hilfestellungen bei der Ausarbeitung gemeinsamer Positionen der teilnehmenden Parteien bei der Koordinierung der Solidarität und anderer Aktivitäten.

Die INITIATIVE, die sich vorwiegend an die kommunistischen und Arbeiterparteien der EU-Länder wendet, ist ebenfalls kommunistischen und Arbeiterparteien von Ländern offen, die keine EU-Mitglieder sind oder von solchen, die mit ihr assoziiert sind.

Jährlich findet mindestens eine Sitzung der Mitglieder der INITIATIVE statt. Zur Koordinierung der Aktivitäten der INITIATIVE wird die Bildung eines Sekretariats vereinbart.

Die Sitzungen des Sekretariats werden im Vorfeld angekündigt und sind für die Teilnahme aller Mitglieder der INITIATIVE offen.

Die INITIATIVE trägt ein gemeinsames Symbol: Einen Arbeiter, der seine Ketten sprengt.

Sie verfügt über eine Website zur Vorstellung ihrer Positionen, sowie der Positionen der ihr angehörenden Parteien. Die gemeinsame Website wird vom Sekretariat der Parteien der INITIATIVE betrieben.“

1. Oktober 2013, Brüssel

## Syrien

### ***Martin Emko: Solidarität mit Syrien! Chemiewaffenlüge als Angriffsvorwand***

### **Westliche Staaten wollen drohende Kriegsniederlage verhindern**

#### ANGRIFFSKRIEG GEPLANT

Der Versuch imperialistischer Staaten, nach über zwei Jahren ihren durch Söldner und Terroristen (im Westen auch „Opposition“, „Rebellen“ oder „Aufständische“ genannt) geführten Krieg in Syrien nun durch einen offenen Angriff zum Abschluss zu bringen, scheint kurz bevorzustehen. Am 31.08.2013 erfolgte US-Präsident Obamas Ankündigung, ein Angriff auf Syrien könne "morgen, in der nächsten Woche oder in einem Monat" erfolgen, er wolle aber die Zustimmung des Kongresses einholen. Halt findet Obama auch bei Hardlinern der gegnerischen Republikaner<sup>1</sup>[1], u.a. bei dem Freund der Söldner und Terroristen John McCain, der im Mai bereits illegal nach Syrien zur Unterstützung der „Rebellen“ einreiste.<sup>2</sup>[2] Mittlerweile ist nicht mehr wie zu Beginn von auf zwei Tage begrenzte Attacken die Rede, sondern von 60 (!) plus einer Option auf weitere 30 (!) Tage Krieg.<sup>3</sup>[3]

Der geplante völkerrechtswidrige Angriffskrieg – mit der Arroganz des Mächtigen als „Strafaktion“ bezeichnet – bezieht sich auf das angebliche Überschreiten einer „roten Linie“, als welche Obama im vergangenen Dezember einen Einsatz von Giftgas durch die syrische Regierung bezeichnet hat. Dieses Gerede von „roter Linie“ ist an Heuchelei kaum zu überbieten: Es waren die USA selbst, die in ihren Kriegen von Vietnam bis Irak chemische Kampfstoffe von Agent Orange über Napalm bis hin zu weißem Phosphor eingesetzt und damit Abertausende Tote verursacht haben.

Seit Dezember 2012 wurde der syrischen Regierung mehrfach vorgeworfen, Giftgas gegen die zu Zehntausenden in Syrien eingesickerten und v.a. durch Katar und Saudi-Arabien finanzierten Söldner und Terroristen und gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt zu haben, so z.B. Mitte April 2013.<sup>4</sup>[4]

Zuletzt erfolgte dieser Vorwurf am 21.08.2013: Ein Chemiewaffen-Angriff in Syrien forderte gegen zwei Uhr morgens in den im Osten von Damaskus gelegenen Vierteln Zamalka, Ein Tarma und Irbin offenbar Hunderte Todesopfer durch den Einsatz von Giftgas. Von den sogenannten „Aufständischen“ angezeigt, wurde der Anschlag von

westlichen Medien und Politikern sofort der syrischen Armee bzw. Präsident Assad angelastet. Die deutschen Medien wie z.B. ARD und ZDF überbieten sich seither in der Verbreitung der Ansichten der „Aufständischen“ bzw. von Halb- oder offenen Unwahrheiten. Hierzu gehört auch die fraglose Übernahme von „Argumenten“ oder die Wiedergabe von Ansichten der Kriegstreiber.

#### ANSCHULDIGUNGEN HALTLOS

Bei genauerer Analyse erwiesen und erweisen sich alle Anschuldigungen gegen die damaszener Regierung als haltlos: Nicht nur stellte ausgerechnet Carla del Ponte, die eine unrühmliche Rolle beim Den Haager Schauprozess gegen Milosevic gespielt hatte, die „Rebellen“ Anfang Mai selbst unter Verdacht<sup>5</sup>[5]. Auch die aktuell vorgelegten Dossiers – von den USA<sup>6</sup>[6] und Frankreich<sup>7</sup>[7] – sind nichts weiter als eine Ansammlung von Behauptungen und Mutmaßungen. Z.B. beschuldigt Frankreich Syrien gleich dreier Angriffe mit Chemiewaffen (in Saraqeb , 29. April 2013, Jobar, Mitte April 2013 und Stadtrand Damaskus, 21. August 2013). Bei genauerer Lektüre der französischen Regierungs-Verlautbarungen stellt sich heraus, dass es sich nur um Behauptungen und Schlussfolgerungen, nicht aber um die Spur eines Beweises handelt. Ebenso wenig ist dies bei dem US-Bericht der Fall.<sup>8</sup>[8]

Dennoch lässt Rasmussen, Generalsekretär des Kriegsverbündnisses NATO, „[...] in Brüssel keine Zweifel aufkommen: Seiner Einschätzung nach hat der syrische Präsident Baschar al-Assad am 21. August Hunderte unschuldiger Syrer mit Giftgas töten lassen. [...] Rasmussen [...] habe geheimdienstliche Erkenntnisse gesehen und Informationen bekommen, die keinen anderen Schluss zuließen. Wie die Beweise genau aussehen, dazu könne er nichts sagen [...] Er forderte eine militärische Reaktion der Staatengemeinschaft, [...]“.<sup>9</sup>[9]

Auch hier wird wiederum deutlich, dass westliche, imperialistische Staaten und ihre Handlanger Syrien offenbar unbedingt besiegt sehen wollen:

Beweise zu Anschuldigungen werden nicht vorgelegt, man behauptet lediglich, sie zu besitzen. Dies erinnert fatal an die Lügen und gefälschten Beweise der verbrecherischen Bush-Regierung von 2003, mit denen der auch „Krieg“ genannte folgende Massenmord im Irak legitimiert wurde.

#### ATTACKE MIT CHEMIEWAFFEN DURCH SYRIEN UNLOGISCH

Der Sturz der Regierung Assad ist zur Zeit das erste Ziel der Kriegstreiber, und so entbehren die Vorwürfe gegenüber Syrien auch jeder Logik. Präsident Assad selbst stellte im Interview mit Le Figaro am 02.09. fest:



„Zunächst einmal ist jeder, der eine solche Anschuldigung erhebt, auch verantwortlich für die Bereitstellung der Beweise, um die Behauptung zu untermauern. Wir haben sie aufgefordert, ein Fitzelchen eines seriösen Beweises zu präsentieren, wozu sie nicht in der Lage waren. Da ihre Außenpolitik darauf zugeschnitten sein sollte, mit den Interessen des eigenen Volkes übereinzustimmen, haben wir sie aufgefordert, ihrer eigenen öffentlichen Meinung seriöse Beweise zu präsentieren, um ihre Behauptungen zu untermauern, wieder haben sie es nicht getan.

Zweitens, wo wäre die Logik bei uns, einen Angriff dieser Art durchzuführen: Nach zwei Jahren Krise kann ich getrost sagen, dass die Situation im Land viel besser ist, als sie es vor einem Jahr war; wie wäre es dann denkbar, dass eine Armee, die durch konventionelle Bewaffnung im Land bedeutende Fortschritte macht, auf die Verwendung von Massenvernichtungswaffen zurückgreift?“<sup>10</sup>[10]

Noch deutlicher äußerte sich Russlands Präsident Putin, der bereits am 31.08.2013 ausführte:

“Gesunder Menschenverstand spricht für sich – Regierungstruppen kommen voran, in einigen Regionen umzingelten sie die Aufständischen. Unter solchen Bedingungen jenen eine Trumpfkarte zu geben, die immer nach einer ausländischen Militärintervention gerufen haben, ist einfach unvorstellbarer Unsinn.“<sup>11</sup>[11]

Hier bleibt nur zu ergänzen, dass zum Zeitpunkt des Angriffs gerade erst UN-Chemiewaffenbeobachter im Land angekommen waren. Ihr Hotel lag keine fünf Kilometer entfernt. Offenbar sollte die besagte „rote Linie“ direkt vor ihrer Nase leuchten.

#### DROHENDE NIEDERLAGE DER SÖLDNER UND TERRORISTEN

Daraus ergibt sich: Die einzigen Kräfte, die ein Interesse an einer weiteren Eskalation der Lage in Syrien haben können, sind die Söldner und Terroristen und ihre Auftraggeber. Denn die v.a. über die Türkei und Jordanien eingeschleusten „Kämpfer“ aus Libyen, Jemen, Türkei, Saudi-Arabien, Bosnien, Tschetschenien, Großbritannien und vielen anderen Staaten<sup>12</sup>[12] – auch der BRD<sup>13</sup>[13] – wurden vor dem 21.08. 2013 durch die syrische Armee in vielen Regionen erfolgreich zurückgedrängt, obwohl sie durch ausländische Offiziere in Syrien<sup>14</sup>[14] selbst angeleitet wurden. Ihre Niederlage schien bereits unabwendbar<sup>15</sup>[15], insbesondere seit der Befreiung ihrer strategisch wichtigen Stadt Al-Qusayr südwestlich von Homs Anfang Juni 2013.<sup>16</sup>[16] Daran änderten auch die zahlreichen Waffenlieferungen nichts, die die syrischen Terroristen erhielten.<sup>17</sup>[17]

Zu den Gründen des syrischen Vorankommens formulierte Präsident Assad im Interview mit Libanons Al-Manar (dt. 01.06.2013):

„Der Hauptgrund dafür, dass sich das Gleichgewicht verschoben hat, ist die Meinungsänderung von Leuten, in den Bereichen der bewaffneten Gruppen, die nicht unbedingt aufgrund mangelndem Patriotismus ihrerseits mitmachten, sondern weil sie getäuscht wurden. Sie wurden dazu gebracht zu glauben, dass es eine Revolution gegen die Mängel des Staates gab. Das hat sich geändert; viele Personen haben diese Terroristengruppen verlassen und sind zu ihren normalen Leben zurückgekehrt.“<sup>18[18]</sup>

Verblieben sind die bezahlten und eingeschleusten Söldner und Terroristen, die mit aus dem Ausland gelieferten Waffen durch Morde, Gemetzel und Attentate gegen Unbeteiligte in Erscheinung treten.<sup>19[19]</sup> Zwar sammeln sie sich immer wieder in bestimmten Gebieten, werden dort jedoch durch die syrische Armee konsequent bekämpft. Sie sind in die Defensive geraten. Nochmals Präsident Assad (im Interview mit Isvestija, 26.08.2013):

„[...] Wir haben es mit Terroristen zu tun, die in die Dörfer und Vororte von Städten eindringen. Es handelt sich um Verbrecher, welche unschuldige Zivilisten ermorden und Objekte der Infrastruktur zerstören. [...]

Der Hauptgrund für die anhaltenden militärischen Aktionen ist die enorme Menge von ständig auf syrisches Gebiet eindringenden Terroristen von außerhalb. Jeden Monat kommen Zehntausende von ihnen in unserem Land an. Außerdem werden die Terroristen nach wie vor vom Ausland finanziert, es werden ihnen Waffen geliefert. [...]

Ihre Ideologie ist der Radikalismus, der keinerlei religiöse Ansichten akzeptiert als die, zu der sich die Terroristen selbst bekennen. Sie haben ein und dieselben ideologischen Führer, solche wie az-Zawahiri, doch dabei hat jede dieser Gruppen auch ihre eigenen Anführer.

Ihre Sponsoren sind, wie ich bereits sagte, ein und dieselben, mitunter sind das ganze Staaten, wie beispielsweise Saudi-Arabien.

Ungeachtet dessen, dass sie versprengt sind, haben ihre Sponsoren und ideologischen Führer die Möglichkeit, jede von ihnen zum Beispiel durch radikale Botschaften zu manipulieren. Beispielsweise können sie äußern: ‚Moslems sind verpflichtet, in Syrien in den Dschihad zu ziehen‘. Tausende von Kämpfern werden auf diese Weise hierher geschickt, um Krieg zu führen. [...]“<sup>20[20]</sup>

#### CHEMIEWAFFEN-ANGRIFF: CUI BONO - WEM NÜTZT DAS?

Parallel dazu, dass sich der Sieg der mit konventionellen Waffen agierenden syrischen Armee über die fremdfinanzierten Söldner und Terroristen abzeichnete, ergaben sich - vgl. oben - aber immer neue und nie bewiesene Vorwürfe gegen die syrische Regierung, chemische Kampfstoffe eingesetzt zu haben. Doch gerade in „Rebellen“-Zentren wurden ebensolche Waffen – aus Eigenbau – entdeckt, einmal an der Nordgrenze von der türkischen Polizei<sup>21</sup>[21], andere Male durch syrische Armeeeinheiten<sup>22</sup>[22], und sie wurden auch durch die Kämpfer eingesetzt.<sup>23</sup>[23] Sie selbst oder ihre Auftraggeber beschuldigten dann mit Regelmäßigkeit die Regierung der Verantwortung für die Opfer ihrer chemischen Angriffe und verlangten lauthals nach einer Flugverbotszone, nach ausländischer Intervention oder nach weiteren Waffen, um wieder in die Offensive kommen zu können.<sup>24</sup>[24] Verhandlungsangebote der Regierung wurden abgelehnt.<sup>25</sup>[25]

All dies deutet darauf hin: Die Attacke vom 21.08.2013, die viele Syrer das Leben kostete, lag nicht im Interesse der durch den Westen bedrängten syrischen Regierung. Sie wurde von den Söldnern und Terroristen selbst verursacht. Ob es sich dabei um volle Absicht handelte (Fakt ist z.B., dass auf „Rebellen“-Internetseiten bereits am 20.08.2013 Videos zu dem Anschlag vom 21.08.2013 publiziert wurden; vgl. S.8)<sup>26</sup>[26] oder, wie in den letzten Tagen diskutiert wird, evtl. ein Unfall im Umgang mit den Waffen passierte, ändert nichts an dieser einzig plausiblen Zuschreibung von Verantwortung.<sup>27</sup>[27] Genutzt wurde ihr Angriff sofort dazu, ein Eingreifen des Westens zu fordern.<sup>28</sup>[28] Postwendend erfolgte die gewünschte Reaktion der USA und weiterer Verbündeter, ergänzt durch die saudische Forderung nach „maximaler Unterstützung“ für die Söldner und Terroristen auf dem Treffen der Arabischen Liga in Kairo (01.09.2013)<sup>29</sup>[29]

#### ZIELE DES IMPERIALISMUS

Bei genauerer Betrachtung der Ziele, die die staatlichen Gegner Assads eint, kann unterschieden werden: Die fundamentalistischen Regime in Saudi-Arabien und Katar sehen v.a. die Möglichkeit, wie im Fall Libyens regionale Widersacher auszuschalten. Doch sind sie nur Kanonenfutter in einem größeren Zusammenhang:

Der – bislang unerklärte – Krieg gegen Syrien ist Bestandteil einer Strategie des Umgangs mit einer ganzen Region. Er war vorgeplant, dies erklärte der ehemalige Minister für auswärtige Beziehungen Frankreichs, Roland Dumas, in aller Offenheit: „Ich werde Ihnen etwas erzählen. Ich war zwei Jahre vor Beginn der Gewaltausbrüche in einer anderen Angelegenheit in England und traf mich dort mit zwei hochrangigen

britischen Beamten, die mir gegenüber einräumten, in Syrien etwas zu planen. [...] Diese Operation [...] wurde vorbereitet, vorausgedacht und geplant [...] (ca. 15.06.2013).“30[30]

Den USA – und damit auch ihrer regionalen „Festung“ Israel – würde zunächst mit einem Sieg über Assad ein mehrfacher Erfolg gelingen. Es ist richtig: „Die anvisierten Ziele der Imperialisten und ihrer globalen Medien sind die Unterwerfung der Völker in der Region und die Umsetzung ihrer »Pläne für einen Neuen Nahen Osten«, die die Bodenschätze der Region im Visier haben.“31[31] Dies bedeutet v.a. zunächst das Ausschalten und die Zerschlagung der verbündeten Achse Hezbollah / Libanon – Syrien – Iran, die für das Eintreten für jeweils nationale Interessen steht, und ihre teilweise Balkanisierung. Die Gefahr, dass der Krieg übergreift auf andere, mit Syrien verbündete Staaten, wird bewusst hingenommen oder ist gewollt: Die USA scheinen einen Flächenbrand zu provozieren in dem Bestreben, ihren wirtschaftlich schwindenden internationalen Einfluss mit militärischer Stärke auszugleichen. Denn geostrategisch mit einer Niederlage Syriens verbunden wäre die weitere Einkreisung Russlands, das (wenn Gegenmaßnahmen unterblieben) somit auch atomar in Schach gehalten werden könnte. US-Interessen jeder Art wären so leichter zu schützen.

Die europäischen Kriegstreiber scheinen zu denken, bei diesem Szenario profitieren zu können. Doch ob sie offen (Frankreich, England) oder verdeckt beteiligt sind (BRD) – die genannten Entwicklungen würden z.B. zugleich bedeuten, „[...] dass einige der wichtigsten Energietransport- und Versorgungsrouten gestört und damit die massiv von Energieimporten abhängigen Volkswirtschaften Chinas, der größeren europäischen Mächte, Indiens, Japans und Südkoreas schwer beeinträchtigt werden könnten. Dies könnte dazu führen, dass die Politik der Europäischen Union gezwungenermaßen noch militärischer ausgerichtet wird, weil man verzweifelt versucht, ihre Volkswirtschaft zu retten. Ein solches Szenario birgt vor allem für die Energielieferanten wie Russland oder die OPEC große Gefahren, wären sie doch möglicherweise gezwungen, sich entweder für China oder die EU zu entscheiden, sollte es zu Rohstoff- und Energieverknappungen kommen. Ein Krieg um Rohstoffe – wie der Erste Weltkrieg – könnte als Konsequenz mit verheerenden Folgen für einen großen Teil Afrikas und praktisch alle Industrieregionen Eurasiens ausbrechen.“32[32]

**SOLIDARITÄT MIT SYRIEN!**

**HANDELN!**

Heute ist es das Wichtigste, in Syrien einen weiteren imperialistischen Massenmord durch Marschflugkörper, Raketen, Kampfflugzeuge oder andere profitträchtige „Güter“ der US-Rüstungsindustrie zu verhindern.

Schnellstmöglich muss Gegenöffentlichkeit hergestellt werden zu den Lügen der Kriegstreiber, Argumente gegen den drohenden Krieg müssen bereitgestellt, wir müssen aktiv werden.

Dabei gilt es, keinen Tag zu verlieren und nicht auf eine Friedensbewegung zu warten, die beim letzten imperialistischen Überfall - auf Libyen - völlig versagt hat.

Dabei können wir helfen:

- Verbreitet Infos und Aufrufe gegen den Krieg in Syrien!

- Verdeutlicht, dass auch in der BRD Leute die Wahrheit wissen - Sendet Protestnoten an Botschaften und Ministerien, z.B.:

press@nato-pa.int

poststelle@auswaertiges-amt.de

poststelle@bmv.g.bund.de

consulat.berlin-amba@diplomatie.gouv.fr

consular.berlin@fco.gov.uk

bundespraesident@bpra.bund.de

botschaft@israel.de

vacancies@hq.isaf.nato.int

info@consulfrance-dusseldorf.org

berlskade@yahoo.com

ijc.media.operations@afghan.swa.army.mil

Nehmt Teil an Protestaktionen gegen den Krieg, initiiert selbst welche vor Ort!

**SOLIDARITÄT MIT SYRIEN UND BASHAR AL-ASSAD – KEIN ANGRIFFS-KRIEG!**

Martin Emko

Anmerkungen:

1[1]<http://www.welt.de/politik/ausland/article119676088/Einflussreiche-Republikaner-wollen-Assad-angreifen.html>

2[2]<http://friendsofsyria.wordpress.com/2013/05/27/senator-john-mccain-visit-his-terrorist-army-in-syria-today/>

- 3[3]<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/anhoerung-in-washington-senatsausschuss-fuer-begrenzten-militaerschlag-in-syrien-12559195.html>
- 4[4]<http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-04/syrien-chemieaffen-mccain/komplettansicht>
- 5[5]<http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22424188>
- 6[6]<http://s3.documentcloud.org/documents/782080/u-s-government-assessment-on-syria.pdf>
- 7[7][http://www.gouvernement.fr/sites/default/files/fichiers\\_joints/syrie\\_synthese\\_nationale\\_de\\_renseignement\\_declassifie\\_02\\_09\\_2013.pdf](http://www.gouvernement.fr/sites/default/files/fichiers_joints/syrie_synthese_nationale_de_renseignement_declassifie_02_09_2013.pdf)
- 8[8]<http://original.antiwar.com/Virginia-Tilley/2013/08/30/syria-dossier-another-failed-argument/>
- 9[9]<http://www.dw.de/nato-generalsekret%C3%A4r-fordert-eingreifen-in-syrien/a-17060782>
- 10[10]<http://sana.sy/eng/21/2013/09/03/500561.htm>
- 11[11][en.rian.ru/news/20130831/183081484/Putin-US-Claims-About-Syrian-Chemical-Attack-Unimaginable.html](http://en.rian.ru/news/20130831/183081484/Putin-US-Claims-About-Syrian-Chemical-Attack-Unimaginable.html)
- 12[12] s. hierzu Artikel von 2012:  
<http://www.voltairenet.org/Libyan-Islamists-go-to-Syria-to> ;  
<http://rt.com/news/libya-syria-fighters-smuggled-475/> ;  
<http://jghd.twoday.net/stories/nato-staaten-sind-laengst-militaerisch-in-syrien-aktiv-ein-ueberblick/> ;  
<http://www.voltairenet.org/DRINGEND-Syrien-Gruppierung-von>
- 13[13]<http://urs1798.wordpress.com/2013/08/16/deutsche-jihadisten-unter-den-morderbanden-in-syrien-syria/>
- 14[14] nur drei Beispiele: <http://abna.ir/data.asp?lang=3&Id=421568> ;  
<http://www.islamicinvitationturkey.com/2012/08/08/12-turkish-army-commanders-arrested-in-syria/> ;  
<http://www.lefigaro.fr/international/2013/08/22/01003-20130822ARTFIG00438-syrie-l-operation-anti-assad-a-commence.php>
- 15[15]<http://www.presstv.ir/detail/2013/06/13/308834/syria-troops-battle-rebels-near-damascus/>
- 16[16]<http://www.almanar.com.lb/english/adetails.php?eid=97089&cid=71&fromval=1&frid=71&seccatid=271&s1=0>
- 17[17]<http://friendsofsyria.co/2013/06/22/nato-shipping-weapons-to-syria/> ;  
<http://german.irib.ir/nachrichten/nahost/item/204425-grosse-mengen-israelische-und-amerikanische-waffen-im-syrischen-homs-entdeckt;>  
<http://www.tagesschau.de/ausland/syrien2890.html>

18[18]<http://stevenblack.wordpress.com/2013/06/01/al-manar-interview-mit-bashar-al-assad-deutsche-bersetzung/>

19[19][http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id\\_64978460/buergerkrieg-in-syrien-islamisten-exekutieren-zwei-kinder-in-aleppo.html](http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_64978460/buergerkrieg-in-syrien-islamisten-exekutieren-zwei-kinder-in-aleppo.html) ;  
<http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2013/03/fsa-soldner-veruben-schlimmste-massaker.html>

Vorsicht, drastisches Material:  
<http://www.presstv.com/detail/2013/06/28/311232/usbacked-takfiris-behead-priest-in-homs/> ;  
<http://www.syrianews.cc/fsa-decapitate-grill-victims-syria/>

20[20] zitiert nach: <http://apxwn.blogspot.de/2013/08/baschar-al-assad-im-interview-fur.html#more>

21[21]<http://haber.sol.org.tr/devlet-ve-siyaset/adanada-el-nusraya-operasyon-iki-kilo-sarin-gazi-ele-gecirildi-haberi-73820>

22[22] nur einige Beispiele:  
<http://rt.com/news/damascus-syria-chemical-weapons-082/> ;  
<http://friendsofsyria.co/2013/06/24/qatar-behind-transfer-of-chemicals-to-syria/> ;  
<http://www.globalresearch.ca/israeli-intelligence-news-acknowledges-that-syria-rebels-possess-chemical-weapons-us-nato-delivering-heavy-weapons-to-the-terrorists/5340033>

23[23]<http://de.ria.ru/politics/20130710/266460116.html>

24[24]<http://humanrightsactivists.wordpress.com/2013/03/18/c-i-a-sending-arms-to-al-qaeda-fsa-terrorists/> ;  
<http://en.rian.ru/russia/20130615/181682400/No-Fly-Zone-in-Syria-Would-Break-International-Law---Lavrov.html> ;  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-04/israel-militaerintervention-syrien>

25[25]<http://de.ria.ru/politics/20130225/265606615.html>

26[26] vgl. hierzu auch:  
<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2408404/Intelligence-report-says-U-S-officials-knew-nerve-gas-attack-Syria-days-killed-1-400-people-including-400-children.html#ixzz2dmNuZMQP>

27[27]<http://www.mintpressnews.com/witnesses-of-gas-attack-say-saudis-supplied-rebels-with-chemical-weapons/168135/> ;  
[http://voiceofrussia.com/news/2013\\_08\\_30/Syrian-rebels-take-responsibility-for-the-chemical-attack-admitting-the-weapons-were-provided-by-Saudis-1203/](http://voiceofrussia.com/news/2013_08_30/Syrian-rebels-take-responsibility-for-the-chemical-attack-admitting-the-weapons-were-provided-by-Saudis-1203/) ;  
<http://original.antiwar.com/Dale-Gavlak/2013/08/30/syrians-in-ghouta-claim-saudi-supplied-rebels-behind-chemical-attack/>

28[28]<http://www.welt.de/politik/ausland/article119528714/Syrische-Opposition-fordert-Militaerschlag-vom-Westen.html>

29[29]<http://www.telesurtv.net/articulos/2013/09/02/arabia-saudita-pide-apoyo-internacional-para-grupos-terroristas-en-siria-1694.html>

30[30] [http://www.geheimmagazin.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=228:dumas-syrien-krieg-schon-2011-geplant&catid=45:mittlerer-osten&Itemid=104](http://www.geheimmagazin.de/index.php?option=com_content&view=article&id=228:dumas-syrien-krieg-schon-2011-geplant&catid=45:mittlerer-osten&Itemid=104)

31[31]<http://pwlasowa.blogspot.de/2013/08/hande-weg-von-syrien-nein-zu-den.html>

32[32] Mahdi Darius Nazemroaya, zitiert nach: GEHEIM Nr. 4/2012, S.21

---

### ***Irene Eckert: Syrien-Resolution nutzen: Lähmung der "Friedenskräfte" überwinden - Antikriegs-Bewegung aufbauen!***

Der "Bundesausschuß Friedensratschlag" erkennt mit seiner jüngsten Stellungnahme zur Syrien-Resolution des UN-Sicherheitsrats noch immer nicht die Gunst der Stunde. Die dort zusammengeschlossenen "Friedenskräfte" sehen weiterhin nicht, wo Verbündete zuverlässig zur Verfügung stehen. Mit den Formulierungen der ersten Sicherheitsrats-Resolution haben sich nämlich endlich die Kräfte durchgesetzt, die nach Geist und Buchstaben der UN-Charta Geltung verschaffen wollen. Es ist dabei hervorzuheben, dass der Erfolg der Diplomatie ein Erfolg für alle Beteiligten darstellt.

Haarscharf ist die Welt einer neuerlichen Ausweitung der Kriegszone in Nahost gerade noch entkommen. Der offene imperialistische Angriff auf den friedfertigen, aber von innen heraus unterminierten, Vielvölkerstaat Syrien wurde vorerst durch kluges diplomatisches Geschick Russlands und seiner Verbündeten in der Welt abgewehrt. Hier deutet sich eine geopolitische Trendwende von größter Bedeutung an. Die geballte Macht der imperialistischen Staatengemeinschaft reicht nicht mehr aus, der Welt ihren Willen bruchlos aufzuzwingen. Der Weltsicherheitsrat vermag jetzt klare Schranken zu setzen. Ohne Neubefassung des Sicherheitsrats kann kein neuer Schlag gegen Syrien erfolgen. Erdrückende Beweise liegen der Weltgemeinschaft vor, die nahelegen, dass die Urheberschaft der verbrecherischen Giftgas-Einsätze in Syrien auf das Konto der Kontras gehen. Die Präsenz von Al-Qaida und anderen auch von den USA und ihren Verbündeten offen verurteilten Terrorgruppen in Syrien ist inzwischen unbestreitbar. Unbestreitbar auch, dass sie inzwischen den 'oppositionellen', den bösen Ton vorgeben. Die Westmächte werden daher zögerlicher bei der Unterstützung solcher Kräfte, die sie ja offen verurteilen müssen.



Wenn Chinas und Russlands Außenminister die UNSCR-Resolution 2118/2013 als "Sieg der Diplomatie" werten, so ist dem unbedingt und ohne zu zögern zuzustimmen. Diese Staaten sind heute Garanten für eine Antikriegspolitik. Sie haben dem Willen der Weltöffentlichkeit, im Bunde mit einer ganzen Reihe anderer Staaten, Geltung verschafft. Wenn wir also den Frieden wollen, ohne den alles andere nichts ist, dann müssen wir den Fokus auf diesen Erfolg legen. Auf diesem Erfolg gilt es auf regionaler und nationaler Ebene aufzubauen.

Die völkerrechtswidrige Aggressionspolitik gegenüber Syrien, die andauernde Kriegshetze, die sowohl gegen die UN-Charta, als auch gegen den Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstößt, gilt es endlich anzuprangern. Kräfte, die dem Frieden in der Welt dienen wollen, müssen aufzeigen, dass diese militaristische Politik keinerlei Zukunft hat.

Seit der kriegerischen Zerschlagung Jugoslawiens, seit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Afghanistan, seit den Kriegen gegen den Irak, den zynisch-feigen Drohnen-Einsätzen in Pakistan, Yemen und anderswo, seit dem Krieg gegen Libyen, dem Krieg gegen Mali und nicht zu vergessen den fortgesetzten israelischen Kriegen gegen seine Nachbarn muss doch jedem wachen, friedliebenden Bürger klar sein, von welcher Seite her der Weltfrieden bedroht wird. Daran ändert auch nichts, dass Kriege nicht mehr Kriege genannt werden dürfen. Der noch einmal abgewehrte offene Militärschlag gegen Syrien unter wieder einmal fadenscheinigem Vorwand ist noch nicht das Ende der Aggressionen gegen dieses Land. Das syrische Volk leidet weiter durch die Übergriffe der brutalen Kontras.

Als Friedenskräfte müssen also wir entschieden Partei ergreifen für die Opfer. Wie einstmals, als es galt, dem tapferen vietnamesischen Volk Beistand zu gewähren, wie damals als es galt, Nikaragua gegen die Kontras beizustehen, so müssen wir auch heute wieder Stellung gegen das unheilvolle Wirken der 'Rebellen' und gegen deren Hintermänner beziehen. Diese sind der Welt bekannt.

Der langanhaltende, unerklärte Krieg gegen Syrien ist ein aggressiver Akt des Imperialismus. Der "Imperialismus ist das höchste Stadium des Kapitalismus", wie es vor hundert Jahren schon Lenin richtig analysierte. All die postmodernen Kriege, die unter der lügenhaften Losung von Menschenrechts- und Demokratieförderung daher segeln, sind als Ausdruck eines Systems zu begreifen, das dem Tode geweiht ist. Leider ist der Totengräber einer Schlafdroge erlegen. Es gilt ihn wach zu trommeln.

Machen wir uns im 'friedlichen' Deutschland nichts vor. Wollen wir die Zukunft unserer Kinder sichern, wollen wir den schönen Planeten Erde vor der Vernichtung be-

wahren, wollen wir Frieden und Sicherheit im Lande , dann können wir weder auf Frau Merkel, noch auf irgend geartete 'Linkspolitiker' bauen. Wir müssen uns selbst zu Wort melden. Selbst mandatierte 'Friedenspolitiker' müssen von uns allerdings ersucht werden, sich auf das Wesentliche, nämlich auf konsequente Friedensarbeit im Zeichen der UN-Charta zu besinnen.

## Zum Bundestagswahlergebnis

### ***Irene Eckert: Das Bundestagswahlergebnis ruft nach Intensivierung fundierter Friedensarbeit!***

#### **Ein friedenspolitischer Blick auf das Bundestagswahlergebnis**

Die hohe Wahlbeteiligung, der hohe Stimmanteil für die CDU-geführte Regierung Merkel, das schwache Abschneiden der LINKEN dürfen uns nicht niederschmettern und auch nicht völlig an der Klugheit unseres Volkes zweifeln lassen. Man muss auch nicht unbedingt mit der Tageszeitung 'Junge Welt' schlussfolgern: "80% für die Kriegsparteien!"

Wenngleich objektiv betrachtet SPD und Grüne genauso kriegsbefürwortende Parteien sind wie die CDU/CSU, so wird das eben leider in der Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen. Die Menschen wählen nach ihrem sozialen Empfinden. Alle Umfragen zeigen aber, dass es klare Mehrheiten gegen Auslandseinsätze und Kriegsbeteiligung gibt. Sehr deutlich wird die Anti-Kriegsoption selbst bei der Direkt-Wahl des Grünen Christian Ströbele im Berliner Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain, der als 'Antikriegs-Kandidat' im Bewusstsein der Wähler verankert ist.

Die 'Dennoch-Stimmen' für die LINKEN wurden für diese Partei trotz ihrer neoliberalen Politik im Falle einer Regierungsbeteiligung und trotz ihres viel zu schwachen, halbherzigen Antikriegs-Kurses abgegeben. LINKE-Stimmen sind subjektiv gewollte Stimmen gegen Krieg und Sozialabbau. Es sind leider auch Sympathiestimmen für so unterschiedliche, ja gegensätzliche Kandidaten wie Sara Wagenknecht und Gregor Gysi.

Das in Anbetracht der Verhältnisse insgesamt viel zu schwache Abschneiden der gesamten Linken ist ihrer sozial- und außenpolitischen Halbherzigkeit zu verdanken.

Stimmen für die Linke sind deswegen 'Dennoch-Stimmen' und es sind Stimmen für einen Politikwandel.

Der offene Neoliberale und GAZA-Kriegsbefürworter Klaus Lederer wurde als Direktkandidat im 'Roten Osten' abgelehnt. Ein Zeichen immerhin.

Machen wir uns darüber hinaus bewusst, wie massiv und konkurrenzlos die Wahlpropaganda für Merkel war. Ihr Sieg wurde ja als unaufhaltsam prognostiziert, seit Monaten schon. Und trotzdem hat sie nicht wirklich gewonnen. Sie braucht einen neuen Partner. Sie steht erst einmal allein da.

Wenn SPD und Grüne wirklich 'Rot-Grün' wären und nicht 'Schwarz-Gelb' zuneigten, könnten sie zusammen ein Gegengewicht bilden. Wenn diese Parteien ihrer ursprünglichen Tradition verpflichtet wären und wenn sie gemäß ihren Gründer-Werten sozial, umwelt- und friedensbewusst handeln würden, dann gäbe es keine Merkel geführte Regierung, sondern eine Dreierkoalition: Rosa-Rot-Grün.

Das ist aber natürlich beim Stand der Dinge illusorisch, entspräche aber durchaus dem Wählerwillen.

Erstaunlich bleibt gleichwohl die hohe Wahlbeteiligung. Allerdings gilt nicht zu wählen und damit dem System die Legitimationsgrundlage zu entziehen, den meisten mündigen Bürgern als unpolitisch und verantwortungslos. Die massive Kampagne gegen die Nichtwähler tat ihr übriges. Die Menschen wollen eben irgendwie doch Verantwortung übernehmen. Eine massenmediale Pseudopolitisierung und Verwirrungsstrategie machte die Menschen orientierungslos. Das schlägt sich im Wahlergebnis nieder. Die hohe Wahlbeteiligung muss also vor allem als Sehnsucht nach Stabilität und damit auch nach Frieden gedeutet werden.

Erfreulich bleibt, dass die *gefühlten* Linksstimmen die Mehrheit haben. (SPD/Die Linke/die Grünen). Eine echte Alternative stand ja eben nicht zur Wahl, ist derzeit auch nicht erkennbar.

Nicht verwunderlich ist daher auch der hohe Stimmanteil für die brandneue, bieder auftretende *rechte* AfD. Die Mehrheit ihrer Wähler sind Protestwähler, auch wenn die "Alternative für Deutschland" keine ist, sondern eine noch radikalere Variante des Gegenwärtigen, das nach deutscher Alleinherrschaft strebt, wie ehemals.

Als positiv ist zu verbuchen, dass das zumindest das Herz der Berliner linksschlägt. Ihren Einspruch gegen die Kriegspolitik der Regierung trugen sie an die Urne. In Kreuzberg-Friedrichshain siegt trotz seines Alters zum vierten Mal in Folge Christian Ströbele, ein zumindest gefühlter Anti-Kriegskandidat. Im Osten wählen über 30

Prozent die LINKE, in ganz Berlin immerhin auch noch über 19 Prozent, und das trotz der schlechten Politik der Linken als ehemaliges Regierungsmitglied in der Hauptstadt. Das ist ein deutliches Antikriegsbekenntnis, wenngleich sich dieses dank der haarsträubenden Haltung sämtlicher offiziöser Berliner "Friedenszirkel" nicht in politisches Handeln umsetzen kann.

Friedenskräfte müssen endlich sehen, auf welche unheilvolle Weise die Gegner einer am Völkerrecht orientierten Friedenspolitik gerade in der Hauptstadt ihre Schwerpunkte setzen. Bis dato gelang es ihnen unerkannt jedes nach außen wirksam werdende Anti-Kriegsengagement nachhaltig zu lähmen. Erkenntnis ist aber der erste Schritt für eine echte friedenspolitische Weichenstellung, die über den Schritt zur Wahlurne hinaus wirksam werden kann.

Ein Ausdruck der Verblendung ist letztlich der über 40%-Anteil der abgegebenen Wählerstimmen bundesweit für die CDU/CSU. Erklärbar ist er durch die generelle Entpolitisierung, den Muttchen-Streuselkuchen-Merkel-Effekt und die tiefsitzende und begreifliche bürgerliche Sehnsucht nach Stabilität. Diese ist aber kurzsichtig und in der Folge verhängnisvoller.

Und trotz alledem hat sich nur ein rundes Drittel der bundesweiten Wählerschaft für die Merkel-Union ausgesprochen. Das ist natürlich aus friedenspolitischer Perspektive viel zu viel. Es ist aber weit entfernt vom Wunschergebnis des militärisch-industriellen Komplexes. Frau Merkel hat alleine keine Mehrheit, Sie braucht einen Königsmacher.

Realistischer Weise müssen wir allerdings auch erkennen:; Es gibt derzeit in Deutschland keine wirkliche alternative politische Kraft. Die "Alternative für Deutschland" ist ganz und gar keine.

Bedauerlicher Weise würden wir auch mit Rosa-Rot-Grün dasselbe Politikergebnis erhalten. Das ist so, weil die SPD schon lange nur noch nach der Macht schießt und schon lange ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung gekappt hat. Das ist so, weil spätestens seit Joschka Fischer als Außenminister die GRÜNEN Kriegspartei sind. Das ist so, weil auch die LINKEN nach der Macht schießen. Auch sie sind bereit, sich um den Preis der Selbstverleugnung anzupassen, trotz des damit drohenden Verlusts ihrer sozialen Basis. Ihr Führungspersonal ist bereit sich anzupassen an die 'staatstragende' SPD und gegebenenfalls auch an die GRÜNEN. Eine desaströse Situation also. Der obige Weg führt in die Sackgasse.

Für eine echte Alternative brauchen wir einen sehr langen Atem und müssen Kraft und vorerst auch die nötige Hoffnung schöpfen aus den internationalen tektonischen Verschiebungen.

De facto fühlen sich jetzt die Kriegsparteien im Aufwind. Dem müssen wir uns nach Kräften widersetzen, nach der Wahl um so entschiedener.

Andere, echte, weil am Völkerrecht orientierte friedenspolitische Impulse setzt der neue Rundbrief des "Arbeitskreises für Friedenspolitik" mit Schwerpunkt Syrien. Er kann bestellt werden bei: Rudolf-Andreas Palmer, Gardeschützenweg 27/29, 12203 Berlin

Irene Eckert

<h2>Neues zum Hintergrund des 17. Juni 1953</h2>
--

### ***Herbert Spalt: Zum Artikel von Kurt Gossweiler / Dieter Itzerott: Der 17. Juni 1953 – Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt***

Als „Tag der deutschen Einheit“ wurde der 17. Juni Nationalfeiertag der BRD. Ziel der BRD-Politik war schon damals die Zurückführung des Volksvermögens in die Hände des westdeutschen Kapitals. Dass die Kriegsverbrecher in der Ostzone enteignet wurden, war nicht zu verzeihen.

Bezüglich der Vorgehensweise ist zu beachten, dass noch während des II. Weltkrieges die Denkfabriken in den USA und an anderen Orten das weitere Vorgehen nach dem Sieg über den deutschen Faschismus in Sachen Konfrontation gegen die UdSSR entwickelten. Der SPD-Politiker E. Bahr fasste das mit den Worten zusammen: Die Geschichte kennt keine Stunde Null. Somit hat jedes historische Ereignis eine Vorgeschichte. Bahr war am 17. Juni Chefredakteur des RIAS in Westberlin.

Zu den Hintergründen des 17.6.1953 zählen auch die Arbeiten mit Konzeptionen des am 24.3.1952 gegründeten Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, J. Kaiser.

Dieser stützte sich auf Zuarbeiten der Länder. Die Interessen des Monopolkapitals vertrat Dr. F. Ernst, ein gestandener NAZI. Kaiser, 1947 aus der Ostzone geflüchtet, hatte allen im Gremium mit auf den Weg gegeben, alle beteiligten politischen Kräfte zur Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse in der Sowjetzone nach dem Tag X zu bündeln.

Es ging um die Erarbeitung von Überleitungsplänen für den Fall der Inbesitznahme der DDR. H. Wehner vertrat im Gremium die SPD, L. Rosenberg den DGB. Dass Rosenberg mit auf der vom OSS-Büro erarbeiteten ‚Crown Jewels‘-Liste stand, wissen wir schon länger. Seit 2007 ist bekannt, dass Kaiser eine Quelle des CIA war.

Im Juli 1952 wusste der ‚Spiegel‘ über einen Plan der Regierung Adenauer für den Tag X – der Übernahme der DDR – zu berichten.

Das Potsdamer Abkommen war so geschrieben, dass es für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft geeignet war. Der Aufruf der KPD vom 11.6.1945 blieb in diesem Rahmen. Infolge der politischen Entwicklung in Westdeutschland sah sich die DDR veranlasst, im Februar 1952 in einer Note die vier Großmächte zu bitten, den Abschluss eines Friedensvertrages zu beschleunigen. Die UdSSR reagierte und richtete am 10.3.1952 eine Note an die Westmächte (Stalin-Note). Bekanntlich hatten die Westmächte darauf negativ reagiert. Bezüglich der DDR waren Schlüsse zu ziehen. In der Zeit vom 1.-7.4.1952 wurde bei Stalin festgelegt:

- eigene Streitkräfte für die DDR;
- Übergang zum Aufbau der sozialistischen Ordnung,
- Schaffung von Genossenschaften auf dem Dorf – keinen zwingen – Beispiele schaffen;
- staatliche, d.h. sozialistische Produktion existierte schon.

Auf der II. Parteikonferenz der SED (9.-12-7.1952) wurde das beschlossen. Es ist völlig unvorstellbar, dass die SKK von dieser Absicht der II. Parteikonferenz nichts wusste. Stalin verstarb am 5.3.1953.

Der Tod Stalins räumte den Kräften in Moskau Spielräume ein, welche das ungeliebte Kind DDR preisgünstig loswerden wollten. Diese Kräfte übersahen, dass sich das Militär mit der strategischen Lage in der DDR angefreundet hatte (Uranvorkommen).

Der DDR entstanden ernste finanzielle Probleme bei der Umsetzung der mit Stalin besprochenen Aufgaben. Die SKK bestand auf Sparmaßnahmen. Wir erinnern uns,

dass noch zu Lebzeiten Stalins Arbeitsgruppen im Auftrag Berijas Probleme in der DDR lösen sollten. Deren Wirken wurde unterbunden – auch durch Stalin.

Am 31.5.1953 informierte das ND, dass es einen Hohen Kommissar der UdSSR, Semjonow, in der DDR gibt, welcher die Tätigkeit der staatlichen Organe zu überwachen habe. In den Westzonen/Sektoren gab es ähnliche Einrichtungen.

Semjonow agierte auf Seiten derer, die die DDR loswerden wollten:

Die ‚Tägliche Rundschau‘ war das Organ des SKK. Es berichtete schon am 17.5.1953 Einzelheiten über Normerhöhung, obwohl dieser erst am 28.5.1953 beschlossen wurden. Zu dieser Zeit war August Hermann Kastner (LDP) Spitzenagent des BND. Semjonow hatte ihn für den Posten des Ministerpräsidenten der DDR vorgesehen. Somit erklärt sich, warum der BND und die bundesdeutschen Organe bestens informiert waren.

Nach ‚rechtsstaatlichen‘ Gepflogenheiten war mit den Zugeständnissen der Parteiaktivtagung im Friedrichsstadtpalast vom 16.6.53 dem Streik die Grundlage entzogen. 1953 musste die Rote Armee nicht gebeten werden. Sie handelte im eigenen Interesse, selbständig. In Moskau fielen erst am 25.6. Richtungsentscheidungen. Damit ist anzunehmen, dass der Aufmarsch der Roten Armee am 17.6.53 in der DDR weniger dem Streik gewidmet war, sondern der politischen Richtung, die Moskau einzuschlagen hatte. Mit dem Militär setzte sich in Moskau Chruschtschow durch.

Damit ist auch geklärt, warum W. Ulbricht im Amt blieb. Die DDR wurde gebraucht und erhielt 1955 die Souveränität.

Nach nunmehr gesicherten Erkenntnissen wussten die Arbeiter nicht exakt, warum sie streikten. Der damalige stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin, A. Neumann (SED), führte am 17.6.53 mit Bauarbeitern der Stalinallee Gespräche. Nach deren Auskunft waren die fehlenden Maurersocken Auslöser des Streiks.

Deutlicher wurde der Chefredakteur des US-Senders RIAS in Berlin-West, Egon Bahr (SPD). Die Streikforderungen wurden mit ‚Bauarbeitern‘ aus den Redaktionsstuben formuliert. Ab 16.5.53, 23.00 Uhr, gingen die Sendungen stündlich raus. So lange, bis der amerikanische Hohe Kommissar McCloy diese stoppte. Er wollte verhindern, dass sein Sender den III. Weltkrieg auslöst.

Diese Befürchtungen hatten ihre Berechtigung. Mit Einstellung des Verkehrs (u.a. U-Bahn) von und nach Westberlin löste die DDR das Problem selbst. Die Entscheidung McCloys war geschichtsträchtig. Eisenhower und Kennedy entschieden 1956 bzw. 1961 usw. ähnlich.

Aus den Einsatzprotokollen der Berliner Volkspolizei geht hervor, dass sich in den Nachmittagsstunden des 16. Juni 1953 eine deutliche Veränderung der sozialen Zusammensetzung in den Demonstrationen vollzog. Es beteiligten sich immer mehr Jugendliche, die zunehmend aus Westberlin kamen und aggressiv auftraten. Angriffsschwerpunkt bildeten das VP-Präsidium am Alexanderplatz sowie das Haus der Ministerien. Das Kaufhaus ‚Columbus‘ wurde niedergebrannt.

Diese Radikalität trat am 17.6.53 auch in einigen Bezirken auf, so in Leipzig. Es gilt als gesichert, dass Provokateure von Berlin aus in die Bezirke kamen, um dort Krawalle anzuzetteln. Wegen Beteiligung an Ausschreitungen wurden in Berlin 322 Westberliner und 4 BRD-Bürger, in den Bezirken 238 Westberliner und 42 BRD-Bürger verhaftet.

Nachdem am 17.6.53 in Leipzig sich gegen Mittag der ‚Arbeitskampf‘ erschöpft hatte, traten die konterrevolutionären Kräfte auf. Es kam zu Brandstiftungen auf dem Markt, zu Angriffen auf den Rundfunk und auf die Untersuchungsorgane des MfS. Diese wurden abgewehrt. Die LVZ vom 22.8.2013 hat dabei 9 Tote gezählt, welche nunmehr würdig beigesetzt werden sollen.

Beim Sturm auf die Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg erbeuteten die ‚Streikenden‘ Waffen und erschossen drei Volkspolizisten. In Halle wurde eine inhaftierte KZ-Aufseherin ‚befreit‘. Als der DGB-Vorstand bekannte Streikführer gegen den FDGB/DDR ausspielen wollte, platzte das Vorhaben, weil alle in Aussicht genommenen Personen SS-Leute, HJ-Führer oder Funktionäre der NSDAP gewesen waren.

Die in Leipzig Festgenommenen trugen mehrheitlich Brandzeichen unterm Arm.

Die Vereinigung der Arbeiterparteien fand nur in der Ostzone statt. Im Westen wurde ein Ostbüro der SPD gegründet. Unstrittig ist, dass es auch im Osten feindlich gesinnte Reste der SPD gab (siehe Volkshauskreis in Leipzig), welche im Ostbüro in Leipzig die Zentrale fanden.

In den Bezirken Karl-Marx-Stadt wurde nur an einem Ort und in Suhl wurde gar nicht gestreikt. An den Arbeitsniederlegungen beteiligten sich 496.765 Arbeiter und Angestellte.

Beim Generalstreik im November 1948 in den Westzonen beteiligten sich 9 Mill. Menschen. Es fuhren auch Panzer auf.

Auf die Offensiv-Ausgabe ‚Unter Feuer‘, Hannover 2009, wird verwiesen.

Herbert Spalt



Quellen:

- Rot Fuchs Juni 2011, S. 3; Sept. 2011, Prof. Dr. Triller; Juni 2013, Extra III + IV
- Dr. Klaus Hesse: Sozialismus – Die Alternative zu imperialistischer Barbarei Teil I: Erfahrungen mit dem realen Sozialismus S. 64 ff
- Prof. Dr. H. Graf: W. Ulbricht – Mein Chef
- Prof. Dr. Prokop: Ulbricht Favorit, Mitteilungen der KPF 6/13
- GRH Info Nr. 2/13
- LVZ 14.6.2012 H. Karl
- LVZ 22.8.2013

## **Klaus Hesse: Der 17. Juni 1953, die Konterrevolution und der Streit um die Zukunft Deutschlands**

Der 2009 veröffentlichte Artikel von Itzerott und Gossweiler zur Geschichte der SED und der Wiederabdruck der Passage zum 17. Juni sind Grund genug, sich detaillierter mit den mittlerweile bekannt gewordenen Hintergründen dieser Auseinandersetzungen zu befassen. Dabei wird deutlich, dass sowohl die Ereignisse von 1953 als auch die von 1989 nicht einfach nur aus der Perspektive der inneren Entwicklung der DDR zu verstehen sind. Was sich damals und was sich heute in der Auseinandersetzung um die DDR abspielt, war damals und ist heute Bestandteil einer längst nicht abgeschlossenen Klassenausinandersetzung.

Der Eifer, mit dem gut bezahlte Interessenvertreter der Monopole und deren Schreiberlinge, Juristen, Historiker, Politikwissenschaftler alles Mögliche und selbst Unmögliches instrumentalisieren, um den ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat als Unrechtsstaat zu diffamieren, ist verständlich: Hier wurde das, was am 30. Juni 1946 in Sachsen per Volksentscheid und am 1. Dezember 1946 in Hessen per Volksbefragung entschieden wurde, umgesetzt. Das ‚Gesetz über Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes‘ war der Grundstein des Volkseigentums der späteren DDR. In Hessen steht bis heute im Artikel 41 der Landesverfassung der Text, dass *„Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden 1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen; 2. vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet:*

die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt."<sup>1</sup> Das wurde dort trotz getrennter Abstimmung über diesen Artikel mit 71,9% der Stimmen beschlossen. Passiert ist ... nichts. Aber in der Selbstdarstellung der oben genannten Spezies war das, was im Osten geschah Unrecht und das, was bei ihnen lief ‚Demokratie‘ nach westlichem Werteverständnis. Und DER Wert, dem alles andere unterzuordnen war und ist - ist halt das ‚Eigentum‘. Ergo: Die da drüben konnten machen was sie wollten: Für die besitzende Klasse, das Kapital, die Großunternehmer, Bankiers etc.pp. Multi- und bloß Milliardäre und -Millionäre und ihren Interessenvertretern war das von Anbeginn Unrecht.

Wer da noch nach Orientierung sucht, sollte sich vielleicht mal bei Marx und Engels informieren. Die hatten schon 1847 geschrieben: *„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentrieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßnahmen also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinauswachsen und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“*<sup>2</sup> Erst danach findet sich der Satz, dass *„an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen ... eine Assoziation (tritt), worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“*<sup>3</sup> Manch einer, dem das Letztere sehr wohl, das Vorgehende nicht so sehr oder gar nicht gefällt, neigt dazu, das Letztere in der Reihenfolge seiner Wünsche vorn dran zu stellen. Aber da ist dann die Interessenlage derer vergessen worden, für die Demokratie mit ihrem Eigentum und ihrem Recht und ihrer Macht beginnt und endet. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht 1956 entschieden, dass die aus der Lehre des Marxismus-Leninismus zu erschließende gesellschaftliche Entwicklung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft auf dem Wege über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats mit der freiheitlich-demokratischen Grund-

---

<sup>1</sup> Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 Artikel 41 [Sozialisierte Unternehmen], unter: [http://lawwww.de/hlv/Aktuell/hv\\_text.htm#41](http://lawwww.de/hlv/Aktuell/hv_text.htm#41)

<sup>2</sup> K. Marx, F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 481f

<sup>3</sup> ebenda S. 482

ordnung unvereinbar<sup>4</sup> ist und die KPD ‚verfassungswidrig‘<sup>5</sup> sei. Die Folgen sollten bekannt sein.

In diesem Kontext wird etwas besser verständlich, dass und warum die nach der Ermordung Stalins ausgelösten Machtkämpfe in der Sowjetunion auch und wahrlich nicht zuletzt den Kräften der Reaktion neue Möglichkeiten boten. Insbesondere ging es darum die bis dahin verborgenen Konflikte zwischen verschiedenen Interessengruppen und die von diesen vertretenen alternativen Positionen zu instrumentalisieren. Dabei ging es nicht mehr nur um die Vernichtung der Spuren. Berija versuchte ebenso wie die anderen Mitglieder des nun wieder in alter Besetzung amtierenden Politbüros, die politische Initiative an sich zu reißen. Das zeigte sich insbesondere in der Debatte um die weitere gesellschaftspolitische Orientierung der Entwicklung in Deutschland und in der DDR.

Mehrfach waren Versuche gescheitert, die Remilitarisierung Westdeutschlands zu verhindern. So fiel der Ablehnung der Westmächte und der Adenauer-Regierung sogar deren eigene, mit der Note der Sowjetregierung vom 10.3.1952 aufgegriffene, Forderungen nach freien Wahlen (vom 27.9.1951<sup>6</sup>) für eine Nationalversammlung zum Opfer. Wie in der ‚New York Herald Tribune‘ nachlesbar, wollten die Vereinigten Staaten nach der Spaltung Deutschlands durch Gründung der Bi- und der Tri-Zone, der Spaltung Berlins und der geheim vorbereiteten einseitigen Währungsreform ‚jetzt keine freien Wahlen in Deutschland.‘<sup>7</sup>

Adenauer hatte schon im Oktober 1945 den Standpunkt vertreten, dass nach seiner Ansicht ‚die Westmächte die drei Zonen, die sie besetzt halten, tunlichst einem staatsrechtlichen Verhältnis zueinander belassen (sollten). Das Beste wäre, wenn die Russen nicht mittun wollten, sofern wenigstens aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden; der von Russland besetzte Teil ist für eine nicht zu schätzende Zeit verloren.‘<sup>8</sup> lehnte die Perspektive eines neutralen Deutschlands ab, dass sich auf Grundlage eines Friedensvertrages innerhalb der durch das Potsdamer Abkommen fixierten Grenzen entwickeln sollte. Nach seiner Meinung ging es nicht um Wieder-

---

<sup>4</sup> KPD-Verbot, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/KPD-Verbot>

<sup>5</sup> Urteil des Ersten Senats vom 17. August 1956 -- 1 BvB 2/51 -- in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv005085.html#Rn603>

<sup>6</sup> So wurde Deutschland gespalten, Berlin 1966, S. 104f

<sup>7</sup> ebenda S. 109

<sup>8</sup> Adenauer in einem Interview für die ‚News Chronicle‘ im Oktober 1945, zitiert nach: W. Eberlein: Geboren am 9. November, a.a.O., S. 200

vereinigung, sondern um „*Befreiung der Provinzen östlich von Elbe und Werra*“.<sup>9</sup> Revanchistischer Ausgangspunkt dieser Politik waren und blieben die deutschen Grenzen von 1937.

In der Note der sowjetischen Regierung an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 10. März 1952 wurde die Wiederherstellung eines Deutschlands als einheitlicher Staat und der Abzug der Streitkräfte der Besatzungsmächte vorgeschlagen. Damit sollten die Gewährleistung der demokratischen Rechte ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, der Rede- und Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit garantiert werden. In diesem Dokument war die freie Betätigung demokratischer Parteien und Organisationen ebenso vorgesehen, wie das Verbot von Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind. Die Rechte der ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, allen ehemaligen Nazis, sollten mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen wieder hergestellt werden. Eine entscheidende vertragliche Bedingung war Deutschlands Verpflichtung, keinerlei Koalitionen oder Militär-bündnisse einzugehen. Die Grenzen Deutschlands sollten entsprechend der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gestaltet werden. Deutschland sollte eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind und das Recht erhalten für diesen Zweck eigenes Kriegsmaterial herzustellen.<sup>10</sup>

In der zweiten Note der sowjetischen Regierung an die Westmächte über den Friedensvertrag mit Deutschland vom 9. April 1952 wurde darüber hinaus vorgeschlagen, freie gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen. Aber angesichts der mittlerweile forcierten Orientierung auf die Remilitarisierung Westdeutschlands gab es im Westen erhebliche Zweifel am Ausgang solcher Wahlen. Nach der Ablehnung der Vorschläge vom März wurde auch dieser Vorschlag zur Regulierung der deutschen Frage von den an der Integration der BRD in das westliche Militärbündnis interessierten Westmächten abgelehnt. Nachdem Adenauer am 26./27.5.1952 den Deutsch-

---

<sup>9</sup> ebenda S. 107-109

<sup>10</sup> Note der sowjetischen Regierung an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 10. März 1952, unter: [http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest\\_schreibenErsteStalinNote/index.html](http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_schreibenErsteStalinNote/index.html)

landvertrag und den Vertrag über die Gründung der ‚Europäischen Verteidigungsgemeinschaft‘ (EVG) unterschrieben hatte, waren die Würfel gefallen.

Werner Eberlein ist nicht der einzige, der in diesem Zusammenhang konstatiert, dass *„die UdSSR die DDR faktisch schon damals zur Disposition gestellt hatte. Drei Jahre nach ihrer Gründung! Das Motiv für diese Haltung war zweifelsohne im Sicherheitsstreben der UdSSR begründet. Man wollte um jeden Preis alle Voraussetzungen dafür schaffen, ein neutrales Deutschland zum Nachbarn zu haben. Natürlich lag Polen dazwischen, aber das hinderte die Sowjetunion nicht daran, derartige politische Überlegungen anzustellen.“*<sup>11</sup>

Aber mit diesen Überlegungen werden auch ganz andere Erinnerungen verdrängt. Fritz Selbmanns hatte in seiner Rede auf der Wirtschaftskonferenz der KPD im November 1945 in Leipzig die durchaus verständlichen Erwartungen und den Übereifer vieler seiner Genossen gebremst, indem er die damalige Lage wie folgt beschrieb: *„Eine Arbeiterklasse, die 12 Jahre dem Nationalsozialismus Gefolgschaft geleistet, die am 22. Juni 1941 die Schande des Überfalls auf die Sowjetunion nicht verhindert hat, eine Arbeiterklasse, die bis in die letzten Wochen und Monaten vor dem Zusammenbruch nicht nur gezwungen, sondern zu einem großen Teil freiwillig mitgegangen ist, eine Arbeiterklasse, von der große Teile geglaubt haben, dass es möglich sei, dass Deutschland auf Kosten anderer Völker sich ein besseres Leben erringen könnte, die 12 Jahre den Grundsatz der internationalen Solidarität vergessen hat, eine Arbeiterklasse, bei der 12 Jahre lang das Klassenbewusstsein verschüttet und demoralisiert war, kann den Schritt zum Sozialismus noch nicht gehen. Darum wollen wir die Demokratie, darum wollen wir, dass in dieser Periode der demokratischen Entwicklung Deutschlands auch die Kräfte der Arbeiterklasse organisatorisch und ideologisch herangebildet werden für unsere neuen geschichtlichen Aufgaben.“*<sup>12</sup>

Dass es solche Erwartungen insbesondere auch unter denen gab, die während des Großen Vaterländischen Krieges in der Sowjetunion gelebt und gearbeitet hatten, geht auch aus einem Gespräch hervor, das die sowjetische Führung mit der Delegation der KPD vom 7.6.1945 hatte. Dabei hatte Stalin gewarnt, *„dass im gegebenen Moment die Einführung des sowjetischen Systems in Deutschland nicht richtig ist, notwendig ist die Errichtung einer antifaschistischen demokratischen parlamen-*

---

<sup>11</sup> W. Eberlein: Geboren am 9. November, a.a.O., S. 239

<sup>12</sup> F. Selbmann: Acht Jahre und ein Tag – Bilder aus den Gründerjahren der DDR, Berlin 1999, S. 89

tarischen Ordnung.“<sup>13</sup> Kommentiert mit den Worten, dass dem Entwurf des Aufrufs der KPD „wesentliche Veränderungen eingefügt (wurden)“ wurde diese Orientierung wörtlich im Aufruf der KPD vom 11.6.1945 wiedergegeben: „Wir sind der Meinung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“<sup>14</sup> Hier ist auch an die dringende Mahnung zu erinnern „nicht zuzulassen, dass die Losung von der Einheit Deutschlands aus den Händen der SED in die Hände der Bourgeoisie übergehe“<sup>15</sup>, die Stalin der Parteiführung der SED am 31. Mai 1947 mit auf den Weg gab. Und am 18.12.1948 hatte Stalin gegenüber Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Oelsner noch einmal zum Ausdruck gebracht, dass in Deutschland der „Weg zum Sozialismus nicht direkt, sondern zickzackförmig und auf Umwegen (zu gehen sei), weil die Bedingungen in Deutschland bedrückend sind und eine vorsichtige Politik erfordern.“<sup>16</sup>

Auch und gerade im Zusammenhang mit dem späteren Verlauf der Ereignisse ist die Darstellung der folgenden Passage aus dem Gespräch vom 4.5.1950 überaus bemerkenswert. Im Zusammenhang mit der Hoffnung „dass es der DDR gelingen werde, die Überlegenheit ihrer Gesellschaftsordnung zu beweisen“ wurde darauf hingewiesen, dass er „eines der größten Hindernisse er jedoch darin (sehe), dass eine ausreichende Erhöhung der Löhne der Arbeiter unterbliebe. Diese Bemerkung provozierte einen Meinungs Austausch und (führte) zur Empfehlung Stalins und anderer sowjetischer Führer, die Löhne mindestens 10 Prozent zu erhöhen, ohne jedoch zu sagen, wie diese Lohnsteigerung finanziert werden sollte.“<sup>17</sup> Hier war nicht von administrativen Normerhöhungen von 10% die Rede, diese Zahl tauchte in diesem Gespräch als Vorschlag für Lohnerhöhungen auf!!!

Schwerwiegender waren die am 1.4.1952 getroffenen Vereinbarungen über die Bildung einer eigenen Armee der DDR. Walter Ulbricht hatte auf die Einheiten der kasernierten Volkspolizei hingewiesen, die den Kern dieser Armee bilden könnte. Otto

---

<sup>13</sup> Zitiert nach: H. Neubert (Hrsg): Stalin wollte ein anderes Europa – Moskaus Außenpolitik 1940-1968 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow, Berlin 2003, S. 167f

<sup>14</sup> Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Revolutionäre Deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 196

<sup>15</sup> Zitiert nach: H. Neubert (Hrsg): Stalin wollte ein anderes Europa – Moskaus Außenpolitik 1940-1968 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow, a.a.O., S. 172

<sup>16</sup> ebenda S. 182

<sup>17</sup> ebenda S. 188

Grotewohl warnte: Vor der Schaffung einer Armee in Westdeutschland wird das schwer sein und wiederholte diese Bedenken auch, nachdem Stalin sich mit ‚je schneller, desto besser‘ noch einmal dagegen ausgesprochen hatte. Aber dann blieb es bei der Vorgabe, *„einer Armee aus 9 bis 10 Korps oder 30 Divisionen“* und der Zusicherung, dass dann genau so viele sowjetische Divisionen aus der DDR abgezogen würden.<sup>18</sup> Auch in diesem Kontext wird verständlich, warum Stalin in der Aussprache mit Pieck, Ulbricht und Grotewohl am 7.4.1952 darauf hinwies, dass *„man vorerst nicht lauthals vom Sozialismus sprechen soll.“*<sup>19</sup>

In diesem Kontext wird deutlich, dass sich vor dem Hintergrund der durch den Stellvertreter-Krieg in Korea auf das äußerste angespannten außenpolitischen Rahmenbedingungen nun auch in Europa ein ganzes Bündel neuer Probleme gab. Die demonstrative Ablehnung der sowjetischen Vorschläge zur Entspannung der Lage in Mitteleuropa erfolgte im Kontext der von westlicher Seite forcierten Vorbereitungen zum Abschluss des ‚Deutschland-Vertrages‘<sup>20</sup> am 26.5.1952 und der einen Tag später erfolgenden Unterzeichnung des Vertrages zur Bildung der 2 Jahre später an der französischen Nationalversammlung scheiternden ‚Europäischen Verteidigungsgemeinschaft‘<sup>21</sup>. In diesem Kontext wird überdeutlich, dass es zwischen der Problem-sicht der sowjetischen Führung und der der deutschen Kommunisten um Walter Ulbricht eine akzentuiert andere Interessenlage gab und warum auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 *„der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR“* erklärt wurde.<sup>22</sup> Für die politische Führung und die Mitglied-

---

<sup>18</sup> ebenda S. 193f

<sup>19</sup> ebenda S. 196

<sup>20</sup> Der Deutschlandvertrag (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten), mit dem ‚Generalvertrag‘ als Kernstück war die Voraussetzung für die Einbeziehung der BRD in das westliche Militärbündnis. Formal wurden die Besatzungstreitkräfte der Westmächte in ‚Schutztruppen‘ umdeklariert. Zugleich behielten sich die drei Westmächte das Recht zur Übernahme der ausführenden Gewalt in der Bundesrepublik bevor, wenn eine Lage entsteht, die die Bundesregierung mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften nicht meistern kann. Nach: Die wichtigsten Punkte des Generalvertrags, unter: <http://www.zeit.de/1952/22/die-wichtigsten-punkte-des-generalvertrags>

<sup>21</sup> Mit der ‚Europäische Verteidigungsgemeinschaft‘ (EVG) sollte unter Beteiligung Frankreichs, der Benelux-Staaten, Italiens und der BRD eine europäische Armee geschaffen werden. Das Projekt scheiterte 1954, weil es im französischen Parlament wegen der westdeutschen Wiederbewaffnung keine Mehrheit erhielt.

<sup>22</sup> Beschluss ‚Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgabe im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus‘, 2. Parteikonferenz der SED 9.-12.7.1952, in: Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2: 1945 bis 1971, Berlin 1988, S. 171

schaft der SED war dieser Moment die Gelegenheit, mit dem Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden ein nun schon jahrhundertlanges Ziel der deutschen Arbeiterbewegung zu realisieren. In der sowjetischen Führung gab es erhebliche Differenzen in der Wertung dieses Schrittes. Das geht nicht nur daraus hervor, dass das Außenministerium bei Versuchen, „eine gewisse Dynamik in die deutsche Frage zu bringen“, die mit dieser Orientierung unvereinbar war, auf massiven Widerstand des sowjetischen Militärs stieß.<sup>23</sup>

Nach Berija sollte dieser Weg nicht nur nicht beschleunigt, wie von Molotow und anderen Mitgliedern des nach Stalins Tod wieder amtierenden Politbüros der KPdSU vorgeschlagen, sondern abgebrochen werden.<sup>24</sup> Dabei ging durchaus nicht nur um unterschiedliche Interessen und Orientierungen in und zwischen den Führungen der KPdSU und der SED. Bei der Erörterung der damaligen Situation kann nicht außer Acht gelassen werden, dass nach Informationen des KGB im ersten Halbjahr 1952 bereits 57.234 Personen aus der DDR in den Westen gegangen waren, im zweiten waren das 78.831, im ersten Quartal 1953 sogar 84.034.<sup>25</sup> Die Sorge, dass da ein Gebilde entstand, das künftig in jeder Hinsicht von der materiellen Unterstützung der UdSSR abhängig sein könnte, war durchaus berechtigt.

Aus Lageberichten der Volkspolizei geht hervor, dass es zwischen Dezember 1952 bis Juni 1953 wiederholt zu Arbeitsniederlegungen gekommen war: Am 2.12. hatten sich 158 Gleisbauarbeiter geweigert ihre Arbeit wieder aufzunehmen, weil ihre Wohnwagen infolge technischer Defekte seit geraumer Zeit nicht mehr beheizt werden konnten. Obwohl dies den Gewerkschaftsfunktionären mehrmals vorgetragen wurde, blieb das Essen in den Schüsseln gefroren. Erst nach der Arbeitsniederlegung erschienen Vertreter der SED-Kreisleitung, der Reichsbahn, des VPKA und des MfS. Nachdem eine Lösung gefunden wurde, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Am 19.12. kam es im Streit um Prämienzahlungen in einer Weißenfelder Schuhfabrik zu einer zweistündigen Arbeitsniederlegung. Aus gleichem Grund kam es in der Waggonfabrik Ammendorf am 12.12. zu einer Protestversammlung und zu Arbeitsniederlegungen. Das wiederholte sich einen Tag später im Karl-Liebknecht-Werk

---

<sup>23</sup> Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Москва 2003, S. 12

<sup>24</sup> Ф. Чуев: Молотов - полудержавный властелин (F. Tschujew: Molotow - Herrscher im Schatten der Macht), Москва 2002, S. 402ff

<sup>25</sup> Аналитическая записка № 44/Б (Analytische Notiz Nr. 44/B vom 6.5.1953 von Berija für das ZK der KPdSU, in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), a.a.O., S. 18



Magdeburg. Dabei stellte es sich heraus, dass einer der Initiatoren früher Mitglied der NSDAP und jetzt in der SED war. Andere waren bei der SS bzw. vorbestraft. Im Möbelwerk Cronneburg kam es am 9.1.1953 zu einer Arbeitsniederlegung, die durch die Nichtzahlung fälliger Lohngehälter provoziert wurde. Dabei wurde der Verdacht geäußert, dass das bewusst vom Betriebsleiter inszeniert wurde, um Missstimmung hervorzurufen. Feierstunden aus Anlass des Tode Stalins wurden in ca. 80 Fällen durch ‚gegnerische Arbeit einzelner Elemente‘ gestört, die sich hauptsächlich auf Industriebezirke konzentrierte.<sup>26</sup> Alles das lag auch den Dienststellen der SMAD bei ihrer Einschätzung der Lage auf dem Gebiet der DDR vor.

Kurt Gossweiler beschreibt die agierenden Kräfte der damaligen Entwicklung: *„Der Zündstoff, der sich ab der zweiten Hälfte des Jahres 1952 in der DDR ansammelte und am 17. Juni 1953 zur Explosion gebracht wurde, war ganz unterschiedlicher Herkunft. Ein Teil – aber bei weitem nicht der ausschlaggebende – war das Produkt des verschärften Widerstandes der antisozialistischen Kräfte, die damals – nur sieben Jahren nach dem Ende der faschistischen Herrschaft – in der DDR natürlich noch zahlenmäßig verhältnismäßig stark und zum Teil auch noch organisiert waren, gegen den Kurs des Sozialismus. Die allergrößten Schwierigkeiten ergaben sich jedoch aus der Verschärfung des Kalten Krieges durch die Westmächte, die offen den Übergang zu einer Politik des Sturzes der sozialistischen Regime proklamierten und in Korea schon zum heißen Krieg übergegangen waren.“*<sup>27</sup> Jahrzehnte zuvor hatte er in knappen Worten die Chronologie der Vorgeschichte des konterrevolutionären Putsches skizziert:

*„Dezember 52 bis Januar 53 – Versorgungsschwierigkeiten, organisiert von der Bande um den ehemaligen Minister für Handel und Versorgung, Hamann“*<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> F. Frenz, H.-H. Hertle, H. Kroll: Arbeiterproteste im Vorfeld des 17. Juni 1953 im Spiegel der Lageberichte der Volkspolizei - Zeitraum: Dezember 1952 bis Juni 1953, unter: [http://www.17juni53.de/chronik/5305\\_1.html](http://www.17juni53.de/chronik/5305_1.html)

<sup>27</sup> K. Gossweiler: Hintergründe des 17. Juni 1953 (Sommer 1993) Mit Anhang: Rede von Max Reiman auf der 15. ZK-Tagung der SED, 24.-26. Juli 1953, mit Kurt Gossweilers Vorwort vom August 2003, unter: <http://www.kurt-gossweiler.de/index.php/17-juni-1953/112-hintergruende-des-17-juni-1953-sommer-1993-mit-anhang-rede-von-max-reiman-auf-der-15-zk-tagung-der-sed-24-26-juli-1953-mit-kurt-gossweilers-vorwort-vom-august-2003-2>

<sup>28</sup> Karl Hamann (1903-1973), Diplom-Landwirt (Dr.agr.) und Politiker, vor 1933 SPD trat 1946 in die LDPD ein, wurde Landesvorsitzender in Thüringen und trat 1949 als Minister für Handel und Versorgung in den ersten Ministerrat der DDR ein. Hamann wurde im Dezember 1952 wegen Sabotage der Versorgung verhaftet und aus der LDPD ausgeschlossen. 1954 zu

*April: Verschärfung der Maßnahmen, die zu empfindlicher Senkung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung führten, besonders bei der Arbeiterklasse und den am schlechtesten gestellten Schichten. Ferner Maßnahmen rigoroser Repressalien gegen die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, sowie überhaupt gegen Mittelständler, Preiserhöhungen (Fleisch, Zuckerwaren, insbesondere Marmelade)*

*Abbau von Vergünstigungen: Keine Preisermäßigungen für Arbeiter und Schüler bei der Reichsbahn, Verschlechterungen in der Sozialversicherung, Verstärkung der Kampagne zur Lohnsenkung durch Normerhöhungen, Entzug der Lebensmittelkarten für Selbständige, Diskriminierung der Selbstständigen, die nicht mehr als Haus- und Straßenvertrauensleute tätig sein durften.*

*11. April – Leitartikel im ‚Neuen Deutschland‘: „Ein weiterer Schritt zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung“, in dem die offensichtlichen Verschlechterungen als Verbesserungen hingestellt werden, z.B.: „Die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Abschaffung des Kartensystems.“ Die Wirkung konnte gar nicht anders sein als Empörung über die Haltung der Partei, die zum Schaden noch den Spott hinzufügt. Bereitung eines günstigen Bodens für Angriffe auf die Partei.*

**Wer hat unser ZK so schlecht beraten???**

*Fußnote: Meine Überzeugung, dass diese Maßnahmen und der spätere ‚Neue Kurs‘ von ‚Karlshorst‘, von der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) gebilligt, wenn nicht gar veranlasst, worden waren, fand ich Jahrzehnte später in den Akten bestätigt.“<sup>29</sup>*

Gossweiler verweist in diesem Zusammenhang auf seinen Artikel ‚Hintergründe des 17. Juni 1953‘. Dort setzte er sich mit den Thesen auseinander, dass der 17. Juni durch den Beschluss zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus oder von der SED-Führung im Alleingang „unter Nichtbeachtung einer ‚Order aus Moskau““ ausgelöst worden sei. Tatsächlich war der Auftrag, in der DDR angesichts der sich zuspitzenden Lage eigene Streitkräfte aufzustellen, mit erheblichen Aufwendungen, folgedessen auch mit Kürzungen auf anderen Gebieten verbunden. Gossweiler erinnert an ein Schreiben des ZK der SED an die Regierung der UdSSR vom Januar 1953, in dem die

---

lebenslanger Haft verurteilt wurde er im Revisionsverfahren zu 10 Jahren Haft verurteilt aber 1956 entlassen.

<sup>29</sup> K. Gossweiler: Die Taubenfuß-Chronik oder Die Chruschtschowiade 1953 bis 1964, Band I 1953 bis 1957, München 2002, S. 30f

daraus erwachsenden Folgen für die DDR-Wirtschaft ‚sehr eindringlich‘ geschildert wurden. Hier wurde auf dadurch ausgelöste Disproportionen, Rückschläge bei dringend notwendigen Rekonstruktionen und der Modernisierung des Bergbaus und der Industrie und drastische Einschränkungen der Versorgung der Bevölkerung hingewiesen. Zugleich wurde angemahnt, dass wichtige Importe aus der UdSSR nicht kommen und zusammenfassend wurde festgestellt, *„dass die ökonomische Lage in entscheidenden Knotenpunkten äußerst ernst und angespannt ist.“*<sup>30</sup>

Das Ausmaß dieser Einsparungsmaßnahmen in Verwaltung, Kultur, Medizin, Preiserhöhungen, Streichung von Fahrgeldermäßigungen wurde am 20.1.1953 im Staatshaushaltsplan mit 1½ Milliarden Mark beschlossen. Das dem zugrunde liegende Bündel von 33 Maßnahmen ging auf detaillierte ‚Empfehlungen‘ zurück, die von der sowjetischen Militäradministration erarbeitet und eingefordert wurden. Gossweiler fügt dem hinzu: *„Schließlich muss als weiterer Lieferant von Zündstoff die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) genannt werden, die noch immer als eine Art Ober-Regierung fungierte, indem sie zu ihr wichtig erscheinenden Fragen Memoranden an die DDR-Regierung übergab, in denen – zumeist auf Grund sehr gründlicher Lageuntersuchungen – oft sehr detailliert ausgearbeitete Maßnahmen zur Durchführung empfohlen wurden.“* Neben der Feststellung, dass es dabei um eine nicht an der realen Lage orientierten Übertragung von Erfahrungen aus der Zeit der Industrialisierung und des Kampfes gegen die Kulaken gekommen sei stellt er fest: *„Einige dieser Empfehlungen berücksichtigten nicht oder ungenügend die besonderen Gegebenheiten in Deutschland. Ihre Verwirklichung musste die unumgänglichen Härten des Sparkurses zusätzlich verschärfen, und dies im gespaltenen Deutschland bei offener Grenze.“* Zugleich merkt er an, dass *„die Führung der SED und die Regierung ... solchen Empfehlungen nur zögernd und in abgemilderter Form nach(kamen).“*<sup>31</sup>

Nach der Sitzung der 13. Tagung des ZK der SED vom 13. bis zum 15.5.1953 wurde der Beschluss ‚Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit‘ veröffentlicht. Darin wurde u.A. auf ungenügende Aufmerksamkeit für technisch begründete Normen und die Tatsache hingewiesen, dass ohne entsprechende Leistungen Normerfüllungen von 150 bis 200 Prozent abgerechnet

---

<sup>30</sup> K. Gossweiler: Hintergründe des 17. Juni 1953 (Sommer 1993) Mit Anhang: Rede von Max Reiman auf der 15. ZK-Tagung der SED, 24.-26. Juli 1953, mit Kurt Gossweilers Vorwort vom August 2003, unter: <http://www.kurt-gossweiler.de/index.php/17-juni-1953/112-hintergruende-des-17-juni-1953-sommer-1993-mit-anhang-rede-von-max-reiman-auf-der-15-zk-tagung-der-sed-24-26-juli-1953-mit-kurt-gossweilers-vorwort-vom-august-2003-2>

<sup>31</sup> ebenda

werden. Die vom Ministerium für Arbeit getroffene Entscheidung, dass bei Einführung neuer Arbeitsnormen eine Senkung des bisherigen Verdienstes nicht zulässig ist, wurde als Fehler und Hemmnis charakterisiert, der korrigiert werden müsse. Das ZK forderte die Minister, Staatssekretäre und Werkleiter auf, Vorsorge zu treffen, dass die für die Produktion ausschlaggebenden Normen auf ein normales Maß – mindestens 10% - angehoben werden. Die in vielen Betrieben erreichten Ergebnisse freiwilliger Normerhöhungen hätten bewiesen, dass das durchaus realistisch sei.<sup>32</sup>

Am 14. Mai, d.h. zeitgleich informierte W.M. Molotow das Präsidium des ZK der KPdSU über im sowjetischen Außenministerium vorliegenden Informationen aus der DDR zu Krisenerscheinungen in der Volkswirtschaft, die mit der undurchdachten Kopie sowjetischer Erfahrungen und insbesondere mit der vorrangigen Orientierung auf die Schwerindustrie verbunden waren. Nachdem diese Probleme und negative Folgen der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft mehrfach im Ministerrat der UdSSR erörtert wurden fasste das Präsidium des ZK der KPdSU den Beschluss über „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR. In der am 2. Juni mit einer Delegation der DDR unter Führung Walter Ulbrichts geführten Aussprache wurde offen über die Unzufriedenheit großer Bevölkerungsgruppen mit den ökonomischen Maßnahmen, mit der Vergenossenschaftlichung, der Verdrängung kleiner und mittlerer Unternehmer in Handel und Industrie und den Maßnahmen gegen die evangelische Kirche gesprochen.“<sup>33</sup>

Siegfried Prokop kommt in seiner Einschätzung der damaligen Situation zu einer nicht weniger bemerkenswerten Feststellung: *„Die Sowjetunion, deren neue Führungsmannschaft nach Stalins Tod aus der festgefahrenen Politik herauswollte, hatte in Bezug auf Deutschland ein ganzes Problem-Bündel neu zu durchdenken. Eine hieb- und stichfeste Konzeption für die Deutschlandpolitik war daher nicht sofort zu erwarten, zumal die Machtverhältnisse nach Stalins Tod im Moskauer Parteipräsidium sich in einem eher labilen Gleichgewicht befanden.“*<sup>34</sup> Vor diesem Hintergrund wurde

---

<sup>32</sup> Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit, Beschluss der 13. Tagung des Zentralkomitees des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 13. und 14. Mai 1953

<sup>33</sup> siehe: События июня 1953 года в ГДР (Ereignisse des Juni 1953 in der DDR), unter: [http://www.idd.mid.ru/inf/inf\\_16.html](http://www.idd.mid.ru/inf/inf_16.html)

<sup>34</sup> S. Prokop: Der 17. Juni 1953. Internationale Aspekte und Fragen der historischen Wertung, unter: <http://www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistischeplattformderpartei-dieline/dokumente/3tagungder16bundeskonferenz/der17juni1953internationaleaspekte-und-fragenderhistorischenwertung/>

vom Ministerrat der UdSSR am 28. Mai 1953 die Entscheidung getroffen, die Kontrolle der DDR vom Oberkommandierenden der sowjetischen Truppen auf einen Hohen Kommissar zu übertragen. Künftig sollte W.S. Semjonow<sup>35</sup>, der seit 1947 an fast allen Gesprächen Stalins mit den Delegationen des ZK der SED und der Regierung der DDR teilgenommen hatte, die Interessen der Sowjetunion in Deutschland vertreten. Prokop konstatiert: „Mit dem Amt des Hohen Kommissars stellte die UdSSR strukturell die Kompatibilität zu den westlichen Besatzungsmächten her, deren Hohe Kommissare Conant (USA), Francois-Poncet (Frankreich) und Kirkpatrick (Großbritannien) waren.“<sup>36</sup>

General Wollweber, Staatssekretär für Staatssicherheit, informierte über den Streit, den die Orientierung auf den Aufbau des Sozialismus im ZK der SED ausgelöst haben sollte. Erich Honecker sprach in diesem Zusammenhang von Versuchen Berijas, noch vor Stalins Tod nun auch Ulbricht in die Welle der Prozesse um Slansky einzubeziehen.<sup>37</sup> Damals sollten auf Berijas Befehl eine Arbeitsgruppe seines Ministeriums unter Leitung der Obristin Rybkina in einer streng geheim gehaltenen Operation hinter dem Rücken des Präsidiums des ZK, Molotows und des Außenministeriums über verschiedene Kanäle sondieren<sup>38</sup>, welcher Preis bei den Westmächten für die Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands zu realisieren wäre. Mit den solcherart noch einmal auf 10 Jahre verlängerten Reparationen (etwa 10 Mrd. \$) hoffte Berija, die

---

<sup>35</sup> Владимир Семёнович Семёнов (Wladimir Semjonowitsch Semjonow) (1911—1992) 1940-1941 Berater des Botschafters der UdSSR in Deutschland, 1941-1942 Leiter der III. europäischen Abteilung im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, 1942-1945 Berater in der diplomatischen Mission der UdSSR in der Schweiz, 1945-1946 Stellvertreter des politischen Beraters der SMAD, 1946-1949 politischer Berater der SMAD, 1949-1953 politischer Berater der Sowjetischen Kontrollkommission in der DDR, 1953-1954 Leiter der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland und Botschafter der UdSSR in der DDR, 1954-1955 Leiter der III. europäischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR, 1955-1978 Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, 1978-1986 Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der UdSSR in der BRD.

<sup>36</sup> S. Prokop: Der 17. Juni 1953. Internationale Aspekte und Fragen der historischen Wertung, unter: [http://www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische\\_plattformderpartei-dieline/dokumente/3tagungder16bundeskonferenz/der17juni1953internationale\\_aspekteundfragenderhistorischenwertung](http://www.die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattformderpartei-dieline/dokumente/3tagungder16bundeskonferenz/der17juni1953internationale_aspekteundfragenderhistorischenwertung)

<sup>37</sup> Andert / Herzberg: Der Sturz – Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1990, S. 232

<sup>38</sup> Siehe S. 96f

Infrastruktur im Westen der UdSSR zu modernisieren.<sup>39</sup> Doch diese Gruppe wurde nach ihrem Eintreffen in Berlin von sowjetischen Militärs verhaftet.<sup>40</sup>

Parallel dazu operierte der Hohe Kommissar Semjonow. Joachim Mitdank stellt fest, dass *„der Plan zur Übergabe der DDR ... auf den entschiedenen Widerstand Walter Ulbrichts (stieß), der gemeinsam mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl den Moskauer Manövern entgegen wirkte. Ulbricht bereits 1952 das erste Mal dafür eingetreten, die ‚Grenze in Berlin zu schließen‘, um ein Überleben der DDR zu ermöglichen. Etwa zur gleichen Zeit schrieb W. Semjonow einen Brief an Stalin, ‚in dem er Ulbrichts Tätigkeit negativ bewertete‘.*<sup>41</sup> Im Zusammenhang mit den damals inszenierten Prozessen gegen Slansky, Kostoff und Rajk<sup>42</sup> und Versuchen, dies auch in der DDR durchzuführen konstatiert Mitdank, dass die Tatsache, dass *„kein derartiger Prozess gegen Walter Ulbricht inszeniert wurde, ... vor allem auf die schützenden Hände von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl zurückzuführen sei.“* Neben einem Hinweis auf die Verurteilung Dertingers<sup>43</sup> schließt er die Feststellung an: *„Er war ein Opfer der Gruppe um Berija, der sich Semjonow andiente.“*<sup>44</sup>

<sup>39</sup> П. Судоплатов: Спецоперации лубянка и кремль 1930-1950 годы, (P. Sudoplatow: Spe-zopera-tionen – Lubjanka und Kreml 1930-1950), a.a.O., S. 561ff

<sup>40</sup> ebenda S. 565

<sup>41</sup> J. Mitdank: Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöff-nung 1989, Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 2003, S. 19f

<sup>42</sup> Durch eine in den 70-er Jahren veröffentlichte, aber sowohl im Westen als auch in der UdSSR tot-geschwiegene Dokumentation wurde bekannt, dass die gezielte Diffamierung des Noel Field nur der Ausgangspunkt einer viel weiter reichenden Geheimdienstoperation des CIA war. Vergleichbar mit den Ende der dreißiger Jahre von Heidrich und Schellenberg lancierten Gestapo-Dokumenten zur Diskriminierung und Ausschaltung der sowjetischen Armeeführung erhielt Józef Światło - ein für den CIA arbeitender Oberst des polnischen Sicherheitsdienstes - zu seiner Überraschung nicht den Auftrag, Spionagetätigkeit für die USA durchzuführen. Stattdessen sollte er so viel wie nur irgend möglich ‚amerikanische Agenten‘ und sowjetfeindliche Aktivitäten trotzkistischer und ‚titoistischer‘ Kräfte in den Partei- und Staatsführungen der Volksdemokratien ‚entlarven‘. Insbesondere sollte er ‚nachweisen‘, dass unter Leitung Fields eine Gruppe am Werk sei, die ‚im Auftrag des CIA an der Zerstörung des sowjetischen Blocks arbeite und ihrem Ziels bereits nah gekommen‘ sei. Siehe: С. Стивен: Операция ‚Раскол‘, (S. Steven: Operation Splinter), Москва 2002

<sup>43</sup> Georg Dertinger (1902-1968) 1949- 1953 Abgeordneter der Volkskammer und erster Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Am 6. Juli 1950 unterzeichnete er das Abkommen über die Oder-Neiße-Grenze mit Polen. Mitdank notiert a.a.O., S. 19f: *„G. Dertinger hatte offenkundig nach der sogenannten Stalin-Note vom 10. März 1952 mit bundesdeutschen zuständigen*

Kobulow und Goglidze wurden im Ergebnis des Verfahrens gegen Berija auch wegen des Vorwurfs verurteilt und hingerichtet, den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu hintertreiben und Versuche zu ihrer Umwandlung in einen bürgerlichen Staat unternommen zu haben, „*was einer direkten Kapitulation vor den imperialistischen Kräften gleichgekommen wäre.*“<sup>45</sup> Parallelen zur Entwicklung der Ereignisse im Jahre 1989 sind durchaus zu erkennen, wenn Sudoplatow mit der Sachkenntnis eines unmittelbar Beteiligten feststellt, dass das ein Zugeständnis an den Westen war, „*das einem Verrat gleichkam.*“<sup>46</sup> Mitdank konstatiert: „*Semjonow konnte seine Übergabe-Mission nicht erfüllen, weil sich in Moskau im Machtkampf N.S. Chruschtschow durchsetzte, dessen Deutschlandpolitik auf die Stärkung der DDR gerichtet war.*“ Aber hier besteht noch ‚Klärungsbedarf‘. Das sieht er nicht zuletzt im Kontext eines Schreibens Rudolf Herrnstadt in dem dieser W.S. Semjonow aufforderte, „*endlich den Mut zu haben, vor ihre Partei zu treten und ihr die volle Wahrheit über Ihr Verhalten in den Monaten Juni und Juli 1953 in Berlin und über Ihre Motive zu Ihrem Verhalten zu sagen.*“<sup>47</sup> Über Hintergründe wurde 1956 auch auf dem DDR-Schriftstellerkongress gesprochen: „*Jemand sagte: Nach der ersten Genfer Friedenskonferenz vom Januar vierundfünfzig hätte man mit einer Wiedervereinigung Deutschlands gerechnet, die DDR sollte auf dem Altar des Friedens geopfert werden.*“<sup>48</sup>

In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die im Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU hervorgehobene Kritik verwiesen, dass durch die SED „*fälschlicherweise Kurs auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen wurde, ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen.*“<sup>49</sup> Dabei wird nicht nur ignoriert, dass es keine Beschlüsse gab, in denen von einem beschleunigten Ausbau

---

*Organen kontaktiert, um sich für den Außenministerposten eines vereinten Deutschland ins Spiel zu bringen.*“

<sup>44</sup> J. Mitdank: Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989, Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 19f

<sup>45</sup> Beschluss des Plenums de ZK der KPdSU Über die verbrecherische partei- und staatsfeindliche Tätigkeit Berijas, in: Der Fall Berija – Protokoll einer Abrechnung, a.a.O., S. 335

<sup>46</sup> А. Судоплатов: Тайная жизнь генерала Судоплатова – правда и вымыслы о моем отце, Книга 2 (A. Sudoplatow: Das geheime Leben des Generals Sudoplatow - Wahrheit und Dichtung über meinen Vater), a.a.O., S. 370

<sup>47</sup> J. Mitdank: Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989, Erinnerungen eines Diplomaten, a.a.O., S. 20

<sup>48</sup> J. Putrament: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 2. Buch, Berlin 1982, S. 364

<sup>49</sup> Berliner Zeitung v. 8.9.1990, zitiert nach: K. Hager: Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 194

die Rede ist. Viel problematischer war der Umstand, dass die DDR-Wirtschaft im Ergebnis von Spaltungsfolgen, Reparationen und Besatzungskosten gar nicht in der Lage sein konnte, die unübersehbar notwendige, vor allen Dingen aber von sowjetischer Seite dringend anempfohlene Entwicklung einer eigenen Schwerindustrie ohne einschneidende Verschlechterung der Lebensbedingungen zu realisieren. Es ist heute kaum noch nachvollziehbar, wer seinerzeit in wessen Auftrag mit welcher Zielstellung in dieser Situation welche Maßnahmen durchzusetzen half. Offensichtlich reflektierten sich aber auch darin die *„ernsten politischen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze in der sowjetischen Führung.“*<sup>50</sup>

Dieser Konflikt verdient auch deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil die Geschichte der Bolschewiki ist in besonderer Weise Beweis dafür ist, dass auch und gerade dort, wo scheinbar keine objektiven Voraussetzungen gegeben sind, Prozesse in Bewegung gebracht werden können, die nach althergebrachten Vorstellungen gar nicht möglich sein dürften. Aber diese Art des bolschewistischen Herangehens, der erfolgreiche Kampf um Chancen, wo es sie scheinbar gar nicht gibt, war, wie sich zeigen sollte, durch einen vulgären Voluntarismus verdrängt. Im Kontext der vorab beschriebenen Vorgänge wird aber auch deutlich, dass in der Führung der SED ernsthaft darüber nachgedacht wurde, wie die aus einer solchen Politik absehbar folgende Liquidierung einer sozialistischen Entwicklung in Deutschland zu vermeiden wäre. Aus diesem Grunde gingen einige der nun von Walter Ulbricht und seinen Genossen in der DDR eingeleiteten Maßnahmen in Wahrnehmung ihrer nationalen Verantwortung tatsächlich über die damals höchst widersprüchlichen Zielstellungen konkurrierender Gruppierungen der politischen Führung der KPdSU hinaus.<sup>51</sup> Dabei ging es durchaus nicht nur um die Vorstellungen der deutschen Kommunisten von der Zukunft. Weit aus problematischer waren die unübersehbaren Restaurationsbestrebungen der mit neuem Parteibuch in Amt und Würden gebliebenen oder wieder eingegliederten, Nazis in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD.<sup>52</sup>

H. Bentzien sieht in Herrstadt und Zaisser die Männer des KGB, die daran arbeiteten, diese Pläne im Osten Deutschlands umzusetzen.<sup>53</sup> Dass die administrative Erhöhung der Normen um 10 Prozent, die Abschaffung der Lebensmittelkarten für Handwerker und kleine Gewerbetreibende, der Preise Arbeiterrückfahrkarten sowie

---

<sup>50</sup> K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 200

<sup>51</sup> M. Frank: Walter Ulbricht – Eine deutsche Biographie, Berlin 2001, S. 209

<sup>52</sup> N. Frei: Karrieren im Zwielicht – Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a.M. 2001

<sup>53</sup> H. Betzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe, a.a.O., S. 148ff, 154ff



andere Maßnahmen gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet waren<sup>54</sup>, stand von Anbeginn fest. Bleibt zu fragen, wer daran interessiert war. Hier ging es nicht mehr nur um eine falsche Einschätzung der Lage. Doch damals führten die so provozierten Auseinandersetzungen noch nicht dazu, dass die DDR zur Verhandlungsmasse wurde. Schon im Juni 53 liefen den Organisatoren dieser Entwicklung die Ereignisse aus den Händen.

Am 9.6. beschloss das ZK der SED, „*begangene Fehler*“ zu korrigieren „*und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes*“ zu verbessern.<sup>55</sup> Nachdem noch am 3.6.53 im ND mit einem aus der BGL ausgetretenen Schlosser über die ‚Richtigkeit des Beschlusses zur Normenerhöhung‘ polemisiert wurde<sup>56</sup> informierte das Kommunique des Politbüros vom 9.6.53 neun Tage darauf, dass „*eine Reihe von Fehlern begangen wurden*“. Ausdrücklich erwähnt wurden restriktive Regelungen bei Lebensmittelkarten, die Übernahme von Betrieben, außerordentliche Maßnahmen zur Steuererhebung und die Vernachlässigung der Interessen der Einzelbauern, Händler, der Handwerker und der Intelligenz.<sup>57</sup> Aber am 16.6. brachte ein Artikel in der ‚Tribüne‘, in dem die administrativ beschlossenen Normenerhöhungen im Widerspruch zu dem eben erst beschlossenen ‚neuen Kurses‘ sogar noch verteidigt wurde, das ‚Fass zum Überlaufen‘. Das war nicht mehr nur dem Übereifer irgendeines Journalisten geschuldet, der weder die Zeichen der Zeit noch diesen Beschluss des ZK verstanden hatte.

Aber aus der solcherart von Berijas Vertrauten Herrnstadt und Zaisser vorbereiteten und geplanten Machtübernahme wurde nichts.<sup>58</sup> Walter Ulbricht blieb trotz des Eingeständnisses, „*für diese Fehler die größte Verantwortung zu tragen*“<sup>59</sup> an der Parteit Spitze. Er war der eigentliche Initiator der - im Widerspruch zu Stalins eigentlichen Empfehlungen - von der II. Parteikonferenz der SED gefassten Beschlüsse zum Aufbau des Sozialismus in der DDR.<sup>60</sup> Nach Meinung von I.F. Maksimyschew diente

---

<sup>54</sup> K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 194

<sup>55</sup> Kommunique des Politbüros des ZK der SED vom 9.6.1953, ND vom 12.6.1953

<sup>56</sup> Ist Schlosser Schermer nun überzeugt?, ND vom 3.6.1953, S. 1

<sup>57</sup> Kommunique des Politbüros des ZK der SED vom 9.6.1953, a.a.O., S. 1

<sup>58</sup> H. Betzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe, a.a.O., S. 155

<sup>59</sup> Das 15. Plenum des ZK der SED - Parteiinternes Material - nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt. S. 76, nach: M. Frank: W. Ulbricht - eine deutsche Biographie, a.a.O., S. 248

<sup>60</sup> W. Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: W. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Aus Reden und Aufsätzen, Berlin 1958, S. 408-422

dies in der von Stalin verfolgten Außenpolitik dazu, Druck auf die BRD auszuüben, um den wahrscheinlichsten Ausgangspunkt eines Angriffs auf die UdSSR rechtzeitig zu eruieren.<sup>61</sup> Ulbricht und seine Genossen sahen darin eine durchaus ernst zu nehmende Chance für die praktische Durchführung jener tief greifenden gesellschaftlichen Umwälzungen, die es zu nutzen galt. Aber sowohl die Befürworter als auch die Gegner dieser Entscheidung in den eigenen Reihen wie auf der anderen Seite begriffen, dass mit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in einem der am weitesten fortgeschrittenen imperialistischen Staaten weit reichende Konsequenzen verbunden waren. Deshalb konnte und kann es nicht verwundern, dass es schon damals zwischen der Herangehensweise der deutschen Kommunisten um Ulbricht und den Vertretern einer großmachtpolitischen ‚Realpolitik‘ der Sowjetunion auch in der deutschen Frage grundlegende Differenzen gab.

Wenn der seinerzeit für die Bereitstellung des Urans zuständige Ministers für ‚mittleren Maschinenbau‘ A.P. Sawenjagin nach Berijas ‚Verhaftung‘ darauf hinweist, dass in der DDR möglicherweise eben so viel Uran abgebaut werde, „*wie den Amerikanern ... zur Verfügung steht*“<sup>62</sup>, wird deutlich, dass es in dieser Debatte schon damals durchaus nicht ‚nur‘ um politische Solidarität mit den Genossen in der DDR oder um die Frage nach der politischen Zukunft Deutschlands ging. Vielmehr waren bei dem (im Auftrag des ZK Berijas organisierten) Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte auch äußerst ernst zu nehmende wirtschafts- und militärpolitische Interessen ausschlaggebend. Schließlich kann und darf nicht vergessen werden, dass der von Berija vorbereitete Deal damals nicht zustande kommen konnte, weil dieses Szenario nicht in das Machtkalkül der Gruppierung passte, die sich letztlich durchsetzte. Aber auch auf der anderen Seite mussten die übereifrigen Brandstifter zurück gepfiffen werden. Bahr und seine RIAS-Propagandaredner mussten von ihren – ernsthaft um den Ausbruch eines Krieges besorgten - amerikanischen Auftraggebern zurückgepfiffen werden.<sup>63</sup> Das war durchaus nicht der ‚Friedensliebe‘ dieser aggressiven Interessenvertreter der US-Monopole geschuldet, sondern vielmehr der - in Korea offensichtlich gewordenen Tatsache, dass eine solche militärische Auseinandersetzung bei allen furchtbaren Zerstörungen in den Staaten Westeuropas für die USA nicht nur nicht zu gewinnen war: Damit wäre das Ende des Imperialismus auf europäischem Boden absehbar gewesen...

---

<sup>61</sup> И.Ф. Максимычев in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (I.F. Maksimytch in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), S. 99

<sup>62</sup> Der Fall Berija - Protokoll einer Abrechnung, Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953, Stenographischer Bericht, a.a.O., S. 257f

<sup>63</sup> H. Betzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe, a.a.O., S. 126

Diese Hintergründe waren weder den Bauarbeitern von der Stalinallee noch den aus Westberlin in blitzsauberen Bauarbeiteranzügen ‚delegierten‘ Arbeitslosen bekannt. Für die einen war es unverständlich und unzumutbar, wie mit ihnen im Arbeiter- und Bauernstaat umgegangen wurde. Für die anderen war das eine Gelegenheit, zu Geld zu kommen. Dazwischen gab es ein breites Spektrum sehr unterschiedlicher Interessen, Absichten und .. zielgerichtet ‚organisierter‘ Zufälle. Manch einer geriet aus naiver Neugier in eine Sache hinein, von der er nicht wusste, welches Programm da im Hintergrund lief.

Aber es gab auch andere: Im VEB Bodenbearbeitungsgeratewerk Leipzig bildete sich eine Streikleitung aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Berufssoldaten der Wehrmacht.<sup>64</sup> Ähnliche Erscheinungen gab es auch andernorts. Nachdem in den Jahren zuvor Naziaktivisten zur Umerziehung in die Bereiche der Produktion geschickt wurden, wo die Arbeitsbedingungen besonders schwer waren, entstanden in einigen Bereichen größere Konzentrationen solcher Personengruppen. Manch einer von den-  
nen sah jetzt eine Gelegenheit, sich für die in letzten Jahren erlittenen Konsequenzen seines einstigen Verhaltens zu rächen. Bei der Organisation von Unruhen, bei der Plünderung und Zerstörung von Verwaltungsgebäuden, Kaufhäusern, Gefängnissen und Kiosken, bei der Misshandlung von Volkspolizisten, Funktionären und all denen, die sich ihnen in den Weg stellten, taten sich viele ‚Ehemalige‘ im engsten Zusammenwirken mit einigen Typen hervor, die Kontakte zu amerikanischen Dienststellen in Westberlin hatten.<sup>65</sup> Im Verlaufe der Untersuchungen stellte sich heraus, dass – so der Agent der so genannten ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ Heinz Lumma aus Eisleben – *„der Tag X am 17. Juni 1953 vorzeitig ausgelöst werden musste, da der neue Kurs der Regierung der DDR dazwischen gekommen sei. Eigentlich wäre der Tag X für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen gewesen.“*<sup>66</sup> Davon hatten die keine Ahnung, die völlig zu Recht empört auf einige Entscheidungen reagierten aber noch nicht mitbekommen hatten, dass sich da etwas tat.

Die Hintergründe dieser Ereignisse bleiben unverständlich, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen dieser Entscheidungen außer Acht gelassen werden. In der Nachkriegsphase wurden die Unzulänglichkeiten der metallurgischen Voraussetzun-

---

<sup>64</sup> K. Pientka: Ein ‚Toter‘ saß im Gerichtssaal, in: Spurensicherung – Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999, S. 51

<sup>65</sup> G. Meister: Lichtsignale vom Nikolaikirchturm, in: Spurensicherung – Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999, S. 44

<sup>66</sup> Unmenschlichkeit als System – Dokumentarbericht über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2-4, Berlin 1957, S. 57

gen des im Osten Deutschlands konzentrierten Maschinenbaus immer deutlicher spürbar: Lieferung aus dem Ruhrgebiet und aus Salzgitter erfolgten nicht nur unregelmäßig – nicht selten blieben sie gerade dann aus, wenn sie besonders dringend gebraucht wurden. Unter diesen Bedingungen war die Aufmerksamkeit der SED-Führung und des Staatsapparates auf den Ausbau einer eigenen Schwerindustrie konzentriert. Doch schon bei der Ausarbeitung der Pläne konnten die realen Möglichkeiten der Leistungsentwicklung schon deshalb nicht genügend berücksichtigt werden, weil die damit befassten Personen nur in den seltensten Fällen wirklich in der Lage waren, die dabei anstehenden technischen und technologischen Probleme zu beurteilen. Dazu kam, dass Defizite in der Versorgung und Ungerechtigkeiten durch die administrative Vorgabe von Normen und restriktive Maßnahmen gegen potentielle Gegner von den wirklichen Gegnern dieses gesellschaftlichen Umbruchsprozesses raffiniert benutzt wurden. Die dabei praktizierte Art der Entscheidungsfindung hatte sich von der politischen Realität gelöst.

Nur im Resultat kompromisslosen Eingreifens der sowjetischen Militärführung konnte der konterrevolutionären Tendenz dieser Ereignisse Einhalt geboten werden. In der späteren Darstellung dieser Ereignisse wurde und wird kaum darauf eingegangen, warum sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht beteiligte. Zwar stießen Provokateure und Randale, die Zerstörung von Gebäuden und Brandstiftungen angesichts der lebendigen Erinnerungen an die Kriegsjahre auf Unverständnis und Ablehnung. Aber zu viele ließen sich – nicht zuletzt unter dem Eindruck der eigenen Unzufriedenheit mit Versorgungs- und anderen Problemen - nach wie vor von einem Beobachterstandpunkt leiten. Und nicht wenige waren allein schon deshalb instrumentalisierbar...

Unter den Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte gab es – im Widerspruch zu immer wieder reanimierten Gerüchten über Fälle von Befehlsverweigerung - allein auf Grund der noch lebendigen Erinnerungen an die Kriegsjahre kein Zögern.<sup>67</sup> In ihrer Einschätzung kamen US-amerikanische Analytiker zu dem Resultat, dass die sowjetische Armee beim ersten Befehl ihre Fähigkeit zu schneller Mobilisierung und zur Unterdrückung von Unruhen unter Beweis gestellt habe. Es sei klar geworden, dass die unbewaffnete Bevölkerung in der sowjetischen Okkupationszone nicht in der Lage sei, den sowjetischen Streitkräften Widerstand zu leisten.<sup>68</sup> Dass der Ereignisse

---

<sup>67</sup> В.В. Соколов in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.W. Sokolow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), a.a.O., S. 33

<sup>68</sup> В.А. Гаврилов in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.A. Gawrilow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), a.a.O., S. 44

des 17. Juni 1953 den Beobachtern des CIC nicht zuletzt auch der Überprüfung der Handlungsfähigkeit der auf dem Boden der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte diente, findet in der Untersuchung dieses Ereignisses bislang keine angemessene Aufmerksamkeit.

Auch im Resultat jüngster Erfahrungen ist es notwendig, die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus, dabei erlittene Niederlagen und errungene Erfolge vor allem und in erster Linie durch die schonungslose Untersuchung eigener Fehler auszuwerten. Aber es hieße, den dabei zu erkennenden Fehlern einen weiteren hinzuzufügen, wenn dabei außer Acht gelassen würde, dass es hier von Anbeginn um eine Klassenauseinandersetzung zwischen den an einer sozialistischen Umgestaltung interessierten und den Kräften der nationalen und internationalen Konterrevolution ging. Aus einer Art nationaler Nabelschau kann weder die Komplexität der damaligen Ereignisse noch die der späteren Entwicklung verstanden werden. Erst durch die Aufdeckung der Vielschichtigkeit dabei aufbrechender Widersprüche wird deutlich, in welchem Handlungsrahmen Probleme zu verstehen und deren Lösung in Angriff genommen werden musste, wo welche Versäumnisse zugelassen und Fehlentscheidungen in der Entwicklung dieser Situation entwicklungsentscheidend wurden, wo warum welche Unterlassungen, wo nachvollziehbar begründete schwerwiegende Entscheidungen getroffen wurden, wo was durch wen verursacht wurde.

Aus dieser Sicht wird deutlich, dass es sowohl in der Planung der gesellschaftspolitischen und der wirtschaftlichen Entwicklung als auch in der Bewertung der politischen Haltung größerer Teile der DDR-Bevölkerung Illusionen und mehr oder weniger schwerwiegende Fehleinschätzungen gab. Angesichts der sich durch Kriegsfolgen, die Spaltung und die Auswirkungen des kalten Krieges anhäufenden Lasten war für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung ein Ausweg aus der zum Dauerzustand gewordenen Armut nicht absehbar. Im gezielt organisierten Widerspruch zu dem im Westen mit Marshallplan-Investitionen, D-Mark-Umstellung und den außerordentlich vorteilhaften Rahmenbedingungen des Korea-Krieges auf den Weg gebrachten ‚Wirtschaftswunders‘ stagnierten oder verschlechterten sich die Lebensbedingungen im Osten. In der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Teile des gespaltenen Deutschland fokussierten sich die gesellschaftspolitischen Antagonismen des kalten Krieges.

Aber es wäre auch und vor allem aus historischer Sicht allzu einseitig und also falsch, würde man die Wirkungen des von W.L. Clayton und F. Kennan erarbeiteten und nach dem US-Außenminister C. Marshall benannten Plans auf die unmittelbaren Folgen an der Grenze zwischen den beiden Militärblöcken beschränken. Die Fest-

stellung, dass es beim ‚European Recovery Program‘ nicht nur und nicht einmal in zweiter Linie um die Überwindung der Nahrungsmitteldefizite und um den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten europäischen Staaten ging, ist mittlerweile fast schon banal. Es ging darum, den Einfluss der UdSSR mit Hilfe US-amerikanischer Marshallplan-Gelder zurück zu drängen, *„einige osteuropäische Staaten durch den Plan vom Kommunismus befreien zu können.“*<sup>69</sup>

Aber auch dann, wenn die Aufmerksamkeit ausschließlich oder vorrangig auf die Käuflichkeit einiger führender Politiker konzentriert wird, bleiben die mit diesem Plan ausgelösten sozialökonomischen Veränderungen im Dunkeln. Darauf verweisen die Rybas in ihrer Untersuchung: Bei ihnen geht es nicht nur um die mit der Kreditierung der westeuropäischen Wirtschaften begründete Abhängigkeit, nicht nur um den Absatz amerikanischer Waren, für die es keinen Markt gab, und nicht nur um die Schwächung des sowjetischen Einflusses. Sie verweisen daraus, dass es *„im Zuge der Umsetzung dieses Planes mit der Ablösung der fehlenden Kohle durch das wesentlich billigere Erdöl zu einer Schwächung der in der Nachkriegszeit äußerst einflussreichen prokommunistischen Bergarbeitergewerkschaften kam. Die gut organisierten Bergarbeiter verloren ihren Einfluss. Die auf Kohlebasis begründete europäische Wirtschaft wurde auf die Nutzung von Erdöl umgestellt. Damit, d.h. mit der nun in großem Stil im nahen und mittleren Osten anlaufenden Erdölförderung begann eine neue Zeitrechnung.“*<sup>70</sup> Das war nicht ‚nur‘ der Ausgangspunkt für die Entstehung neuer Märkte, Beziehungen und Abhängigkeiten. Hier sind erst in der Gegenwart in voller Breite wirksam werdende langfristige wirtschaftsstrategische Konzepte zu erkennen, die den dominierenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluss der USA auf ihre europäischen und asiatischen Vasallen garantieren...

In der DDR entstand eine ausweglose Situation, die trotz aller Unterschiede im industriellen Entwicklungsniveau in einigen wesentlichen Momenten unverkennbar Parallelen zur Lage in der UdSSR zu Beginn der 30-er Jahre aufwies: Die für den Aufbau einer leistungsfähigen Industrie unabdingbar notwendigen Investitionen in der Metallurgie, im Schwermaschinenbau und in der kasernierten Volkspolizei führten dazu, dass der Ausbau der Leichtindustrie und die Verbesserung der Versorgung vorerst zurückgestellt werden sollte. Aber das geschah bei offener Grenze zum anderen Teil Deutschlands. Die unmittelbare Folge war eine rasch anwachsende Welle der Abwanderung von Bauern, hoch qualifizierten Ingenieuren, Ärzten und Wissenschaftlern

---

<sup>69</sup> Marshallplan, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>

<sup>70</sup> С. Рыбас, Е. Рыбас: Сталин - судьба и стратегия 2 (S. Rybas, J. Rybas: Stalin – Schicksal und Strategie 2) Москва 2007, S. 507f

aber auch einer großen Zahl von Arbeitern in den Westen. Vom Januar 1951 bis April 1953 waren das 447.000, in den ersten vier Monaten 1953 sogar 120.000.<sup>71</sup> Dieser Aderlass war mit schwerwiegenden Folgen für die gesundheitliche Versorgung, für die wissenschaftlichen Forschung und die Realisierung der Planaufgaben in der Volks-wirtschaft verbunden.

Dazu kamen Schäden, Ausfälle und Verluste durch Spionage, Sabotage, Verrat, Diversions- und Terrorakte, die aus Westberlin ohne besondere Schwierigkeiten organisiert und durchgeführt werden konnten.<sup>72</sup> Dabei ging es um die systematisch organisierte Schädigung des Außenhandels und die Störung der Versorgung, um die Zerstörung von Produktionsanlagen, um Brandstiftung in volkseigenen Betrieben und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, um die Zerstörung von Transport- und Sicherungsanlagen und Brücken der Reichsbahn, und um gezielte Abwerbung dringend gebrauchter Spezialisten. Nur durch den Zugriff der Sicherheitsorgane konnte der KgU-Agent Benkowitz<sup>73</sup> – stellvertretender Schulleiter aus Weimar - an der von ihm vorbereiteten Sprengung der Saaletalsperre, von Eisenbahnbrücken und Unterführungen gehindert werden.<sup>74</sup> Dadurch konnte auch die Auslieferung des von dem Leipziger Veterinärmediziner Walter Schöbe<sup>75</sup> im dortigen Schlachthof vergifteten

---

<sup>71</sup> В.В. Соколов in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.W. Sokolow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), a.a.O., S. 25

<sup>72</sup> Unmenschlichkeit als System – Dokumentarbericht über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2-4, a.a.O., S. 187-261

<sup>73</sup> Bereits seit 1949 war Gerhard Benkowitz, aus Weimar stammend, ein versierter Agent der KgU (‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘). Im Auftrage dieser Sabotage und Spionageorganisation bereitete er mehrere Objekte für die gewaltsame Zerstörung vor. So sollte die Sechsbogenbrücke bei Weimar und die Bleiloch-Saaletalsperre gesprengt werden. Dafür zeichnete er genaue Lageskizzen und fertigte Fotografien an. In diese Unterlagen markierte er die Stellen, an denen am günstigsten und unauffällig Sprengstoff installiert werden konnte. Sorgfältig bereitete Benkowitz Lagermöglichkeiten für den von der Kgl zugesagten Sprengstoff vor. Außerdem sorgte er für Quartier für ein mögliches Sprengkommando. Er selbst war bereit und willens an den Anschlägen teilzunehmen und das Sprengkommando an Ort und Stelle zu führen. Unter: [http://www.grh-ev.org/html/eine\\_makabere\\_liste.htm](http://www.grh-ev.org/html/eine_makabere_liste.htm)

<sup>74</sup> Unmenschlichkeit als System – Dokumentarbericht über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2-4, a.a.O., S. 230

<sup>75</sup> Der Veterinärmediziner aus Leipzig, Walter Schöbe, Mitglied der KgU – Agentengruppe „Tagore“ erklärte am 12. März 1996 wörtlich: „Wir haben jede Gelegenheit ergriffen, Unruhe, und Verwirrung oder Sabotage zu treiben, egal wo. Ob wir falsche Schlachtscheine für Bauern ausstellten... Wir haben Reifentöter an die Autos der Funktionäre, wo wir wussten, es sind welche, hingelegt... Malik ( ein hauptamtlicher Mitarbeiter der KgU) sagte zu mir, ihr bekommt

Fleisch unterbunden werden.<sup>76</sup> Darüber wird heute entweder nicht mehr gesprochen oder das, was damals als Verbrechen verhindert oder geahndet wurde, wird nun als ‚Heldentat‘ wider die Diktatur der Roten ausgegeben. Johann Burianek<sup>77</sup> wird heute als ‚antikommunistischer Widerstandskämpfer‘ gefeiert.

Wenn man sich alles das und die Summe dieser Ereignisse und der dadurch ausgelösten Wirkungen vor Augen führt, wird nicht nur deutlich, unter welchen Umständen und mit welchen Anstrengungen der Aufbau des Sozialismus in der DDR in Angriff genommen wurde. Manch einer mag sich an der Militanz dieser Worte stören. Aber angesichts des durch Kriegsfolgen, Demontage und Reparation verursachten niedrigen Ausgangsniveaus der Arbeitsproduktivität, des Fehlens qualifizierter Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler, der Defizite in der Versorgung der Bevölkerung und der völlig unzureichenden Versorgung der Betriebe mit Roh- und geeigneten Werkstoffen, der dadurch sowie im Resultat gezielter Schädlingstätigkeit verursachten Produktionsausfälle sind die dagegen aufgebrauchten Anstrengungen und die

---

Kantheridin für den Notfall, wenn militärische Auseinandersetzungen kommen sollten, das ihr irgendein Gift in der Hand habt, um den Gegner – also es handelt sich nur um russische Soldaten, russische Offiziere – kampfunfähig zu machen...Ich muss heute sagen, dass diese Methoden doch harte Methoden waren und ich aber in keiner Weise, auch heute nicht, diese Methoden verurteile.“ unter: [http://www.grh-ev.org/html/eine\\_maka\\_bere\\_liste.htm](http://www.grh-ev.org/html/eine_maka_bere_liste.htm)

<sup>76</sup> Unmenschlichkeit als System – Dokumentarbericht über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2-4, a.a.O., S. 237f

<sup>77</sup> Die KgU bestellte den Bandenchef am 26. Februar zur Übernahme neuer Aufträge. Diesmal sollte er mit den ‚drei Bastianen‘ – eine Agentengruppe - zusammenwirken. Sie sollten Möglichkeiten für größere Terroranschläge ausspähen und planen. Ausführen sollten diese Verbrechen jedoch die ‚drei Bastiane‘. Burianek wurde gleichzeitig in den Plan eines Sprengstoffanschlages am 29. Februar auf die Eisenbahnbrücke bei Spindlersfeld im Berliner Stadtbezirk Treptow eingeweiht. Der in seiner Wohnung deponierte Sprengstoff sollte dabei verwendet werden. Burianek übergab den Sprengstoff an die Dreierbande und machte sie mit der Handhabung vertraut. Am nächsten Tag, den 1. März sollte Burianek die Folgen des Attentates erkunden und der ‚Kampfgruppe‘ Bericht erstatten. Sicherheitsorganen der DDR gelang es jedoch, die Dreierbande beim Anbringen des Sprengstoffes zu stellen. Es kam dabei zu einer Schießerei. Einer der drei wurde schwer verletzt, und die Täter entkamen im Schutze der Nacht nach Westberlin, mussten aber den Sprengstoffkoffer zurücklassen. Burianek konnte am 5. März festgenommen werden. Der I. Strafsenat des Obersten Gerichtes der DDR verurteilte ihn am 25. Mai 1952 zum Tode. Die Mitglieder seiner Bande erhielten langjährige Zuchthausstrafen. Über die Höhe der Strafe kann man gewiss geteilter Meinung sein. Doch wenn ein solcher Täter im Jahre 2006 vom Bundesgerichtshof rehabilitiert wurde, schlägt das der Rechtsstaatlichkeit ins Gesicht. Unter: [http://www.grh-ev.org/html/eine\\_makabere\\_liste.htm](http://www.grh-ev.org/html/eine_makabere_liste.htm)



trotz dieser widrigen Umstände errungenen Ergebnisse zwar noch lange kein ‚Wunder‘ aber doch der unwiderlegbare Beweis für die Unterstützung des sozialistischen Aufbaus durch die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung.

Vergleicht man diese Realität und die Resultate der damaligen Anstrengungen mit den mit Hilfe US-amerikanischer Investitionen, durch Material- und Personalhilfe aus Ost und West erreichten und überschwänglich als ‚Wirtschaftswunder‘ gepriesenen Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwicklung in der BRD so wird deutlich, unter welchen sozialökonomischen Voraussetzungen ein höheres Niveau gesellschaftlicher Kreativität freigesetzt wurde.

Derartige Erscheinungen waren durchaus nicht nur als Resultat der tatsächlichen Bedrohung der sozialistischen Entwicklung durch innere und äußere Feinde anzusehen. Unzulängliche ökonomische Voraussetzungen und allgegenwärtige Versorgungsmängel, dadurch verursachte soziale Spannungen, nur widerwillig geduldete und bürokratisch gemaßregelte Initiativen der Bürger und die im Hintergrund eines pauschal postulierten Führungsanspruchs der sich hierarchisch organisierenden zentralisierten Partei ausgetragenen Machtkämpfe entwickelten sich zum Nährboden einer schleichenden Deformierung der sozialistischen Ziele. Ansätze zur nüchternen Analyse der Ursachen dieser Probleme wurden als defätistische ‚Fehlerdiskussion‘ diskriminiert und in ideologischer Rechthaberei abgewürgt. Dort, wo eine sachlich konstruktive Diskussion zu theoretischen und praktischen gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Grundfragen notwendig gewesen wäre, waren Disziplin und Ergebnisadressen gefragt.

Zwar wurde im Statut der SED gefordert, *„die Selbstkritik und Kritik von unten zu entwickeln, furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen, gegen Schönfärberei und die Neigung, sich an Erfolgen in der Arbeit zu berauschen, gegen jeden Versuch, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen, anzukämpfen; Mängel in der Arbeit ohne Ansehen der Person den leitenden Parteiorganen bis zum Zentralkomitee zu melden.“* Aber es war durchaus kein Zufall, dass zwar zur Mitteilung solcher Kritiken an die leitenden Parteiorgane und das ZK, aber nicht zur kritischen Auseinandersetzung mit deren Tätigkeit aufgefordert wurde. Wer sich dazu erdreistete, stieß auf Unverständnis: Wer versuchte mit der These im Statut Ernst zu machen, dass *„kein Parteimitglied ... Missstände verbergen und Handlungen, die die Interessen der Partei und des Staates schädigen, mit Stillschweigen übergehen (darf)“* wurde zugleich auch darauf hingewiesen, dass *„der Verrat von Partei- und Staatsgeheimnissen ... ein Verbrechen an der Partei und der Arbeiterklasse und unvereinbar mit der Zugehörigkeit*

zur Partei (ist).“<sup>78</sup> So konnte es nicht verwundern, dass W. Ulbricht in seinem Schlusswort zur Diskussion auf dem IV. Parteitag zwar zur Kritik an Werk- und Abteilungsleiter wegen nicht bedarfsgerechter Produktion<sup>79</sup>, am Bürokratismus<sup>80</sup>, zur unzureichenden Kritik der Lehrer am Volksbildungsministerium<sup>81</sup> und sogar über die berechnete „Kritik am Parteiapparat“<sup>82</sup> und der Arbeit der Bezirksleitungen<sup>83</sup> sprach, aber kein selbstkritisches Wort über Unzulänglichkeiten und Fehlentscheidungen in der eigenen Arbeit geschweige denn zum Versagen des ZK im Vorfeld und am 17. Juni 1953 verlor.

So überzeugend die Ideen des Marxismus waren, so begeistert sie von immer mehr Menschen aufgenommen wurden – in der praktischen Umsetzung dieser zutiefst humanistischen Ideen stießen die davon Begeisterten nicht nur auf den Widerstand derer, von denen dies ohnehin zu erwarten war. Viel zu oft dominierten und dominierten Illusionen, dass das alles ja so ‚einfach‘ sei. Immer wieder wurden und werden die vielfältigen Erscheinungsformen des Widerstandes gegen eine sozialistische Entwicklung unterschätzt. Und nicht wenige lassen sich in ihrem Verhalten von den ihnen naheliegenden Wünschen und Hoffnungen leiten, ohne die Komplexität der Widersprüche dieses Weges zu beachten. Nur allzu oft verbargen sich hinter der Maske besonders parteilichen Verhaltens Karrierismus, bürokratische Borniertheit und ein ganzes Bündel kleinbürgerlicher Interessen. Wann und wie ihre Vorschläge und Fragen abgeschmettert wurden – für die derart Abgewiesenen war das die Arroganz der Macht. In der Folge daraus resultierenden Auseinandersetzungen häuften sich Enttäuschungen. Aber nur die wenigsten bedachten, dass das, was da als ehrlich gemeinte und gewollte Kritik an Entwicklungsproblemen vorgebracht wurde, zugleich auch als Anknüpfungspunkt konterrevolutionäre Aktivitäten zu ‚gebrauchen‘ war und gebraucht wurde.

Klaus Hesse

---

<sup>78</sup> siehe: IV. Parteitag der SED vom 30.3.-6.4.1954, K. Schirdewan: Über die Abänderungen am Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1954, S. 87

<sup>79</sup> W. Ulbricht: Neuen Erfolgen entgegen! Schlusswort nach Abschluss der Diskussion zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1954, S. 23f,

<sup>80</sup> ebenda S. 26ff

<sup>81</sup> ebenda S. 34

<sup>82</sup> ebenda S. 37

<sup>83</sup> ebenda S. 38ff

## Österreich

### ***Otto Bruckner: 12 Anmerkungen zum Ergebnis der Nationalratswahlen vom 29. September als Spiegel und Momentaufnahme des politischen Systems***

1) Das politische System befindet sich zunehmend in einer Legitimationskrise: Die historisch niedrigste Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen bedeutet, dass ein Viertel der Wahlberechtigten oder 1,6 Millionen Menschen nicht an dieser Wahl teilgenommen haben. Weitere 90.000 stimmten ungültig. Im Vergleich dazu vereint die SPÖ als stimmenstärkste Partei mit knapp 1,3 Millionen Stimmen weniger Wähler auf sich, als es Nichtwähler gab. Grob gerechnet wird eine neuerliche "große Koalition" nicht einmal 40% der Wahlberechtigten repräsentieren.

2) Die Liste "Frank" und die Liste "Neos" hatten als gemeinsames Merkmal, dass sie mit dem Geld sehr reicher Leute hochgezogen wurden und dadurch trotz erstmaligem Antreten den Einzug in den Nationalrat schafften. Hier geht es um Beträge, welche eine neue politische Kraft von unten niemals in der Lage wäre, aufzubringen, und so stellt sich auch die Frage, ob politische Vertretung im Bundesmaßstab überhaupt nur mehr mit entsprechenden Etats ausgerüstet erreichbar ist. Es sei hier angemerkt, dass die etablierten Parlamentsparteien in diesem Reigen nur deshalb mithalten können, weil sie mit öffentlichen Mitteln die Wahlkampfkosten bestreiten. Dass es eine Wechselwirkung zwischen Inseratenvolumen und Berichterstattung in den Medien gibt, soll natürlich nicht unterstellt werden, auch wenn da und dort schon ein solcher Eindruck entstehen konnte.

3) Das Wahlergebnis bekräftigt mit Verschiebungen der Gewichte einen rechtskonservativen Grundkonsens in Österreich. Und man sollte diesen nicht nur anhand der Parteien festmachen, er verläuft quer durch und dürfte auch in bedeutenden Teilen der SPÖ vorherrschen.

4) Das Alleinstellungsmerkmal der FPÖ - ihr skrupelloser und menschenverachtender Populismus, der auf die dumpfsten und dümmlichsten Ressentiments setzt - ist auch schon ihr einzig wesentlicher Unterschied zu den anderen bürgerlichen Parteien. Sie setzt auf einen Mix aus Sozialpopulismus und Nationalchauvinismus, das Hauptziel dieser dramoletartigen "Nächstenliebe"-Inszenierungen ist die Stimmenmaximierung, um auch einen Platz am Futtertrog zu ergattern. Dort angelangt, wird kräftig zugehakt, wie die Tatsache, dass FPÖ-Minister aus der letzten FPÖ-Regierungsriege

reihenweise vor dem Richter antanzen müssen, nicht selten auch als Angeklagte, belegt. Die FPÖ ist heute aber - und das ist aus Sicht der Arbeiterbewegung das Ärgertlichste - die stärkste Wahlpartei bei den Arbeitern und die zweitstärkste bei den Angestellten.

5) Dass daraus manche SPÖ-Politiker den Schluss ziehen, man müsse die Leute durch eine Regierungseinbindung der FPÖ zurückholen, ist an Einfältigkeit und Prinzipienlosigkeit kaum zu überbieten. Ihnen ist zu sagen: Der Erfolg der FPÖ in dieser Dimension ist einzig und allein der Sozialraubpolitik der SPÖ zuzuschreiben, und umgekehrt werden die Leute nicht durch eine Anbiederung an die Rechten gewonnen, sondern durch eine kämpferische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die an den tatsächlichen Sorgen und Nöten der Menschen anknüpft. Das absurde ist, dass die Menschen FPÖ wählen, um der Sozialraubpolitik von SPÖVP einen Riegel vorzuschieben; diese Menschen für echte Alternativen zu gewinnen und sie aus dem reaktionären Wählerblock wieder herauszubrechen, ist die wirkliche Herausforderung.

6) In den großen Linien kann von folgenden Wählerbewegungen gesprochen werden: Ein großer Teil der von der SPÖ und dem ÖGB enttäuschten Lohnabhängigen laufen zur FPÖ über, während ein anderer großer Teil von Lohnabhängigen, vor allem aber von Kleinunternehmern und Bauern von der ÖVP zu mehreren anderen Parteien wie FPÖ, Frank oder Neos abwandern. Die Sozialpartnerschaft, die von SPÖVP absolute Regimetreue zum EU-Diktat des Sozialabbaus und Sparzwangs zugunsten der Banken und Konzerne verlangt, verliert zunehmend ihre Basis. Und auch an dieser Stelle sei nochmals vermerkt, dass ein Viertel der Wahlberechtigten die Wahlen überhaupt meidet. Angesehen von der kaum ernstzunehmenden und substanzlosen EU-Kritik der FPÖ überboten sich die Parteien in Treue zu diesem System, das nicht für die Menschen Europas, sondern für die Eliten geschaffen wurde.

7) Ein sich selbst reproduzierendes rigides politisches System wie dieses, noch dazu unterfüttert durch die höchste vorstellbare Medienkonzentration bringt auch EU-kritischen Kräften, wie es die Grünen einst waren, Artigkeit bei. Sie präsentierten sich in diesem Wahlkampf als lammfromme Mächtetern-Regierungsalternative, die außer dem eigentlich selbstverständlichen Anspruch der Korruptionsfreiheit und fadem Moralisieren kaum aus der Reihe tanzten.

8) Es ist kaum denkbar, dass über eine reine Wahlbewegung irgendeine relevante politische Veränderung zu erreichen ist. Was Österreich braucht, ist eine stetig wachsende Volksbewegung von unten, die sich an einigen wesentlichen Punkten orientiert, die nicht abgehoben ist, sondern aus dem Volk kommt und für das Volk spricht. Themen wie die Bildung unserer Kinder, die Zukunft unserer Arbeit, leistbares und

menschenwürdiges Wohnen für alle, das Schicksal der Regionen und der Natur, die freie Entfaltung des Einzelnen als Grundbedingung für die Freiheit aller und umgekehrt, das Leben in einer solidarischen, egalitären und toleranten Gesellschaft, die Bollwerke gegen Rassen- und Kriegshetze errichtet, sollten dabei im Mittelpunkt stehen.

9) Als Teil einer solchen Volksbewegung versteht sich die gerade im Aufbau befindliche Partei der Arbeit Österreichs (PdA). Wir negieren dabei keinesfalls die Notwendigkeit, sich Wahlauseinandersetzungen zu stellen und sie auch als Tribüne für die Verbreitung progressiver Positionen zu nützen. Wir sehen in diesem Sinne auch ein bescheidenes positives Signal im guten Abschneiden der steirischen KPÖ bei dieser Wahl, und auch die respektablen Ergebnisse der KPÖ in einigen Wiener Bezirken sprechen dafür, dass es besonders in den größeren Städten ein Potential für fortschrittliche Listen auch bei Wahlen gibt und darüber hinaus auch ein kleiner Teil der Proteststimmen einer linken Alternative gegeben wurde.

10) So wie sich die PdA in erster Linie als Kraftzentrum des politischen Widerstands gegen das kapitalistische System und seine Auswüchse in Österreich versteht, wird sie auch den wahlpolitischen Schwerpunkt zunächst auf Betriebsrats- Kommunal- und AK-Wahlen legen. Bei den kommenden AK-Wahlen wird die PdA die Liste KOMintern unterstützen, und bereits jetzt befinden sich eine Reihe von ehemaligen und aktiven AK-Räten, Betriebsräten und Gemeinderäten unter den Gründungsmitgliedern der PdA.

11) Entscheidend wird jedoch sein, dass es immer mehr Menschen gibt, die dieses politische System durchschauen, sich in den Kampf einreihen und Veränderungen herbeiführen. In diesem Sinne sind wir politische Optimisten.

12) Wir halten eine internationale Vernetzung der politischen Kämpfe für unabdingbar. In diesem Sinne hat die PdA am 1. Oktober gemeinsam mit 29 anderen kommunistischen und Arbeiterparteien die „Initiative europäischer kommunistischer und Arbeiterparteien“ gegründet. Das ist noch keine hinreichende Antwort auf das EU-Regime der Banken und Konzerne, aber es ist ein Beginn.

Otto Bruckner, Gründungsmitglied der KI Österreichs und der aus ihr hervorgegangenen Partei der Arbeit Österreichs

## Italien

### ***Gerhard Feldbauer: Wie lange noch?***

#### **Linke Italiens fordern Ende der Regierungskoalition der Sozialdemokraten mit der faschistoiden Volksfreiheitspartei des Ex-Premiers Berlusconi<sup>84</sup>**

Im Mai 2013 kam im Ergebnis von Absprachen zwischen dem dann zum Ministerpräsidenten berufenen Enrico Letta von der Demokratischen Partei (PD) mit sozialdemokratischem Anstrich und der Bürgerliste des Übergangspremiers Mario Monti (einer neuen Zentrumspartei), und dem 2011 gestürzten Premier Silvio Berlusconi als Vertreter der faschistoiden Partei Volk der Freiheit (PdL) eine Regierungskoalition zustande.

Angeschoben hatte diesen Kuhhandel der vor dem Ende seiner ersten Amtszeit stehende Staatspräsident Giorgio Napolitano, der sich von den beteiligten Parteien dafür die Zustimmung zu seiner Wiederwahl sicherte.<sup>85</sup>

Diese Koalition, die mit dem „Versöhnungspakt“, den die Sozialistische Partei 1921 mit Mussolini schloss, verglichen wird, gab dem Mediendiktator und einstigem Führungsmittglied der faschistischen Putschloge P2 und seiner rechtsextremen PdL in ihren Versuchen zu einem Com back an die Regierung einen gefährlichen Auftrieb. Faschistische und rassistische Ausschreitungen nahmen sprunghaft zu.

#### **Mordhetze gegen schwarzafrikanische Ministerin**

So wurde die in der Volksrepublik Kongo geborene Ministerin Cécile Kyenge von der PD von Mitgliedern der faschistischen Forza Nuova während sie in Cervia, Provinz Ravenna, auf einem Fest ihrer Partei sprach mit Bananen beworfen worden. Die üble Hetzkampagne, die in öffentlichen Aufrufen, u. a. in Facebook mit „tötet sie“ und „vergewaltigt sie“ gipfelte, inszenierte der führende Lega-Politiker und Vizepräsident des Senats Roberto Calderoni, der die Ministerin vorher bereits vor 1.500 Teilnehmern einer Veranstaltung unter frenetischem Beifall seiner Gefolgschaft mit einem

---

<sup>84</sup> Dieser Artikel setzt die Beiträge „Gefährlicher Rechtsruck bei Parlamentswahlen in Italien“ (offen-siv 2/2013) und „Tribüne eines Schmierentheaters“ (offen-siv 3/2013) fort.

<sup>85</sup> Zur Person Napolitanos, einst Politbüromitglied der IKP, siehe in FN 1 erwähnten Beitrag.

Orang Utan verglich. Calderoni, der den Rücktritt der Ministerin forderte, ist als ein notorischer Fremdenhasser der Lega bekannt.

Als zweimaliger Minister in der Regierung Berlusconi verlangte er, Flüchtlingsboote zu beschießen, diffamierte Einwanderer und Homosexuelle, sich „zu den Kamelen in der Wüste“ zu scheren und „mit den Affen zu tanzen“. Zur noch schärferen Abschottung gegen Roma und andere Migranten gehörten seine islamfeindliche Hetze und rassistische Ausfälle gegen farbige Fußballstars.

Als Italien 2006 im WM-Finale gegen Frankreich gewann, hetzte Calderoli, die Franzosen hätten verloren, weil sie mit „Niggern, Moslems und Kommunisten“ spielten.

### **Drakonische Strafmaßnahmen gegen Migranten**

Nach einem von Calderoni in der Berlusconi-Regierung eingebrachten und verabschiedeten „Sicherheitspakt“ erhalten Migranten bis heute Aufenthaltsgenehmigungen nur für ein Jahr und an einen Arbeitsplatz gebunden. Wer die Arbeit verliert, ganz gleich aus welchen Gründen, gilt als illegal eingereist, was eine Straftat darstellt und mit 5.000 bis 10.000 Euro bestraft werden kann.

Wer „illegal eingewanderten Personen“ Unterkunft gewährt oder eine Wohnung vermietet, muss mit bis zu drei Jahren Haft rechnen. Ärzte sind verpflichtet, Patienten ohne Papiere bei den Behörden zu denunzieren. Zur schärferen Überwachung von Einwanderern haben die Lega und faschistische Organisationen wie die Forza Nuova vielerorts Bürgerwehren organisiert, die Migranten terrorisieren.

Als Migrationsministerin geht die Augenärztin mutig gegen diese Zustände vor. Sie tritt für eine Verbesserung der Integration der zu 7,5 Prozent aus Ausländern bestehenden Bevölkerung Italiens ein und fordert dazu u. a. eine Reform des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft.

Die faschistisch-rassistische Hetzkampagne ist ein typisches Produkt der von Berlusconi seit 1994 in drei Regierungen im Bündnis mit der Lega Nord und den AN-Faschisten geführten Politik, zu deren Komponenten die jetzigen Ausbrüche von Hass, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit gehören.

Als die Hetztiraden in der Öffentlichkeit auf scharfe Proteste stießen, beschränkte Premier Letta sich darauf, Calderonis Ausfälle als „unentschuldig“ zu bezeichnen, bekundete gleichzeitig, die Koalition mit der PdL fortzusetzen. Der Forderung, auch der Basis seiner Partei, der Vizepräsident des Senats müsse seinem Amt zurücktreten und zur Verantwortung gezogen werden, schloss er sich nicht an. Gesetzliche Schritte unterblieben. Ein Antrag auf Ausschluss aus dem Senat wurde nicht gestellt.

Napolitano sprach zwar von einem „barbarischen Verhalten“ des Lega-Politikers, warnt gleichzeitig die Mailänder Richter, die gegen den Erzeuger dieser Gewalt, Ex-Premier Berlusconi, in dritter und letzter Instanz ein Urteil wegen seiner kriminellen Machenschaften, u. a. des Steuerbetrugs in Millionenhöhe, Korruption und Richterbestechung vorbereiteten, davor, „die Stabilität des Landes nicht zu gefährden“. Da war ein offener Angriff des höchsten Staatsmannes auf die Unabhängigkeit der Justiz, der auf nichts anderes als auf einen Freispruch für den Ex-Premier hinauslief. Die Mailänder Richter zeigten Mut und bestätigten das Urteil der Vorinstanz zu vier Jahren Gefängnis, das damit rechtskräftig wurde. Nun kam es – auch dass eine Folge des Kuhhandels, auf den sich Napolitano mit der Installierung der Regierungskoalition mit der Berlusconi-Partei eingelassen hatte – zu Drohungen, Erpressungen und Einschüchterungen des Ex-Premiers und seiner PdL. Ultimativ forderten diese vom Staatspräsidenten, den rechtskräftig verurteilten Straftäter zu begnadigen, andernfalls die Minister der PdL aus der mit den Sozialdemokraten gebildeten Regierung austreten würden. Berlusconis engster Vertrauter in der PdL, der Senator Sandro Bondi, verstieg sich zu der Drohung, es könnte sonst zu „Formen des Bürgerkrieges“ kommen. Da sich unter der Gefolgschaft Berlusconis in der PdL noch immer Zehntausende Mitglieder und Anhänger der früheren faschistischen Alleanza Nazionale befinden, sind diese Drohungen durchaus ernst zu nehmen. Zumal auch von Berlusconis Verbündetem, der rassistischen Lega Nord, in zahlreichen Städten aufgestellte Bürgerwehren gegen Migranten und überhaupt zur Unterdrückung politischer und sozialer Proteste immer wieder mit Gewalt vorgehen.

#### **„Duce“-Enkelin Alessandra Mussolini unterstützt mit AN-Faschisten Berlusconi**

Das Auftreten Berlusconis verdeutlichte ein weiteres Mal, dass er sich als über Recht und Gesetz stehend betrachtet. In einer über seine Fernsehsender verbreiteten Video-Botschaft bezeichnete er sich als „völlig unschuldig“ und attackierte wieder die Justiz, in der „kommunistische Richter“ ihn „eliminieren“ wollten. Später geiferte er, sie betrieben gegen ihn „Lynchjustiz. Verhaltenen Widerspruch in seiner eigenen Partei entgegnete er: „Noch bin ich es, der hier leitet und die Linie vorgibt“. Dem stimmten einige Tausend seiner Anhänger mit der „Duce“-Enkelin Alessandra Mussolini an der Spitze zu, die ihn in Rom vor seinem Palazzo Grazioli frenetisch feierten und Fahnen „Forza Italia“ schwenkten, dem Gründungsnamen, unter dem Berlusconi seine PdL für den nächsten Wahlkampf erneuern will. Berlusconi danke ihnen in typischer Führerpose.

Obwohl Berlusconi weiterhin über beträchtliche Möglichkeiten verfügt, in die Politik einzugreifen, hatte er diesmal, besonders mit seinem Ultimatum an den Staatschef,



offensichtlich zu hoch gepokert. Die Reaktionen und Proteste gegen sein autoritär-faschistoides Gebaren waren stärker als erwartet. Die Behörden zeigten Konsequenz, der Polizeipräfekt von Mailand ließ Berlusconi's Pass einziehen. In der Führung der PD wurde gewarnt, die Drohung mit einem „Bürgerkrieg“ sei „fast umstürzlerisch“. Premier Enrico Letta erklärte unter Druck der Parteibasis, die Koalition mit der PdL „nicht um jeden Preis“ fortzusetzen. Roms Bürgermeister, Ignazio Marino, ebenfalls PD, verurteilte die Kundgebung der PdL in der Hauptstadt als gesetzwidrig. Unter den Linken wuchs die Forderung, die Regierungskoalition mit der faschistoiden PdL zu beenden. Paolo Ferrero von der kommunistischen PRC sprach das am konsequentesten aus: Die Koalition mit dieser „umstürzlerischen Rechten“ müsse sofort beendet werden.

#### **Staatschef für Beibehaltung der Koalition mit rechtsextremer PdL**

Hartnäckig hält sich in Rom das Gerücht, bei dem Kuhhandel zur Installierung der Regierungskoalition mit der rechtsextremen PdL sei Berlusconi im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung ein Erlass der Strafe zugesichert worden. Napolitano konnte, wollte er nicht völlig das Gesicht verlieren, danach jedoch angesichts der Erpressungen Berlusconi unmöglich dessen Ultimatum nach einer Begnadigung nachgeben. Am 14. August veröffentlichte „La Repubblica“ eine Erklärung des Staatschefs, in der die Forderung Berlusconi, die gegen ihn verhängte Gefängnisstrafe durch Gnadenerlass aufzuheben, zurückgewiesen wurde. Es wurde nunmehr verlangt, das „rechtskräftige Urteil respektieren“ und daraus folge die Verpflichtung „es umzusetzen“. Der Stellungnahme war jedoch auch zu entnehmen, dass Napolitano eine Form der Begnadigung des 76-Jährigen Ex-Premiers weiterhin nicht ausschließt, die Möglichkeiten dazu aber „sehr begrenzt“ nannte. Ein Gnadengesuch habe er von Berlusconi auch noch nicht erhalten. Berlusconi's Verteidigung ließ danach verlauten, ihr Mandant werde früher oder später ein Gnadengesuch stellen. Das würde dann aber - der Forderung Napolitanos entsprechend - die Anerkennung des Urteils einschließen. Eine weitere Bedingung des Staatschefs ist, dass Berlusconi PdL in der Regierungskoalition mit der PD und der Bürgerliste des vorherigen Übergangspremiers Mario Monti verbleibt, um „die schwere Rezession“ anzugehen. Offen bleibt, ob Berlusconi seinen Sitz im Senat verliert und ihm die Ausübung öffentlicher Ämter untersagt wird, er also bei Neuwahlen nicht kandidieren könnte.

#### **Basteln an neuem Mythos**

Berlusconi müsste übrigens nur ein Jahr der Strafe antreten, da drei bereits durch ein Verjährungsgesetz erlassen sind. Auch müsste er nicht ins Gefängnis, sondern könnte

die Reststrafe unter Hausarrest verbringen. Dass der Mediendiktator von der Möglichkeit, Sozialarbeit zu leisten, Gebrauch macht, wird kaum erwartet.

Berlusconi steuert vorerst jedoch eine Märtyrerrolle an und erklärt, er werde ins Gefängnis gehen. Von diesem neuen Mythos erhofft er für sich bzw. seine Partei bei vorgezogenen Neuwahlen Stimmenzuwachs und einen erneuten Wahlsieg. In der PD mehren sich die Stimmen, eine Kandidatur Berlusconis könne unmöglich zugelassen werden. Zahlreiche PD-Politiker mit dem Stadtverordneten von Mailand und Vorsitzenden der Antimafia-Kommission der Stadt, David Gentili, an der Spitze erklärten, der verurteilte Ex-Premier sei „incandidabile“ (nicht kandidierfähig).

Für den Fall einer Nichtzulassung seiner Kandidatur hatte Berlusconi angekündigt, dann werde seine älteste Tochter Marina, die bereits seine Fininvest-Holding leitet, auch Chefin der PdL werden und sich als Premier bewerben. Aber er scheint im Familienclan nicht mehr das Sagen zu haben. Tochter Marina lehnte „kategorisch“ ab, sich „politisch zu engagieren“.

#### **Linke fordern Ende der Koalition mit Berlusconis PdL**

Unter den Linken – Nicchi Vendolas Partei Linke und Umwelt (SEL), den beiden KPs Rinfondazione Comunista (PRC) und Kommunisten Italiens (PdCI), sowie der 5-Sterne-Protestbewegung (M5S) Beppe Grillos - wird gefordert, die haarsträubende Koalition mit der rechtsextremen PdL sofort zu beenden, da sie außerstande sei, die gravierenden politischen und sozialen Probleme des Landes anzugehen. Eine Fortexistenz dieser Regierung nütze nur Berlusconi, seine angeschlagene Macht zu konsolidieren, meint PRC-Sekretär Paolo Ferrero, der den unverzüglichen Rücktritt dieses Kabinetts fordert. Grillo warnte in der ihm nahe stehenden Zeitung „Fatto quodidiano“ Napolitano vor schwerwiegenden Folgen einer Begnadigung Berlusconis, die zur Forderung seines Rücktritts führen würde.

Der umstrittene Oppositionsführer Beppe Grillo von der 5-Sterne-Protestbewegung, der das Vorgehen Präsident Napolitanos einen „kalten Staatsstreich“ nannte, erklärte jetzt, die Haltung der PD-Führung und des von ihr dominierten Parlaments führe zum „Tod der parlamentarischen Demokratie“.

Gerhard Feldbauer

<h2>Replik</h2>
-----------------

### ***Johannes Oehme: Klasse des Volkes contra Hauptfeind der Feinde. Rechtfertigungen und Richtigstellungen zum Thema Hauptfeind***

In offensiv 4/13 hat Frank Flegel gegen meinen dortselbst freundlichst abgedruckten Artikel "Ein alter Hauptfeind und die vielen neuen Feinde – Apologie des Liebknecht" Einwände unter dem Titel "Von der Hauptfeind-Losung in den antideutschen Sumpf" erhoben, auf die ich hiermit reagieren möchte, im Interesse möglichst vollständiger Klarheit und in der Hoffnung, zumindest die ungewollten Missverständnisse ausräumen zu können.

1. Ich würde die Losung "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" gegen den proletarischen Internationalismus stellen und den Kampf gegen die anderen Imperialisten denunzieren helfen.

Ich habe nicht gegen den proletarischen Internationalismus agitiert, sondern ihn im Gegenteil gegen eine Zeittendenz im hiesigen Kommunismus verteidigt, die den Internationalismus zu einer wohlfeilen Phrase herabzuwirtschaften droht. Dagegen habe ich die strategische Orientierung des Marxismus auf den Hauptfeind in Erinnerung rufen wollen.

"Hauptfeind" besagt, dass auch die anderen Imperialisten Feinde der Arbeiterklasse in Deutschland sind, ganz wie die deutschen Imperialisten auch Feinde der Arbeiterklasse in den USA sind. "Hauptfeind" besagt jedoch weiter, dass praktisch der Kampf gegen die Imperialisten dieser Welt in der Nation geführt werden muss – kein Wort gegen internationalistische Verbrüderung! Nicht weil ich national oder völkisch fühle, sondern weil die Nation eine objektive Entwicklungsstruktur der bürgerlichen Gesellschaft ist, findet der Kampf des Proletariats zunächst in nationaler Form statt, wie das "Manifest" feststellt.

Das verbale Bekenntnis zum Weltklassenkampf ist ebenso ehrenwert wie folgenlos, wenn es nicht mit konkreten Kämpfen verbunden ist. Und Spenden für die Kämpfe der anderen sammeln ist womöglich ein netter Akt der Solidarität (es kann auch kränken oder direkt schaden), aber kein Kampf gegen den deutschen Imperialismus.

Wenn die Genossen aus anderen Ländern hier her kommen, um von ihren Kämpfen zu berichten, gratulieren wir ihnen, klatschen für sie, rufen "Hoch die internationale

Solidarität!" – DAS ist noch KEIN proletarischer Internationalismus, wenn auch immerhin das Bekenntnis zu ihm. Proletarischer Internationalismus fängt erst an, wirklich und aufrichtig zu sein, wenn die Kommunisten in Deutschland (Ost/West!) sagen können: "Wir gratulieren und danken Euch, und wir waren, wie es sich gehört, auch nicht still, sondern haben derweil hier gekämpft, unsere Organisationen gestärkt etc. Hier ist vielleicht eine Spendenbüchse, und hier sind aber unsere politischen Erfolge." Und weder die Überidentifikation mit den Kämpfen der Anderen noch das unrealistische Hochjubeln eigener Erfolge nehmen uns diese Aufgabe, diese konkrete internationalistische Pflicht ab.

Ein Beispiel mag zeigen, wie konkret dieser Internationalismus der revolutionären Pflicht statt der revoluzzierenden Phrase aussehen kann. Das sozialistische Kuba leidet bis heute unter einem von den USA organisierten Wirtschaftsembargo, an dem sich – bis zu einem gewissen Grade und trotz mancher Gegentendenzen – auch der bundesdeutsche Staat und die bundesdeutsche Wirtschaft beteiligen. Der internationalistische Kampf gegen dieses Embargo schließt hier die Aufgabe ein, den deutschen Imperialismus im Besonderen zu denunzieren für die Aufkündigung der Wirtschaftslieferungen DDR-Kuba. Mit der vertragsbrüchigen Aussetzung der Kraftfutterlieferungen an Kuba durch die BRD 1990 hat der deutsche Imperialismus die schrecklichen Bedingungen der kubanischen Spezialperiode Anfang der 1990er Jahre maßgeblich mitverschuldet. Der Kampf gegen das Embargo bleibt nicht auf der Ebene der abstraktwohlfeilen "Verurteilung der USA" stehen, sondern nimmt konkrete Gestalt an, wenn die Kubasolidarität hier praktisch den deutschen Imperialismus denunziert. Und es gibt weitere Beispiele, wie allein der pro-kubanische Internationalismus sich in unmittelbaren Kampfaufgaben gegen den deutschen Imperialismus niederschlägt.

Genau so hat sich Ho Chi Minh für die internationale Solidarität mit Vietnam bedankt und aber gemahnt, dass über dieser Solidarität der Kampf gegen die Metropolen des Imperialismus nicht vernachlässigt, sondern beflügelt werden solle. Etc.

2. Ich würde ein schleichendes Abgleiten in eine völkische Argumentation begünstigen.

Die historisch-politischen Gründe für das Misstrauen auch der Sowjetunion gegen das deutsche Volk liegen im Scheitern des antifaschistischen Kampfes 1933 ff. begründet. Nach 1945 mussten sich deswegen alle Deutschen bewähren. Ihnen oblag als Volk eine besondere politische (und nicht völkische) Verantwortung zur Entnazifizierung und Verhinderung eines neuen Faschismus. Hieran beteiligten sich im Projekt DDR alle Klassen außer den Großgrundbesitzern und Monopolbourgeois. Hier konnten Deutsche einen Teil ihrer Schuld, den deutschen Faschismus nicht verhindert zu ha-

ben, abtragen. Mit der Konterrevolution und Annexion der DDR sind ihre Bürger als ostdeutsches Volk in die Bundesrepublik gezerrt, in der das westdeutsche Volk diese historische Schuld nicht abgetragen, geschweige beglichen hat. Und wenn dem westdeutschen wie dem ostdeutschen Volk nicht gelingt, dem gesamt-großdeutschen Imperialismus in den Arm zu fallen, wird sich diese Schuld fortsetzen und vertiefen.

Völkisch wäre nun z.B., den Deutschen die unbedingte Erb-Eigenschaft zuzusprechen, Weltkriege nicht verhindern zu können. Ich habe im Gegenteil dazu aufgerufen, diese Kriege zu verhindern, daher das angebliche "Blutschicksal des Volkes" gerade nicht hinzunehmen. Anti-völkischer geht es wirklich kaum mehr, und ich finde daher den Vorwurf, völkisch argumentiert zu haben, leichtfertig und faschismus-inflationierend.

3. Ich wolle unter allen Umständen zu den Kapitalisten freundlich, zu den Deutschen aber unfreundlich sein.

Die Arbeiterklasse kann sich je nach Kräfteverhältnissen gewisse Freundlichkeit gegenüber den Kapitalisten erlauben, zum Beispiel Enteignungen durch Entschädigungszahlungen versüßen. Derlei Verfahrensdetails ändern nichts an der Enteignungspolitik als der wesentlichen Klassenpolitik der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten. Ebenso kann die Arbeiterklasse je nach Kräfteverhältnissen zum deutschen Volk freundlich sein, zum Beispiel, wenn es sich am Aufbau des Sozialismus beteiligt. Die Freundlichkeit hängt also auch hier von historisch-politischen Umständen ab. Leider jedoch bauen momentan weder die Ostdeutschen noch die Westdeutschen den Sozialismus auf. Sie lassen vielmehr durch ihr Stillhalten den deutschen Imperialismus gewähren, den Aufbau des Sozialismus hier und anderswo zu verhindern.

Das sind konkret-politische Gründe für Kommunisten und Demokraten in aller Welt (siehe Griechenland!), über die Deutschen unfreundliche Gedanken zu hegen, sowohl über die Arbeiterklasse als auch über die Kleinbürgerei und Halbproletariate (von den Kapitalisten zu schweigen). "Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition" (Engels) – und sollte sich ihrer endlich entsinnen. Meine Rede! Daher denke ich nicht "per se" unfreundlich über die Deutschen, sondern anlassbezogen, aus historischen, politischen – und nicht völkischen – Gründen.

4. Meine Einschätzung des Staates Israel sei ein Beweis für das Abdriften in anti-deutsche Denkweisen.

Falls "anti-deutsch" hier im Wortsinn gemeint ist: Die imperialistische Epoche hat schon Situationen hervorgebracht, in denen z.B. die Sowjetunion mit Großbritannien und den USA (sowohl mit Volk als auch mit Imperialisten) eine auch von Stalin so

bezeichnete Anti-Deutschland-Koalition eingehen musste, weil das deutsche Volk den Nazikrieg nicht aus eigener Kraft verhindert hat. Jeder Schlag dieser Koalition wurde auch von den deutschen Kommunisten als Befreiungsschlag begrüßt. In der BRD arbeiten die Imperialisten mit ihren "flott mitziehenden" Steigbügelhaltermassen zielstrebig auf eine Wiederholung dieser Situation hin. Ob hiesige Kommunisten das wieder nicht verhindern können oder hoffentlich doch: In jedem Fall sollten sie die revolutionäre Tradition der Anderen, der antideutschen Befreier von Napoleon bis Stalin, nicht geringschätzen.

Doch auch, falls der engere Begriff für die kleinbürgerlich-demokratische Strömung der sogenannten Antideutschen gemeint ist, scheint mir der Vorwurf weder ehrenrührig noch gerechtfertigt. Unter den Kleinbürgerideologen repräsentieren die Antideutschen als unbestrittene Reserve des nichtfaschistischen Imperialismus dennoch immerhin einen antifaschistischen Teil. Sie fallen, anders als viele andere Kleinbürger, als Reserve des Faschismus aus. Daraus ergeben sich alle anti-faschistischen Bündnispotentiale sowie pro-imperialistischen Bündnissträngen. Meinen Aufruf gegen den deutschen Krieg habe ich jedoch keineswegs davon abhängig gemacht, ob er unter einer faschistischen Diktatur ausbricht oder nicht, oder ob er gegen tatsächliche oder vermeintliche Faschisten geführt werde. In dieser Unbedingtheit unterscheide ich mich klar von "den Antideutschen" und sehe daher nicht ein, warum ich als Warn-Pappdepp für eine ganz woanders als in meinem Artikel lauernde Gefahr vorgeführt werde.

5. Ich würde Kritik am Staat Israel implizit mit Antisemitismus gleichsetzen und damit völkisch statt klassentheoretisch denken.

Mit dieser Unterstellung soll mein ins Völkische gleitendes Denken belegt sein. Ich habe indes explizit nicht jede Kritik am Staat Israel mit Antisemitismus gleichgesetzt. Zum Beispiel die Behauptung, Israel sei imperialistisch, habe ich nicht als Antisemitismus, sondern als Antileninismus bezeichnet. Nur weil Stefan Marx seinem Imperialismusbegriff nicht Lenins Kriterien zugrundelegen mag, nenne ich ihn noch lange keinen Antisemiten. Mit dem Antisemitismusvorwurf mag ich nicht lax umgehen. Aber eine antisemitische Kritik nenne ich auch explizit so, da muss ich nichts implizieren, wie Frank Flegel es tut, wenn er mit dem Vorwurf des völkischen Denkens mich implizit einen Nazi nennt.

Es gibt natürlich antisemitische und nicht-antisemitische Israelkritik. Zum Beispiel die Kritik, Israel habe mit den Entschädigungsvereinbarungen mit der BRD in den 60er Jahren dem deutschen Imperialismus einen Persilschein ausgestellt, ist nicht antisemitisch – und behält sogar den Hauptfeind im Auge. Nicht in Antisemitismus

machen und trotzdem den Hauptfeind im Auge behalten – den Hauptfeind im Auge behalten und dem Antisemitismus als seiner historisch besonders erprobten Geheim- und Massenvernichtungswaffe wehren – was sollte daran völkisch sein? Was davon entspräche nicht dem Interesse der Arbeiterklasse?

6. Meine Einschätzung Ahmadinejads sei völkisch orientiert.

Siemens ist nicht gleich "den Deutschen", sondern Teil der avanciertesten Kreise des deutschen Imperialismus. Ich habe daher Ahmadinejad nicht irgendeine Deutschvolks-Speichelleckerei vorgeworfen, sondern, dass er eine Politik des Iran repräsentiert und exekutiert, die sich dem deutschen Imperialismus andient und die ich für doppelt gefährlich halte: für die iranische Nation wie auch für die Gegner des deutschen Imperialismus.

Wenn die BRD stramm an der Seite der USA den Einmarsch in den Iran planen würde, müsste man sie dafür als offenen Kriegstreiber angreifen. Wenn aber die BRD die Konfrontationspolitik der USA gegen den Iran hintertreibt, wie in den letzten Jahren geschehen, gilt es genauso, die Friedensheuchelei des "ehrlichen Maklers" (Bismarck) und indirekten Kriegstreibers gegen den imperialistischen Konkurrenten USA zu entlarven. So oder so. Alles andere wäre ein Attest über die Friedensfähigkeit des deutschen Imperialismus. Das gälte es zu begreifen, und nicht eine abstrakte Iran-Einschätzung zu propagieren, die den heutigen Iran mit der Blockfreienbewegung oder der boliviarischen Revolution irrig identifiziert.

7. Ich sei arrogant und narzisstisch und betriebe "sprachliche Schaumschlägerei".

Dem Vorwurf der Arroganz und des Narzissmus kann ich nicht viel abgewinnen und weiß nicht, was er besagen soll, wenn es denn allen Beteiligten so schön um Inhalt und nicht um Eitelkeiten geht. Das von Frank Flegel angeführte Beispiel für Arroganz hat darüber hinaus den Haken, dass ich mit "Pfaffen, Affen und Laffen" mich einbezogen habe – eine vielleicht etwas tändelnde Form von Selbstironisierung einer Bewegung, die mir aufgrund ihrer relativen Schwäche in die Form des Pfaffen-, Affen- und Laffentums gebannt scheint. Aber arrogant gegen die Genossen und mich selber sein, das schaffe ich einfach nicht.

Auch das Beispiel für den schwerer wiegenden Vorwurf der "sprachlichen Schaumschlägerei" scheint mir eher unglücklich gewählt. Der zitierte Passus ironisiert den neulinken "queeren" Akademikerjargon, indem er die Hauptfeindparole in diesen Jargon übersetzt. Ich hätte vielleicht noch "Vorsicht, Ironie!" dazuschreiben sollen. Aber in der Sache herrscht ja schönste Eintracht, da Frank Flegel meinen Schaumschlägerei-Vorwurf gegen diesen Jargon bekräftigt. Allerdings wollte ich auch darauf

hingewiesen haben, dass es möglich ist, auch in diesem in der Tat queeren Jargon gegen den Hauptfeind zu agitieren.

Ich glaube jedenfalls, mein Text war weitgehend klar und verständlich, und arrogant allenfalls die Form der inhaltlichen, unpersönlichen Kritik an Stefan Marx.

8. Meine Kritik an Stefan Marx strotze "von Unterstellungen und Verdrehungen".

Ich habe an vier meines Erachtens einschlägigen Stellen Kürzungs- bzw. Erweiterungs-Arbeiten nachgewiesen, mit denen Stefan Marx dem Referat von Erika Wehling-Pangerl die Spitze gebrochen hat. Er hat 1. den Einfluss der SPD auf den 17. Juni 1953 bagatellisiert. Er hat 2. über Israel losschwadroniert, wo es um den Hauptfeind, den deutschen Imperialismus, zu tun war. Er hat 3. den für die 70er Jahre wesentlichen Umstand, dass der deutsche Imperialismus aus der Niederlage der USA in Vietnam moralische Vorteile zog, ersatzlos gestrichen. Und er hat 4. der deutschen Friedensbewegung nur ihren Antikommunismus, nicht aber ihren Nationalchauvinismus und "reaktionären Antiimperialismus" (Lukács) vorgeworfen, wie in der Vorlage seines Textes noch ausdrücklich geschehen. Selbst wenn ich den zweiten Punkt bezüglich des allzu weiten Feldes Nahost vergebe und verschenke, ist das meines Erachtens immer noch eine triftige und nicht unbegründete Kritik – die einer Entgegnung noch harrt.

Mir ist nach alledem nicht ganz klar, warum mein Artikel überhaupt erschienen ist, wenn er solch ein Dokument der sich irgendwie abzeichnenden Gefahr einer möglichen antideutschen Versumpfung sein soll. Frank Flegels Kritik hat sich wesentlich an denjenigen Details aufgehängt, die ich als vage kennzeichnete und – vergeblich – als nicht zur Hauptfeind-Sache gehörig aus der Erörterung geschmissen sehen wollte. Er hat Stefan Marx darin sekundiert, die Hauptfeindfrage eher von der Israelfrage abhängig zu machen als umgekehrt. Auf mein eigentliches Ansinnen, die Hauptfeindlösung ernsthafter und konsequenter wiederaufzunehmen, sie aus der Mottenkiste der Kommunisten wieder in ihre Schatzkiste umzubetten, sie näher auszuarbeiten und stofflich aufzufrischen (wofür offen-siv schon Bedeutendes beigetragen hat!), ist er hingegen nicht näher eingegangen. Vielleicht aber gibt es gerade dafür, jetzo oder allernächstens, wunderlich sich mehrende Anlässe, Gelegenheiten und gar Gründe?

Johannes Oehme, Berlin 1.9.2013



Rezensionen
-------------

***Frank Flegel: Gerhard Feldbauer: „Vietnamkrieg“ (der USA 1955-1975)***

**Ein neues Buch von Gerhard Feldbauer mit höchst aktuellen Lehren und Erfahrungen**

Gerhard Feldbauer ist „offensiv“-Leserinnen und -lesern vor allem durch fundierte Beiträge über Italien bekannt. Er hat sich zur Geschichte des Landes habilitiert, sechs Bücher und annähernd ein Dutzend Studien zur Lage der Linken, zu Faschismus und Antifaschismus geschrieben. Jetzt hat er ein neues Buch über den „Vietnam-Krieg“ vorgelegt. Es ist sein Viertes zum Thema (davon eins mit seiner Frau und Kollegin Irene „Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam“, Pahl Rugenstein, 2. Auflage, Bonn 2005) und er ruft sich auch auf diesem Gebiet als promovierter Experte (was man im Verlagstext hätte erwähnen können) in Erinnerung. Von 1967 bis 1970 war er mit Irene als Fotoreporterin Kriegsberichterstatter vor Ort, was der Authentizität seiner Darlegung sicher sehr zu Gute gekommen ist. Zum Buchtitel wäre es jedoch angebrachter gewesen, vom Vietnamkrieg der USA zu sprechen, den diese von 1955 bis 1975 in der Nachfolge der Kolonialmacht Frankreich führten.

Bereits im Vorwort benennt der Autor das wesentliche Ziel, das eine neue Publikation zum Thema dringen geboten scheinen ließ, wenn er schreibt: „Die internationale Lage ist gegenwärtig gekennzeichnet von einer wachsenden Kriegsbereitschaft der USA und ihrer Verbündeten in der Nato gegen Länder, die sich ihrer Vorherrschaft widersetzen. Sie versuchen damit, ihre weltweite Dominanz durchzusetzen.“ Gerhard Feldbauer hält fest: Die Kriege der USA seit Mitte der 1950er Jahre gegen die Völker Indochinas wurden mit genau demselben Ziel geführt. Mit dem Überfall auf den Irak 2005 führten die USA erneut einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mit unübersehbaren Parallelen zu Vietnam.“ Er zitiert Daniel Ellsberg, der darauf verwies, „dass die im Irak-Krieg verbreiteten Lügen denen des Vietnamkrieges in nichts“ nachstehen. Der amerikanische Publizist und Pulitzerpreisträger Seymour Hersh, der seinerzeit die Massaker in My Lai enthüllen half (auf die ausführlich eingegangen wird) hielt fest, dass USA-Soldaten im Irak die gleichen sadistischen Verbrechen wie in Vietnam begangen haben und begehen.

Hier zunächst die einzelnen Kapitel: 1. Von Da Nang bis Dien Bien Phu, 2. Die neuen Kolonialherren, 3. Der Süden wehrt sich, 4. Die Tongking-Provokation, 5. Der Luft-

krieg gegen die Demokratische Republik Vietnam, 6. Laos und Kambodscha - Die zweite Front, 7. Mord und Terror, 8. Russel-Tribunal enthüllte völkerrechtswidrige Kriegsverbrechen, 9. GIs gegen den Krieg, 10. Die Pariser Friedensverhandlungen, 11. Von der Tetoffensive zur Befreiung Saigons, 12. Kriegshilfe aus der Bundesrepublik, 13. Nach der Befreiung.

Beginnend mit der Vorgeschichte (Kapitel 1) schildert Feldbauer den Verlauf des Krieges, die internationale Solidarität mit Vietnam, den Widerstand in der US-Army, der vor allem von schwarzen Soldaten ausging, sowie die militärische Hilfe insbesondere der UdSSR, die ihre modernsten konventionellen Waffen lieferte, ohne die der Sieg der Befreiungsbewegung im Norden wie im Süden nur schwer möglich gewesen wäre. Den Ausschlag, so wird hervorgehoben, gab allerdings der Widerstandswille des vietnamesischen Volkes selbst. Er wurzelte in den Traditionen nationalen und antikolonialen Widerstandes, die der legendäre Ho Chi Minh zu mobilisieren verstand. Seine Bedeutung zeigte sich fast noch mehr nach seinem Tod. Denn als er im September 1969 verstarb, hinterließ er nicht, worauf vielfach spekuliert wurde, ein Vakuum, sondern eine kampfgestählte Partei mit einer kollektiven Führung und eine Bevölkerung, in deren übergroßer Mehrheit das Streben nach Unabhängigkeit tief verwurzelt war.

Feldbauer stützt sich, wie der Kenner unschwer bemerken wird, auf heute kaum noch genutzte Quellen, wie den Nestor der Vietnamistik, Jean Chesneaux (Geschichte Vietnams, Rütten & Leoning, Berlin 1963), bietet aber auch neue zum Verständnis der Thematik an, die nicht nur den historischen Laien, sondern auch den Experten interessieren dürften. So beispielsweise die vorgelegte Analyse der sozialökonomischen und Klassenstruktur am Vorabend der Augustrevolution von 1945, zu der von ihm eine eigene Arbeit vorliegt (Die nationale Befreiungsrevolution Vietnams. Zum Entstehen ihrer wesentlichen Bedingungen von 1925 bis 1945). Zitiert wird aus dem Buch des US-amerikanischen Journalisten H. A. Frank, der 1926 in seinem Buch „East of Siam“ u. a. die elendige Lage der Grubenarbeiter im Tagebau von Hong Gai in Nordvietnam beschrieb, die wie Strafgefangene auf der Arbeitskleidung Nummern tragen mussten: „Es sind arme Sklaven, in armselige Lumpen gehüllt, und schwach ist die Hand, welche die Hacke schwingt. Die Sonne brennt erbarmungslos, die Arbeit ist kräftezehrend, doch sie bringt nur wenig ein. Es gab dort auch Frauen, und vor allem, hinter den Kohlekarren, kleine Kerlchen von kaum 10 Jahren; ihre von Erschöpfung gezeichneten, mit Kohlenstaub bedeckten Gesichter aber glichen denen von Vierzigjährigen. Ihre nackten Füße waren von einer harten Kruste bedeckt. Ohne Pause tröteten sie durch den Staub.“ Feldbauer schlussfolgert: „In diesem unbeschreiblichen Elend wuchs der Hass gegen die Unterdrücker, wurde immer mehr Vietnamesen die

Erkenntnis vermittelt, dass sie nichts zu verlieren hatten als ihre Ketten. Diese Einsicht wurde zur maßgeblichen Triebkraft des nationalen Befreiungskampfes, an dem schließlich Millionen teilnahmen, erst gegen Frankreich, dann gegen die USA.“

Zu Wort kommt die legendäre französische Publizistin Madeleine Riffaud, Mitglied der Résistance gegen Hitlerdeutschland, die sich nach 1954 längere Zeit in Südvietnam aufhielt, und vor dem II. Russel-Tribunal 1967 die barbarische Verfolgung aller, die sich nur für die Einhaltung der Genfer Abkommen von 1954 einsetzten und gegen deren Sabotage durch das USA-hörige südvietnamesische Diem-Regime auftraten und dafür gefoltert und in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt wurden, anprangerte. Ihr Schicksal erinnerte, wie Riffaud ausführte, „an das Los der Deportierten und an die in den KZs von Auschwitz, Dachau und Mauthausen dahinsiechenden Häftlinge“

Entlarvt wird die Lügenpropaganda, den Befreiungskampf hätten nur die vietnamesischen Kommunisten (Vietcong) geführt. Der Autor belegt an Hand einer Vielzahl von Dokumenten, wie die Befreiungsfront (Front National de Liberation – FNL) Südvietnams sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzte und von deren Vertretern kollektiv geführt wurde. So wird auch ausführlich über den Widerstand der „Vereinigung zur Rehabilitierung des Buddhismus“, dieser einflussreichen Religion in Vietnam, die der FNL angehörte, berichtet.

Zu den sadistischen Mordtaten von My Lai, die Seymour Hersh „ein Verbrechen im Stile der Nazis“ nannte, führt der Verfasser Beweise an, die belegen, dass solche Operationen auf direkte Weisungen des us-amerikanischen Oberkommandierenden in Südvietnam, Westmoreland, zurückgingen, die eine Reaktion auf die Tet-Offensive der FNL im Februar 1968 waren. Darin wurde gefordert, „unterschiedslos das gesamte Terrain zu neutralisieren“. In die Provinz Quang Ngai, in der My Lai lag, wurden zusätzlich 120 Experten für Aufstandsbekämpfung mit dem Auftrag geschickt, „die Jagd auf Funktionäre, Helfer und Helfershelfer der Guerilla zu forcieren“. Präsident Johnson forderte sieben Monate nach My Lai General Creighton Abrams, seit Sommer 1968 Nachfolger Westmorelands als Oberkommandierender, auf, mit derartiger Unterdrückung jedes Widerstandes fortzufahren, es dem Feind zu geben „wie gehabt“. Allein die „Americal Division“ unter dem Kommando von Brigadier General Howard Harrison Cooksey brannte daraufhin von Mitte Januar bis Anfang Februar 1969 in zwei Distrikten der Provinz Quang Ngai zahlreiche Ortschaften nieder, exekutierte 300 Bauern und ermordete weitere 1.300 von als Sympathisanten der Vietcong verdächtigte Einwohner. Gerhard Feldbauer rechnet nach den vorliegenden Quellen zusammen, dass sich nur aus bekannt gewordenen Operationen der systema-

tischen Ermordung von Zivilisten, darunter immer vor allem Frauen und Kinder, ergibt, dass die Zahl der wie in My Lai hingerichteten Zivilisten in die Hunderttausende geht.

Ein weiteres Verdienst der Arbeit ist, dass herausgearbeitet wird, wie die Bundesrepublik mehr als alle anderen Bündnispartner der USA an deren Krieg in Vietnam beteiligt war. 18 westdeutsche Unternehmen waren mit den 30 größten Rüstungskonzernen der USA durch Kapitalbeteiligung und Aufträge verflochten und verdienten Milliarden Dollar an Profiten an diesem Krieg. Vietnam wurde für die Bundeswehr, wie „Die Welt“ schon 1964 schrieb, zur eigenen „Kriegsschule“, um zu lernen wie „heute Kriege geführt werden“. Der Autor zitiert die Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft“, die 1965 von der „Kriegsschule Vietnam“, dem „Probefall Vietnam“ schrieb, der zu „waffentechnischen Überlegungen“ anregte und Erfahrungen beispielsweise darüber vermittelte, wie „taktischer Luftkrieg am besten“ geführt werde. In Afghanistan beweist die neue deutsche Wehrmacht heute, was für ein guter Schüler sie war. Der Leser erfährt kaum noch erinnerliche Fakten, so dass Bundespräsident Heinrich Lübke (Der KZ-Baumeister) Präsident Johnson zu den ersten US-Angriffen auf Hanoi am 29. Juni 1966 in einem offiziellen Telegramm beglückwünschte, in dem es hieß, diese mögen „von Erfolg gekrönt sein“. Bundeskanzler Erhard (der mit dem „Wirtschaftswunder-Idol“) ließ am 1. Juli 1966, als bereits Berichte über die zahlreichen zivilen Todesopfer der Luftangriffe bekannt waren, „alle Maßnahmen der Amerikaner“ gutheißen. Am gleichen Tag feierte die Westberliner „Nachtdespeche“ die Todesopfer als „Wunder der Präzision“ und forderte, Washington müsse sich entschließen, „dichtbesiedelte Industriezentren zu bombardieren“. Springers Westberliner „BZ“ schrieb am 18. Juli, notwendig sei „ein kompromissloser Krieg, der auch vor Fabriken, Häfen, Bewässerungsanlagen und Staudämmen nicht mehr halt macht.“ BRD-Größen wie der damalige Verteidigungsminister Gerhard Schröder von der CDU, ehemals Mitglied der SA, sprach sich „für eine Entsendung deutscher Soldaten auf den fernöstlichen Kriegsschauplatz“ aus. Zwei Divisionen waren geplant. Wenn es dazu nicht kam, so war das auf die zunehmende westdeutsche Solidaritätsbewegung mit Vietnam und die Proteste auch auf internationaler Ebene und in den USA selbst zurückzuführen. Dennoch schickte die BRD in verdeckten Formen 2.500 Spezialisten in den USA-Krieg, darunter 121 Angehörige der Bundesluftwaffe, die Bombenangriffe gegen Nordvietnam flogen. Erinnert wird an den völkerrechtswidrigen Einsatz des Lazarettschiffes Helgoland, auf dem die Wirkung des von den USA eingesetzten Napalm und anderer chemischer Kampfstoffe erforscht wurde, - und auch an die Beteiligung westdeutscher Unternehmen am Einsatz chemischer Gifte, darunter Agent Orange in Südvietnam. Zitiert werden Quellen, nach denen die USA ihren

NATO-Partner in Bonn ersuchten, ihnen Unterlagen und Angaben für die Herstellung tödlicher Gase vom Typ Zyklon B zu überlassen, das die Nazis im Zweiten Weltkrieg in großem Maße in ihren Todeslagern verwendeten. Damit waren nicht nur westdeutsche Unternehmen, sondern auch die Bundesregierung zumindest indirekt an schwersten Kriegsverbrechen der USA in Südvietnam, an der Ermordung und Verstümmelung Hunderttausender Vietnamesen, der Verseuchung riesiger Flächen von Wald und Reisfeldern beteiligt.

Gerhard Feldbauer schließt sein Buch mit einem Blick auf Vietnam heute. Im April 1976 vereinigten sich die DRV und die RSV zur Sozialistischen Republik Vietnam. Anders als die osteuropäischen „kommunistischen und Arbeiterparteien“ hat sich die Partei Ho Chi Minhs und seiner Nachfolger nach 1989/90 nicht „gewendet“ oder sozialdemokratisiert. Während in Osteuropa die KPs zerfielen, stieg die Mitgliederzahl der vietnamesischen in dieser Zeit um rund 500.000 auf 2,5 Millionen. In den wenigen Jahrzehnten seit seiner Wiedervereinigung schaffte Vietnam die ersten Schritte zum Aufbau einer Industriegesellschaft. Mit Wachstumsraten von sieben bis acht Prozent seit 2001 weist es den mit Abstand höchsten wirtschaftlichen Zuwachs in Südostasien auf. Als Ziel formulierte der 10. Kongress der KPV 2006 den Aufbau „eines unabhängigen, demokratischen, blühenden und starken Vietnams mit einer gerechten und modernen Gesellschaft, in welcher die Ausbeutung des Menschen abgeschafft“ wird.

Frank Flegel

### ***Frank Flegel: Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) Nr. 344, September 2013, erschienen***

Die neue Ausgabe der KAZ ist nicht nur wegen ihres Schwerpunktes des Asylrechts und der Flüchtlingspolitik, ebenso auch nicht nur wegen der Kritik an den in der bundesdeutschen Linken grassierenden Friedensillusionen interessant, sondern für mich als offen-siv-Verantwortlichen (der die Schlussfolgerungen aus der Niederlagenanalyse des Sozialismus in Europa nach wie vor für den Kompass der künftige Strategie nicht nur der hiesigen kommunistischen Bewegung hält) interessant vor allem deshalb, weil sie sehr klar und umfassend die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung Anfang der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts nachzeichnet und dabei die neu entstandene Gefahr der inneren Konterrevolution in den sozialistischen Ländern thematisiert.

KAZ, Reichstr. 8, 90408 Nürnberg, Tel: 0911-356 913, [www.kaz-online.de](http://www.kaz-online.de)

## In letzter Minute

### ***Lucas Schmidt:*<sup>86</sup> »Worauf es für die Menschheit wirklich ankommt, das ist der Frieden.« - Zum Tode von General Vo Nguyen Giap**

»Roter Napoleon«, »Napoleon des Ostens« – wer schon zu Lebzeiten selbst von früheren Gegnern mit derartigen Titeln überhäuft wurde, kann sich eines Ehrenplatzes in den Geschichtsbüchern sicher sein. Am 4. Oktober ist der Revolutionär und General Vo Nguyen Giap, der an der Seite Ho Chi Minhs und anderer hervorragender Persönlichkeiten über dreißig Jahre lang militärisch für den Sieg der antiimperialistischen Sache des vietnamesischen Volkes kämpfte und die Theorie des »Volkskrieges« weiterentwickelte, schließlich im hohen Alter von 102 Jahren im Militärhospital von Hanoi verstorben.

Vo Nguyen Giap wurde am 25. August 1911 in Zentralvietnam als Sohn des Dorflehrers Vo Quang Nghiem geboren. Der Vater, ein glühender Patriot, erzog seine Kinder dazu, der seit 1884 in Vietnam herrschenden französischen Kolonialmacht Widerstand zu leisten. Der junge Giap begann in den 1920er-Jahren, sich politisch zu betätigen, arbeitete als Journalist und wurde schon 1930 wegen Teilnahme an antikolonialen Protesten kurzzeitig inhaftiert. Ein Jahr später trat er der von Ho Chi Minh gegründeten Kommunistischen Partei Indochinas bei.

Nachdem er 1937 sein Jura-, Ökonomie- und Politikstudium an der Universität von Hanoi abgeschlossen hatte, lehrte er an der Thanh-Long-Schule, einer privilegierten Privatschule Hanois, Geschichte. Er veröffentlichte zudem kommunistische Schriften. Als Frankreich 1939 die Kommunistische Partei sowohl im »Mutterland« als auch in den Kolonien verbot, gelang es Giap, nach Südwestchina zu fliehen, wo er schließlich mit Ho Chi Minh, dem Anführer der nationalen Befreiungsbewegung Vietnams, zusammentraf.

Im September 1940 übernahmen die japanischen Imperialisten mit Zustimmung des französischen Vichy-Regimes die Kolonialherrschaft u.a. über Vietnam. Die Unab-

---

<sup>86</sup> Es handelt sich bei dem Namen Lucas Schmidt um ein Pseudonym. Wir müssen unseren Autoren schützen, weil ihm durch eine Namensnennung in der offen-siv berufliche Nachteile entstehen könnten. Der Autor ist der Redaktion bekannt.

hängigkeitskämpfer betrauten Giap, der zwar die Schriften des antiken chinesischen Militärstrategen Sun Tzu studiert, jedoch selbst nie eine militärische Ausbildung erhalten hatte, mit der Aufstellung ihres militärischen Flügels, der Viet-Minh-Partisanen. Als Kommandeur der trotz anfangs mangelnder Ausrüstung großen Zulauf genießenden Verbände kehrte er 1944 nach Nordvietnam zurück. Ein Jahr später war Japan besiegt. »Meine militärische Akademie waren der Busch und der Guerillakampf gegen die Japaner«, zitierte später ein Historiker Giap.

»Nach der Kapitulation Japans stand das ganze Volk unseres Landes auf, nahm die Macht in seine Hände und gründete die Demokratische Republik Vietnam.« So hieß es in der Unabhängigkeitserklärung, die der charismatische Volkstribun Ho Chi Minh am 2. September 1945 in Hanoi (Nordvietnam) anlässlich der Gründung der DRV verkündete. Die Freude über die Befreiung vom Joch der Okkupation sollte aber nur von kurzer Dauer sein: Die Franzosen begannen Südvietnam zu rekolonisieren, und am 19. Dezember 1946 überfielen französische Truppen die volksdemokratisch orientierte DRV. Es begann ein Kolonialkrieg, in dessen Verlauf die Aggressoren Vietnam teilten, indem sie in Südvietnam einen Separatstaat installierten.

»La sale guerre«, der »schmutzige Krieg«, entwickelte sich mit der Zeit zuungunsten jener, die ihn vom Zaune gebrochen hatten. Verheißungsvoll war der Name des seinerzeitigen französischen Generalstabschefs Revers, der »Rückschlag«, »Niederlage« bedeutete. Das Volksheer der DRV, der unter dem Kommando Vo Nguyen Giaps stehende Viet Minh, wurde von seinem Gegner fatalerweise unterschätzt.

Giap, der die Streitkräfte als Instrument, die Volksmassen zum militärischen Kampf für eine politische Revolution zu organisieren, betrachtete, betonte stets die Bedeutung der Unterstützung der Bevölkerung für die Guerilla und hielt sich an das Prinzip: »Wir schlagen nur zu, wenn der Erfolg sicher ist«. In der Dschungelfestung Dien Bien Phu errang er Anfang 1954 den kriegsentscheidenden Sieg.

»General Giap erkannte die Taktik des Gegners. Unsichtbar für die Franzosen, baute er mit seiner Armee getarnte Angriffsstellungen in den Bergen auf und ließ Frankreich lange Zeit in dem Glauben, dass der Viet Minh schwach sei. Auch seine Vorgehensweise, die Befestigungsanlagen von Dien Bien Phu nicht im Generalangriff zu nehmen, sondern schrittweise die Außenposten anzugreifen und einzunehmen, erwies sich schnell als erfolgreich. Auch seine Gewissheit, dass die Bevölkerung durch einen heldenhaften Einsatz ihre Befreiungskräfte unterstützen würde, war richtig und militärisch entscheidend. Selbst im Bereich des Sanitätswesens hatte Giap um Dimensionen weitsichtiger gehandelt, als sein Gegner Navarre. Giaps Freund Ton That Tung hatte

mit großer Umsicht ein weit verzweigtes Sanitätswesen aufgebaut, in das vor allem die Bevölkerung der Dörfer in der Umgebung von Dien Bien Phu eingebunden war.

Ein weiterer entscheidender Faktor für den Sieg lag ebenfalls außerhalb des Schlachtfeldes. Es war die enorme politische Willenskraft des Volkes, seine Freiheit zu erringen. Abertausende Männer und Frauen schleppten auf ihren Rücken, auf Büffelkarren, vollbepackten Fahrrädern den Nachschub an die Front. Andere bauten hängende Brücken, die am Tage unter dem Wasserspiegel der Flüsse abgesenkt wurden, und reparierten Nacht für Nacht die durch Regen und Bomben beschädigten Straßen« (»junge Welt«, 7. Mai 2004).

*»Jede Nacht hat eine Anzahl Soldaten hier ihr Fleisch und Blut geopfert,  
Damit, bis zum Morgen, die Schützengräben ein wenig weiter vorrücken.  
Zum Sieg trug das Grollen der Artillerie bei, das zum Himmel aufstieg,  
Aber auch das bescheidene Geräusch der Schaufeln.«*

*Che Lan Vien (1920 – 1989): »Das Geräusch der Schaufeln in Dien Bien Phu«*

Die Dien-Bien-Phu-Offensive begründete den Ruhm des Heerführers Giap. »Die Offensive ist auch heute noch ein wichtiger Gegenstand für Militärgeschichtler und -theoretiker. Viele Historiker sind der Ansicht, dass mit ihr die endgültige Niederlage des modernen Kolonialismus begann«, äußerte der ehemalige Botschafter Vietnams in der BRD, Nguyen Ba Son, zum 50. Jahrestag des Sieges in Dien Bien Phu.

Noch 1954 musste Frankreich das Genfer Abkommen unterzeichnen. Es »legte einen Waffenstillstand zwischen Frankreich und Vietnam fest, der 17. Breitengrad wurde vorläufige Demarkationslinie. Der Vertrag bestimmte ferner den sofortigen Abzug der französischen Truppen aus Nordvietnam, nach zwei Jahren aus Südvietnam sowie die Durchführung freier Wahlen im ganzen Land. Der letzte Teil der Genfer Vereinbarungen wurde jedoch nie realisiert. Mit Hilfe der USA wurde in Südvietnam eine separatistische Verwaltung aufgebaut, die die Durchführung von freien Wahlen hintertrieb« (»junge Welt«, 30. April 2005).

In Südvietnam traten die USA-Imperialisten bei der Aufrechterhaltung des Marionettenregimes an die Stelle der französischen. 1962 waren dort bereits 11.000 US-Soldaten stationiert. 1964 entfesselten die USA einen barbarischen Vernichtungskrieg gegen die sozialistische Demokratische Republik Vietnam.

»Der Aggressionskrieg der USA gegen das vietnamesische Volk hat in aller Welt, nicht zuletzt in den USA selbst, massive Proteste ausgelöst. Nie zuvor waren die Vereinigten Staaten einer solchen Welle internationaler Verurteilung ausgesetzt gewesen. Völkermord und brutalste Menschenrechtsverletzungen größten Ausmaßes,



beispiellose Flächenbombardements, der Einsatz von Napalm und Giftstoffen, der Mord an Zivilisten, Frauen und Kindern werden aus der Geschichte der Politik des USA-Imperialismus nie getilgt werden können. Über 58000 GIs mussten diese Aggression mit ihrem Leben bezahlen, etwa drei Millionen Vietnamesen kamen in diesem Krieg um; es gab vier Millionen Verwundete. Die USA brachten insgesamt 6,5 Millionen Soldaten zum Einsatz, bis zu 540000 gleichzeitig. Von US-Flugzeugen wurden 7,9 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen (vier mal so viel wie während des gesamten Zweiten Weltkriegs) und 75 Millionen Liter Entlaubungsmittel versprüht« (ebenda).

Im »amerikanischen Krieg«, wie ihn die Vietnamesen nennen, organisierte General Giap, Verteidigungsminister der DRV, in einer logistischen Meisterleistung den sogenannten Ho-Chi-Minh-Pfad vom Norden in den Süden, ein kompliziertes Netz von Straßen und Wegen durch den Dschungel, das der aufständischen Nationalen Befreiungsfront Südvietnams wie auch im Süden operierenden Truppen der DRV den Nachschub sichern half. Nach elf Jahren erbitterten Kampfes siegte am 1. Mai 1975 mit der Befreiung Südvietnams einmal mehr Giaps »Union von Volkskrieg und Volksheer«. »Wir mussten das Kleine gegen das Große einsetzen, veraltete Waffen, um moderne Waffen zu besiegen. Am Ende war es der menschliche Faktor, der den Sieg entschied«, erklärte der General (»Associated Press«, 4. Oktober 2013). Am 2. Juli 1976 vereinigten sich Nord- und Südvietnam nach mehr als drei Jahrzehnten der Teilung und des vom Imperialismus aufgezwungenen Krieges friedlich zur Sozialistischen Republik Vietnam.

*»Kaum hat sich mühsam der Frieden gefestigt –  
da kommt neuen 'Gangstern' die Idee,  
in das leidgeprüfte, rissige Haus der  
Vietnamesen einzusteigen.  
Die dreimal Geschundenen  
schon wieder quälen?  
Derlei vollbringen  
Wahnsinnige nur.«*

Die Verse dieses im Februar 1979 in der Moskauer »Prawda« veröffentlichten Gedichts widerspiegeln eindringlich die Reaktion eines Großteils der Weltöffentlichkeit auf den am 17. Februar jenes Jahres erfolgten Angriff der sich im Zuge der »Drei-Welten-Politik« zeitweilig an die USA anlehenden VR China gegen die Sozialistische Republik Vietnam. »Heute reden die Chinesen mit den Vietnamesen ('Lektion erteilen'; 'Strafexpedition') so, wie die imperialistischen Mächte des Westens mit den

Chinesen redeten und umsprangen, als sie im Jahre 1900 ihre Legionen nach Peking in Marsch setzten, um den Boxeraufstand niederzuschlagen«, kommentierte damals das Hamburger Blatt »Der Spiegel«.

Vo Nguyen Giap, nach der Wiedervereinigung Vietnams nunmehr Verteidigungsminister der SRV, versetzte erneut einer Angriffsarmee eine empfindliche Niederlage. »Dem massiven Ansturm der chinesischen Divisionen«, erinnerte sich der bewährte Kriegsberichterstatler Peter Scholl-Latour, »begegnete er mit flexibler Verteidigung, dem Einsatz ortskundiger Milizen und einem unterirdischen Tunnelsystem, das sich bereits gegen die US Army bewährt hatte. Seine kampferprobten Bo Doi fügten den Chinesen hohe Verluste – mindestens 30.000 Tote – zu, während die eigenen Ausfälle relativ gering blieben. Zwei chinesische Divisionskommandeure, so hieß es, seien wegen Unfähigkeit degradiert worden. Nur siebzehn Tage hat diese 'Strafaktion' gedauert, und sie war alles andere als ein chinesischer Triumph. Vo Nguyen Giap sah sich durch seinen Abwehrerfolg an der Nordgrenze Tonkings noch einmal bestätigt« (»Koloss auf tönernen Füßen – Amerikas Spagat zwischen Nordkorea und Irak«, S. 282).

Noch Jahrzehnte nach seinem Rückzug aus der aktiven (Militär-)Politik galt General Giap Umfragen zufolge nach Ho Chi Minh als eine der von der heutigen Jugend Vietnams am meisten bewunderten Persönlichkeiten. Umso mehr Gewicht hat hoffentlich der Appell, den dieser legendäre Kommandeur mehrerer gerechter Befreiungs- und Verteidigungskriege, der eine Reihe militärtheoretischer Bücher (u.a. »Volkskrieg, Volksarmee«) verfasste und den der Historiker Stanley Karnow als Strategen vom Typus Wellingtons, Grants oder Lees einschätzt, in seinen späten Lebensjahren gegenüber seinem Gesprächspartner Scholl-Latour formuliert hat: »Wir sollten mit dem Kriegführen ein für allemal Schluss machen. Worauf es für die Menschheit wirklich ankommt, das ist der Frieden«.

Lucas Schmidt



---

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**